

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.25 Goldmark, für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 13. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Dichtungs-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Restzeile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stiefelangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Streit um das Präsidentenamt.

Doumergue oder Painlevé? - Konflikt im Linksblock.

Paris, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorkongress der Vereinigten Linken, der am Donnerstag nachmittag um 2 Uhr zusammengetreten ist, hat mit 306 Stimmen den Präsidenten der Kammer, Paul Painlevé, zum offiziellen Kandidaten gewählt. 148 Stimmen sind auf Doumergue, den Präsidenten des Senats, entfallen. An dem Kongress haben teilgenommen die vier im Kartell der Linken vereinigten Kammerfraktionen, nämlich 147 Radikalsozialisten, 103 Sozialisten, 29 Republikanische Sozialisten und 30 Mitglieder der radikalen Linken sowie die 165 Senatoren der demokratischen Linken. Die republikanische Union des Senats, an die auf Wunsch der demokratischen Linken ebenfalls eine Einladung zur Teilnahme ergangen war, hatte dafür Bedingungen gestellt, die das Kartell als unannehmbar abgelehnt hat.

Was seit Mittwoch zu befürchten war, ist also eingetreten: Die Linke, die seit den Wahlen in vorbildlicher Disziplin sich den Grundsatzen getrennt marschieren und vereint zu schlagen, zu eigen machen, hat sich in der Frage der Nachfolgerschaft Millerands gespalten. Die Linke der Kammer und die des Senats haben je einen eigenen Kandidaten. Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, eine Entscheidung zustandezubringen, und das Abstimmungsergebnis auf dem am Donnerstagnachmittag abgehaltenen Vorkongress zeigt deutlich, daß, während die demokratischen Fraktionen der Kammer geschlossen für Painlevé gestimmt haben, die demokratische Linke des Senats ebenso geschlossen an ihrem eigenen Kandidaten festhält. Painlevé ist zwar nunmehr der offizielle Kandidat der Linken, aber da Doumergue die Verpflichtung, sich der Entscheidung des Vorkongresses zu unterwerfen, abgelehnt hat, und mit ziemlicher Sicherheit Freitag in Versailles als Gegenkandidat Painlevés auftritt, so ist der Ausgang der Wahl im höchsten Grade zweifelhaft geworden. Auf jeden Fall wird Painlevé im ersten Wahlgang auf kaum mehr als die 306 Stimmen zählen können, die er am Donnerstag auf sich zu vereinen vermocht hat. Das aber ist wenig mehr als ein Drittel der etwa 890 stimmberechtigten Mitglieder der Nationalversammlung, und es ist sehr wohl möglich, daß Doumergue im zweiten Wahlgang mit Unterstützung der Gemäßigten und der Rechten im den Rang ablaufen wird. Es ist aber auch ebenfals möglich, daß ein Außenleiter das Rennen macht. Ganz ähnlich lagen die Dinge 1913, wo der Kongress der Linken Pams gegen Poincaré als offiziellen Kandidaten proklamiert hatte, und Poincaré tags darauf mit Hilfe der Rechten eine Mehrheit von über 150 Stimmen erlangte. Doumergue hatte es abgelehnt, auf dem Vorkongress zu kandidieren. Er hat un-

mittelbar vor dessen Zusammentritt am Eingang zum Kongressaal eine Mitteilung anschlagen lassen, in der er diese Ablehnung damit begründet, daß die Zusammensetzung des Kongresses nicht die von ihm als unerlässlich angesehene Einigung aller republikanischen Parteien erfülle.

Doumergue und Painlevé sollen verzichten.

Paris, 12. Juni. (W.T.B.) Eine Delegation der Gruppen der Linken hat nach Beendigung der Versammlung der linksstehenden Kammer- und Senatsgruppen, in deren Verlauf keine Einigung über den Kandidaten des Blocks der Linken für die Präsidentschaft der Republik erzielt wurde, einen Schritt beim Senatspräsidenten Doumergue unternommen, um ihn zu ersuchen, zuzustimmen Painlevés auf die Kandidatur zu verzichten. Doumergue erwiderte, er habe keinen Verzicht auszusprechen, denn er sei bei der vorbereitenden Abstimmung kein Kandidat gewesen. Doumergue hat hinzugefügt, wenn ein reaktionärer Kandidat aufgestellt würde, dann übernehme er die Verpflichtung, im Falle er in die Minderheit gebracht werde, zugunsten des republikanischen Kandidaten zu verzichten, wenn dieser die meisten Stimmen erreicht habe. Nach der Unterredung, die mehrere führende Mitglieder der Linksblopparteien mit dem Senatspräsidenten Doumergue gehabt haben, hat sich eine Delegation, bei der sich Briand und Harriot befanden, zum Kammerpräsidenten Painlevé begeben, um das Verlangen zu stellen, er möge im Hinblick auf das Ergebnis der heutigen Vorabstimmung auf seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik verzichten. Painlevé erwiderte, er sei bereit, seine Kandidatur zurückzuziehen unter der Bedingung, daß Senatspräsident Doumergue sich für den Fall der Benennung eines dritten republikanischen Präsidentschaftskandidaten zurückzieht. Eine Delegation hat sich zu Doumergue begeben, um ihn von dieser Absicht Painlevés Kenntnis zu geben und ihn zu fragen, was er nunmehr zu tun gedenke. Die Delegation besteht aus den Abgeordneten Briand, Thomson, Paul Boncourt (Soz.) und dem Vorstand der demokratischen Linken.

Painlevé bleibt Kandidat.

Paris, 12. Juni. (W.T.B.) Nachdem Senatspräsident Doumergue sich bereit erklärt hat, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückzuziehen, haben die Parteien, die zum Kartell der Linken gehören, beschlossen, die Kandidatur Painlevés aufrechtzuerhalten. Die sozialistische Kammergruppe wird ebenfalls für Painlevé stimmen.

Am Nachmittag hörte man zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Parteitag hat 400 Teilnehmer, davon 285 gewählte Delegierte. Nachdem Heinrich Schulz über die neuen Aufgaben des Bildungswesens gesprochen und Adolf Braun dargelegt hatte, warum das neue Parteiprogramm noch im Stadium der Vorbereitung ist, verles die Tagesordnung zu bringen. Seine Vorwürfe gegen den Parteivorstand widerlegte Otto Wels. Und nun begann die Besprechung der Berichte, die sich bis jetzt ausschließlich mit der politischen Haltung der Partei beschäftigte. Robert Dühmann, Toni Sender, Sendewitz, Zwickau, Ströbel und andere führten die Opposition. Von der anderen Seite sprachen nur Scheidemann und Remmele-Baden.

Die Kritiker der Parteipolitik haben gewiß darin recht, daß wir alle uns manches, vieles anders gewünscht hätten, als es gekommen ist. Nur ob ihre Ratschläge geeignet sind, eine Besserung herbeizuführen, das ist die Frage. Zum mindesten haben sie dadurch, daß sie ihren Stoß besonders gegen den Reichspräsidenten richteten, einen Mangel von politischem Fingerpitzengefühl bewiesen, der geradezu erschreckend wirkt. Ebert ist heute hart umklämpt im Ringen zwischen Demokratie und Reaktion. Ihn und Severing in Preußen zu stürzen, scheint der Rechten höchst erstrebenswertes Ziel. Wenn in diesem Augenblick Sozialdemokraten kommen mit dem Ruf: „Fort mit Ebert!“ so ist das schon eine Situation von ungewollter Komik!

Scheidemann erntete Beifallsstürme, als er den Ebert-Stürzern die Unsinngkeit ihres Verhaltens vorhielt. Wäre der Parteitag dem an sich äußerst unpraktischen Vorschlag Radwals nachgegeben, schon ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl den Kandidaten der Partei zu nominieren, so könnte gar kein Zweifel daran bestehen, wie die Entscheidung des Parteitags ausgefallen wäre. Der donnernde Beifall, der sich erhob, als Scheidemann für Ebert eintrat, hat das klar gezeigt.

Aus Wien wird uns gedrahelt, daß Genossin Adelheid Popp zur Frauentagung nach Berlin reist und wahrscheinlich noch den Parteitag wird begrüßen können.

Arbeiter und Erfüllungspolitik.

Von Eduard Bernstein.

Bölkische und Kommunisten in holder Uebereinstimmung werfen der Sozialdemokratie Verrat der Arbeiterinteressen vor, weil sie für die Annahme der Resolution gewirkt und gestimmt hat, durch die die Reichsregierung verpflichtet wird, das Dawes-Gutachten über die Erfüllung der Deutschland auf Grund des Versailler Friedensdikats obliegenden Wiedergutmachungszahlungen zu akzeptieren. Dieses Erfüllungsprogramm bedeute nichts anderes, behaupten sie, als die Verschacherung von Schweiß und Blut der deutschen Arbeiter an die Kapitalisten der Ententeländer.

Es ist angezeigt, diese Behauptung etwas näher zu betrachten, denn sie wird noch eine gute Weile in der Agitation der genannten Parteien und ihrer Geistesverwandten gegen die verhasste Sozialdemokratie eine Rolle spielen. Nichts ist ja bequemer, als vor dem großen Publikum, das die internationalen Rechts- und Machtverhältnisse nur ganz oberflächlich kennt, die Dinge so hinzustellen, als habe es lediglich von Beschlüssen des Reichstages abgehängt, beziehungsweise hänge lediglich von solchen ab, ob, wieviel und in welchen Fristen Deutschland überhaupt Wiedergutmachungszahlungen zu leisten hat. Nur, wenn dies der Fall wäre, hätte nämlich die Beschuldigung einen möglichen Sinn. Das es aber nicht der Fall ist, daß keine Regierung auch nur einer der Ententestaaten es sich gefallen lassen würde, daß Deutschland einseitig über diese Fragen beschließt, daß im Gegenteil sowohl die Arbeiterregierung Englands wie die von den Sozialisten unterstützte radikal-demokratische Kammermehrheit Frankreichs Deutschland die uneingeschränkte Anerkennung des Dawes-Gutachtens zur Bedingung für die in Aussicht genommene Befreiung von der Pfänderpolitik Poincarés machen, läßt allein schon die Beschuldigung als gänzlich sinnlos erscheinen.

Aber sie ist schlimmer als das. Sie ist eine schamlose Verdrehung der Tatsachen. Um das zu erkennen, braucht man nur die Frage zu unteruchen, was für Deutschland in Aussicht stand, wenn die Abstimmung vom 6. Juni im Reichstag umgekehrt ausgefallen wäre, als sie tatsächlich ausgefallen ist, wenn statt einer Regierung, deren Programm die Erfüllungspolitik ist, eine Gesellschaft die Mehrheit erzielt hätte, die nur in der Verneinung einer ehrlichen Erfüllungspolitik und im Haß auf die demokratische Republik einig ist.

Es ist kein Zweifel daran möglich, daß die Wirkung eines solchen Abstimmungsergebnisses für Deutschland politisch wie ökonomisch geradezu verheerend gewesen wäre. Politisch würde es um den Rest von Sympathie geschehen sein, den es noch bei den Völkern genießt. Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt. Die Völker ersehnen die Herstellung des Friedens auf der Grundlage der Demokratie. Ein solcher Frieden kann aber nur erzielt werden, wo ein aufrichtiger Friedenswille vorhanden ist, und den kann Deutschland nur überzeugend beweisen durch Betätigung eines aufrichtigen Erfüllungswillens. Friedensreden, denen dieser fehlt, glaubt uns in der Welt, auf die es ankommt, kein Mensch mehr. Das Dawes-Gutachten enthält im einzelnen gewisse drückende Verpflichtungen, aber als Ganzes und in seiner Tendenz wird es in der Welt nicht mit Unrecht als die dargebundene offene Hand betrachtet, und ein Deutschland, das auf diese Hand spuckt, mag sich vor Kindern und Narren als Heidenland aufspielen, vor urteilsfähigen Menschen würde es als eine Nation erscheinen, der nicht zu helfen ist.

Wie verzweifelt Deutschland günstig gestimmte Ausländer dessen Lage ansehen, als nach dem Wahlergebnis vom 4. Mai die Deutschnationalen und ihr Trost immer unerschämter auftraten, zeigt eine Notiz in der letzten Nummer des „New Statesman“, die das Datum des 7. Juni trägt, aber am 6. Juni gedruckt wurde. Sie lautet:

Die Lage in Deutschland ist wirklich sehr ernst. Es ist schwer, Worte zu finden, die das Ansteigen der oppositionellen Flut beschreiben, man kann nur sagen, daß es ernst zu sein scheint als je zuvor. Kommt keine Regelung zustande, so kann Dr. Schacht seine Rentenmarkwährung nicht mehr lange aufrechterhalten, und wenn diese dahin ist, ist alles dahin. Hinterher mag es vielleicht nur noch für Ausländer — die Bankiers von London und New York — möglich sein, eine Währung aufzurichten, in die das deutsche Volk Vertrauen setzen würde. Es mag sogar selbst notwendig werden, eine Sterling- oder Dollarwährung einzuführen, um über die paar nächsten Jahre hinwegzukommen. Inzwischen würde Chaos herrschen und es nicht möglich sein, das Dawes-Gutachten oder irgendeinen anderen Schlichtungsplan in die Praxis umzusetzen. Deutschlands Industrie würde gelähmt sein, wie sie es infolge der für die Erhaltung der Rentenmark notwendigen Einschränkungen des Kredits nahezu jetzt schon ist.

„Deutschlands Industrie würde gelähmt sein“ — das war in der Tat das bevorstehende Verhängnis, das sich schon deutlich abzeichnete. In der ganzen Geschäftswelt herrschte Mangel an Betriebskapital, der Zinsfuß für langfristige Darlehen, wie sie der Fabrikant braucht, war auf eine schier untragbare Höhe gestiegen, die große Mehrzahl der Gewerbetreibenden ätzteten bei dem Gedanken an die unvermeidlichen Folgen einer Nieder-

Kritik und Gegenkritik.

Beginn der politischen Debatte auf dem Parteitag.

Als zweiter Referent des gestrigen Donnerstags schilderte Konrad Ludwig die innere Parteiarbeit. Mit Recht zog er aus dem geringen Kostenaufwand der von rechts und links beispiellos angegriffenen Partei — 845 000 Goldmark! — den Schluß, daß zehntausende Helfer unentgeltlich sozialdemokratische Bahlarbeit geleistet haben. Ihnen und all den vielen Parteiangestellten, die keine Rot der Inflationszeit im Eifer für die Sozialdemokratie lähmen konnte, sprach Ludwig unter einmütigem Beifall den Dank der Partei aus. Sie selbst ist wieder im Aufstieg, hat über 1 1/2 Millionen Organisationsmitglieder, und die Leserschaft der Parteipresse hat bereits die Vorkriegshöhe überschritten.

Nachdem die Kontrollkommission durch Brühne-Frankfurt a. M. die Entlastung des Parteivorstandes beantragt hatte, berichtete als dritter Referent Hermann Müller über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Die viel erörterten schweren Entscheidungen, die zwischen dem Agitationsinteresse der Partei und der Notwendigkeit der Sicherung der Republik gegen einen Rechtskurs zu treffen waren, wurden in aller Anschaulichkeit wieder vor Augen gestellt. Vor solche Entscheidungen wird die Fraktion immer wieder gestellt und so konsequent dahin geführt, daß sie die Republik über das Tagesinteresse der Partei stellen muß. Diese Taktik ist von der Ueberzeugung getragen, daß das arbeitende Volk schließlich in seiner Gesamtheit erkennen wird, was die Erhaltung der demokratischen Republik und ihre soziale Ausgestaltung für das Proletariat bedeutet. Die Arbeiterklasse findet in der demokratischen Republik den Boden, auf dem der Kampf um soziale Geltung ausgefochten werden kann. Genosse Müller widerlegte die Angriffe, die aus dem eigenen Lager gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit zur Koalitionsfrage, im Ruhrkampf und zu dem Ermächtigungsgesetz erhoben worden sind. Er lehrte schließlich den Spieß um, indem er das nun überwundene Zusammengehen der sächsischen und thüringischen Generassen mit den Kommunisten als Ursache des allbürgerlichen Zusammenschlusses, der lächerlichen Reichsregierung und der schwereren Schädigung der Republik anklagte.

lage der Regierung der Mittelparteien. Die Leute wußten, warum.

Das Dawes-Gutachten sagte Deutschland für das erste Jahr nach dessen Unterzeichnung einen Anleihefzinsfuß von 800 Millionen Goldmark zu — natürlich zu einem Zinsfuß, bei dem die Wirtschaft sich erholen kann. Wie aber, wenn Deutschland es ablehnt? Dann war es mit des letzteren Kredit Rathhai am letzten, dann stieg der Zins alsbald auf schwindelnde Höhe, dann bekamen die Geschäftslente Darlehen, wenn überhaupt, nur noch zu Wucherzinsen grausamer Art, vor denen die Einen die Segel ohne weiteres streichen, das heißt, die Fabrikate schließen mußten, andere es, solange das ging, mit Preiserhöhungen versucht hätten, was aber auch seine Grenzen hat und jedenfalls Deutschlands Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten schwer beeinträchtigt hätte. Ein Geschäftsrach trat ein, der alles überbot, was Deutschland von solchen noch erlebt hat. Und die am schwersten unter ihm zu leiden gehabt hätten, das wären die Arbeiter gewesen. Das Arbeiterelend, das nach dem Krach von 1873/74 einsetzte, und von dem unsere Älteren Genossen — darunter auch meine Wenigkeit — noch zu erzählen wissen, hätte sich in unendlich verschärfter Form wiederholt.

Deutschlands Wiedergutmachungsschuld hätte aber unvermindert in der Höhe fortbestanden, wie das Londoner Ultimatum von 1921 sie festgelegt hat, und die Weigerung, sie abzuführen, würde nun, statt den Abbau der Pfänderpolitik, den das Dawes-Gutachten zum Programm erhebt, deren Aufrechterhaltung und wahrscheinlich noch Zuspitzung nach sich ziehen. Das Reim, mit dem Kommunisten und Nationalisten sich brüsten, würde Deutschlands Last um keinen Heller vermindert, sondern nur vermehrt, seine Stellung in der Welt in jeder Hinsicht — politisch wie ökonomisch — verschlechtert haben.

Man täusche sich darüber nicht, Deutschland genießt in der Welt ganz überwiegend den Ruf eines böswilligen Schuldners. Ihm in erster Linie ist es geschuldet, daß selbst Länder mit gut demokratischen Ueberlieferungen sich passiv verhielten, als Poincaré im Januar 1923 den Einbruch ins Ruhrgebiet ins Werk setzte und das von ihm gelöste Frankreich die Ruhr besetzt hielt und dort ein wahres Gewaltregiment einrichtete, das im Verein mit den der Ruhrindustrie aufgezwungenen Rum-Verträgen die Lage der Arbeiter im Ruhrgebiet unerträglich gestaltete. Die Abweisung des Dawes-Gutachtens von Seiten Deutschlands würde diesem Vorurteil neue Nahrung geliefert und damit die wichtigsten Vorbedingungen für die Besserung der Weltstellung Deutschlands zerstört haben.

Vergegenwärtigt man sich dies alles, so erhält man einen Begriff davon, welche Verbindung von Unwissenheit und Geisteslosigkeit dazu gehört, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, durch ihr Eintreten für die Annahme des Dawes-Gutachtens Schweiß und Blut der deutschen Arbeiter an die Kapitalisten der Entente ausgeliefert zu haben. Gewiß, die Vorschläge des Dawes-Gutachtens sind noch nicht die Befreiung, aber sie eröffnen den Weg dazu. Ein Nein der Sozialdemokratie aber würde den Weg verarmt und der militaristisch-agrarisch-großkapitalistischen Reaktion den Sieg zugespitzt haben. Wenn die Völkischen nein heufen, so taten sie das in ihrer Rolle als grundsätzliche Träger der Reaktion, von Seiten der Kommunisten war es Beweis ihrer geistigen Zerrissenheit und ihres moralischen Tiefstandes.

Das Interesse der deutschen Arbeiter vor allem gebot das Eintreten für die Politik des Erfüllungswillens. Nur durch sie kommen wir zur Möglichkeit, des Glücks Herr zu werden. Heute muß der Geschäftsmann, der Darlehen für Wirtschaftszwecke braucht, 30 vom Hundert und darüber Zinsen zahlen. Was aber ist dieser Zins? Er ist der Tribut, den die schaffende Arbeit dem ruhenden Kapital entrichtet. Die Politik der Völkischen und der Kommunisten bedeutete, als was sie auf dem Papier ausgegeben wird, praktisch die Forterhaltung, wenn nicht Verschlimmerung dieses Zustandes, die allgemeine Herabdrückung des Zinsfußes wird erst möglich, wenn Deutsch-

lands Kredit diesejenige Hebung erfährt, die ihm das Dawes-Gutachten in Aussicht stellt. In dieser Erkenntnis hat die Sozialdemokratie mit Energie für seine Annahme gewirkt und — das dürfen wir mit gutem Gewissen sagen — sich um das arbeitende Deutschland ein unbestreitbar großes Verdienst erworben.

Gegen die Mordseuche.

Einführung eines Untersuchungsausschusses in Preußen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag auf Einführung eines Untersuchungsausschusses über das Gumbelsche Buch „Zwei Jahre politischer Mord“ eingebracht. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Das Reichsjustizministerium hat mit Unterstützung der Landesjustizbehörden, namentlich auch mit Unterstützung des preussischen Justizministeriums eine Denkschrift als Erwiderung auf das Gumbelsche Buch „Zwei Jahre politischer Mord“ ausgearbeitet. Einen Hauptteil dieser Denkschrift, die bisher nur von privater Seite veröffentlicht wurde, bildet die Denkschrift des preussischen Justizministers vom 22. September 1923, in der eine Darstellung der Gumbelschen Fälle gegeben wird, soweit diese unter die Zuständigkeit der preussischen Justiz fallen.

Der Inhalt dieser Denkschrift kann das Rechtsgefühl nicht befriedigen. Die Denkschrift bestätigt im Endergebnis, daß trotz der großen Zahl zweifellos rechtswidriger Tötungen, die an linksgerichteten Personen begangen worden sind, die preussische Justiz auch nicht in einem einzigen Fall inhaftend gewesen ist, eine ausreichende Sühne des Verbrechens herbeizuführen. Die Gründe, die in der Denkschrift bei den einzelnen Fällen angegeben werden, reichen nicht aus, diesen absoluten Mißerfolg und namentlich seine Regelmäßigkeit hinreichend zu erklären. Vielmehr geben die tatsächlichen Darstellungen der Denkschrift Inhaltspunkte dafür, daß das beschämende Resultat in erster Linie mit auf ein völliges Versagen der zur Strafverfolgung berufenen Staatsorgane zurückzuführen ist. Dieses Versagen ist in einigen Fällen so außerordentlich, daß die Vermutung einer Sabotage der Rechtspflege durch die in diesen Fällen mit der Strafverfolgung beauftragten Staatsorgane, zum mindesten aber der Verdacht einer pflichtwidrigen Saumseligkeit und Verschleppung nicht von der Hand zu weisen ist.

Wir beantragen daher die Einführung eines Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern gemäß Artikel 25 der preussischen Verfassung über das Verhalten der zur Strafverfolgung berufenen Staatsorgane in den Fällen der Denkschrift des preussischen Justizministers vom 22. September 1923.

Da dieser Antrag von allen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion unterzeichnet ist, die über mehr als ein Fünftel aller Sitze im Landtag verfügt, muß ihm ohne weitere Abstimmung stattgegeben werden.

Deutschnationale Kulturauffassung.

Von besonderer Seite wird der volksparteilichen „Zeit“ geschrieben:

Mecklenburg-Strelitz ist das kleine Land der großen (?) Reaktion. Ein demokratischer und ein deutschnationaler Minister lenken die Geschicke unseres Ländchens; die Sozialdemokraten stehen seit der letzten Landtagswahl und dem Ausscheiden des Freiherrn v. Reibnitz in Opposition, in Wirklichkeit aber ist ihr Führer der ungekrönte König des Landes. Deshalb kam bisher der starke Wille der Deutschnationalen noch nicht so sehr zur Auswirkung. Aber in diesen Tagen machten sie dazu einen Versuch, der allerdings kläglich an der geschickten Taktik der Sozialisten scheiterte.

Gelegenlich der Haushaltsberatungen wurde über den Wiederaufbau des abgebrannten Landes-Theaters abgestimmt. Im trauten Verein mit den berufsmäßigen Vornehmern, den Kommunisten und den Deutschnationalen, stimmten sie gegen den

Wiederaufbau, angeblich aus finanziellen Bedenken. Troßdem der Finanzminister nachwies, das etwa 1/4 der Kaufsumme schon vorhanden sei und trotzdem der volksparteiliche Führer die kulturellen Verpflichtungen des Staates eingehend darlegte. Die sonst so traditionsstarken Herren der Deutschnationalen lehnten das Theater mit seiner 150jährigen Ueberlieferung ab, weil die Drahtzieher hinter den Kulissen einige rein agrarisch eingestellte Großgrundbesitzer sind, deren Parole auch die fädelichen Fraktionsmitglieder kritiklos folgten. In der Hitze des Gefechtes lehnten dieselben Herren sogar die Rückzahlung der eingegangenen Spenden ab. Darob große Entrüstung im Lande, besonders in Rostrelitz selbst, Protestkundgebungen usw.

Das Beschämende an dieser Sache ist, daß das gesamte gebildete Bürgertum sich unter die Führung der ausschlaggebenden Sozialisten begeben muß, wenn es gilt, Kulturaufgaben zu erfüllen, weil die Vertreter des sogenannten nationalen Bürgertums in diesem Fall versagen. Die Blamage hat ihnen diesmal der sozialistische Führer in aller Öffentlichkeit besorgt. Vielleicht überlegen sich die deutschnationalen Herrschaften ihre Stellungnahme noch einmal bis zur dritten Besung, die in diesen Tagen stattfindet.

Wozu nur zu bemerken ist, daß es ähnlich überall da geht, wo mit volksparteilicher liebevoller Unterstützung der kindliche Versuch gemacht wird, die Sozialdemokratie auszuscheiden.

Nationalbolschewistische Phantasien.

Schlimmer als die Deutschnationalen.

Herr Eisenberger, der sich schon einmal durch seine fädelnden Redensarten über „revolutionäre Offensiv“ bemerkbar gemacht hat, gab dem Berichter der Moskauer „Iswestija“ ein neues Interieur. Was er ausführt, ist charakteristisch dafür, wie die Führung der europäischen Reaktion an die sowjetischen Kommunisten übergeht. Nach einer Verteidigung der Radikalen im Reichstag erklärte Eisenberger:

Die Bedeutung dieses Krachs liegt darin, daß einzig und allein die kommunistische Partei Deutschlands gegenwärtig die Kraft darstellt, die in der Lage wäre, den Plan der Ausplünderung Deutschlands durch die Entente auf dem Wege der Annahme des Sachverständigengutachtens zu verhindern. Die deutsche Bourgeoisie sei sich dieser Tatsache sehr wohl bewußt und wisse ganz genau, daß die starke kommunistische Fraktion eine reale Bedrohung der Durchführung des Planes der Sachverständigen darstelle. Eisenberger behauptete, daß alle bürgerlichen Parteien, auch die Deutschnationalen, bereit seien, dem äußeren Feinde nachzugeben. Wenn Deutschland der Entente zur Ausplünderung übergeben werde, so werde es zu nationalen Ausschreitungen der proletarisierten Bevölkerungsschichten kommen, die dann endgültig den Glauben an die bürgerlichen Führer verlieren würden. Die Bedingungen des Sachverständigengutachtens bezeichnete Eisenberger als „schmachvoll“.

Das Interesse Deutschlands ist den Kommunisten selbstverständlich ganz gleichgültig. Sie sind auch hierin nur die Sachwalter russisch-äußenpolitischer Interessen. Die Verständigung Europas wäre für den Krenl der schwerste Schlag. In dem „faulen europäischen Sumpf“ ist für sie ebensowenig Platz wie für die teutonischen Helden Raufenbrechers, die lieber im Kampf mit ihrem „Freunde“ Millerand untergehen, als sich mit Herriot verständigen wollen. Rußland will keinen europäischen Frieden, da es vom Streit lebt, und die deutschen Kommunisten haben dann nichts Besseres zu tun, als teutscher noch als die Deutschnationalen Schulter an Schulter mit den Faschisten chauvinistische Gewaltpolitik zu predigen. Und so etwas nennt sich Arbeiterpolitik!

Der obölkische Block in Bayern hat beschlossen, an einer weiteren interfraktionellen Besprechung über die Frage der Regierungsbildung nicht teilzunehmen. In eine Koalitionsregierung trete der obölkische Block nicht ein. Er werde von Fall zu Fall entscheiden, ob er die zu bildende Regierung unterstützen oder bekämpfen werde.

Die Lebenden über die Toten.

Von Josephus.

Es ließ sich leider nicht vermeiden, daß einige Renneiter von Karlsdorf im Weltkriege fielen. Der „Verein für Hindernisrennen“ aber und sein Vorsitzender, der Graf Westphalen, blieben am Leben. Sie stehen es sich nicht nehmen — obwohl es ihnen niemand zu nehmen vermag — den Gefallenen von Karlsdorf ein „Renneiterdenkmal“ zu errichten. Vorläufig legten sie einen Grundstein. Der Bildhauer, der das Denkmal modelliert hatte, heißt Frisch. Er hat eine seltsame Vorstellung von dem Aussehen gefallener Renneiter. Er modellierte einen „edlen Vollbluthengst“, auf dem ein lorbeerbesäumter Jüngling siegreich heimreitet. So sehen aber bebauerlicherweise die gefallenen Renneiter nicht aus.

Ich werde sie Ihnen schildern, Herr Frisch! Die gefallenen Renneiter liegen in Massengräbern; in den Karpaten, am Jangso, in den Vogesen, in Rußland. Sie haben längst nicht mehr das junge Fleisch, nicht mehr die straffe Muskulatur, die Ihr edles Jünglingsmodell aufweist. Die Renneiter bestehen nur noch aus Knochen. Darüber Frieden Regenwässer, Raufwürmer und allerlei unterirdisches Getier. Und was die Pferde betrifft, so haben Granaten ihre Leiber zerrissen, so daß man die Eingeweide sehen konnte. Wenn Sie im Felde waren, Herr Bildhauer Frisch, so werden Sie sich daran erinnern!

Der Graf Westphalen hielt eine Rede. Er verließ der plastischen Länge des Bildhauers Frisch einen rhetorischen Auszug. „Sie starben“, so sagte er, „den Heldentod für König und Vaterland und ruhen jetzt aus unter dem grünen Rasen.“ Sie ruhen aus, meint der Graf. Er stellt sich das so vor, wie sein eigenes Mittagsschlafchen, bevor er in den Klub geht. Aber — wie die Grafen schon sind — ihm genügte es keineswegs, daß schon so viele Renneiter „ausruhen“, ohne eigentlich müde gewesen zu sein. Er meint, dieses Andenken möge sein: „Der Gegenwart und der Zukunft ein Ansporn, es den Gefallenen gleich zu tun.“ Ich weiß nicht, ob die Karlsdorfer Renneiter Passagisten sind, oder ich weiß: Wenn sie zu wählen hätten zwischen der Möglichkeit, für ewig „auszurufen“ und der, eine Gedächtnisrede zu halten — sie würden sich alle für das gnädige Schicksal des Herrn Grafen Westphalen entscheiden, der sich auf seinem Kanapee ausruhen darf und nicht „unter dem grünen Rasen“; der „für König und Vaterland“ Grundsteine legt, weil die anderen gestorben sind.

Der Zeitungsbericht meldet, daß die „offiziellen Persönlichkeiten“ sich um den Redner scharren und „ergreifen lauschten“. Die Ehrfurcht des Schwachs, der dabei war, vor den Persönlichkeiten und dem Worten ist betraute so groß, wie vor den toten Renneitern. In kurzer Zeit wird das Denkmal enthüllt werden. Man wird dort sehen, gefunden, siegreichen Jüngling des Herrn Frisch sehen und,

wer sich in den Dingen der Pietät nicht auskennt, wird glauben, es wäre ein Denkmal für die gesund heimgekehrten Renneiter. Kann die Beroberität der Probe wirklich so weit gedeihen, daß man sich nicht schämt, das wahre Gesicht des Kriegstodes so zu verfallschen? Der Nachwelt vorzuspiegeln, daß der Tod für König und Vaterland so gut konterriert, daß man aussteht, wie der marmorne Jüngling des Herrn Frisch? Wodurch haben es die armen toten Renneiter verdient, daß man sie so verhöhn?! Daß man über sie die Lüge verbreitet, sie „ruhten aus“, während sie in Wirklichkeit vermodern?!

Aber die toten Renneiter können nicht dementieren. Die „offiziellen Persönlichkeiten“, „scharen sich“ leider nicht um die Massengräber, sondern um den Grafen Westphalen. Hier sind sie „ergreifen“. Wie wären sie erst dort? Es ist eines der traurigsten und furchtbarsten Naturgesetze, daß tote Reiter nicht mehr reden können. Aber, daß der Frisch-Denkmalist schaffen muß, ist fast noch trauriger.

Wäre ich ein toter Renneiter, kein Naturgesetz wäre stärker als meine Erbitterung über meine eigene Totenfeier. Ich würde meine Knochen zusammenfassen, auch, wenn sie mir eine Granate für König und Vaterland so weit auseinandergeprengt hätte, wie der König vom Schühengraben emstern war. Und zur tiefsten, oberflächlichsten Ergreiflichkeit der offiziellen Persönlichkeiten würde ich mich selbst um sie und den Redner scharren und um meine eigenen Hinterbliebenen, die diese höhnvolle Pietät mitmachen; und würde mein angenagtes Knochengestück auf den Grundstein stellen und neben mich den Jüngling des Herrn Frisch, auf daß die Ueberlebenden lernen, Wahrheit und Lüge zu unterscheiden und die Phrase vom Heldentod von diesem selbst. Und den Bericht in der Zeitung möchte ich dann gerne lesen...

Einsam.

Millionen Menschen mahnen nebeneinander. Zu Hunderten sind sie zusammengedrängt in kleinen Kisten. Oben, unten rechts, links, überall menschliche Geräusche, Stimmen, Töne. Ratsch und Tratsch schwirren durch die Treppenture und Höfe, dringen in das Intimste der Nachbarn ein, wühlen in ihrem Innersten herum. Kann da der Mensch einsam sein, da er von allen Seiten von Menschen umgeben ist? Und er ist es vielleicht gerade deshalb. Geht einsam seinen Weg, findet einsam seinen Tod.

Als ich neulich ins Kriminalgericht ging, fanden in einer der Straßen neugierige Menschengruppen auf dem Bürgersteig und blühten zum gegenüberliegenden Hause empor. Auf dem Balkon des Hauses liefen einige Menschen hin und her. Ein Handwerker hämmerte an einer verschlossenen Balkontür. Ich erkundigte mich, was los sei. Man konnte es mir nicht sagen. Ich befragte die Inhaberin des Milchladens. „Ein junger Mann“, sagte sie, „lebt oben in der Wohnung. Nachts höre man Stöhnen und morgens roste sich nichts dadrin. Da haben die Nachbarn beschloßen, die Wohnung auszubrennen. Der junge Mann wird wohl tot sein.“ „Wie alt war denn der junge Mann?“ „So um die vierzig Jahre.“ „Da war er

wohl nicht mehr so jung.“ „Na, aber noch unverheiratet.“ Ich ging meines Weges und dachte bei mir: Ich bin auch unverheiratet, auch so um die vierzig herum, also noch ein junger Mann. Wie lange werde ich denn eigentlich noch jung bleiben, wenn ich überhaupt nicht heirate?

Nachmittags kam ich wieder am Hause vorbei. Ich ging in den Laden und erkundigte mich nach dem jungen Mann. „Er ist am Herzschlag gestorben“, erhielt ich zur Antwort. Ich dachte an mein eigenes Herz und ging hinaus, um den einsamen Toten in seiner Behausung zu sehen. Mit einiger Mühe gelang es mir, Einlaß zu erhalten. Wo kommt denn ein Zeitungsschreiber nicht hinein? Es war eine Junggesellenbehaltung: Die lebende Gorgone der Hausfrau fehlte. Der Tote lag noch in seinem einsamen Bett, in dem er seine Ruhe gefunden hatte. Was mich aber in Bewunderung versetzte, war der friedliche Ausdruck seines Gesichts. Das war kein Einsamer mehr. Unter Toten ist eben der Tote nicht mehr einsam, aber um so einsamer der Lebende unter Lebenden.

Jebeim! wenn ich ins Kriminalgericht gehe und am Hause vorbei komme, blühe ich unwillkürlich zu den Fenstern des einsam Gestorbenen hinauf. Denke an mich selbst, an meine einsame Behausung und an die Lebenden. Beschau mögen sie eigentlich so einsam sein? Tragen sie denn nicht alle Masken zur Schau? Die einen schüßen sich gegen ihre Einsamkeit durch einen gottoollen Humor, die anderen durch gottoollen Sarkasmus, die dritten durch eine onspassige Heiserkeit, die vierten durch Weinschmerneachtung, die fünften durch einen alles zerlegenden Jnismus, andere wieder durch Bestimmismus, Reid usw. — alles Masken der Einsamkeit. Mit diesen Gedanken trat ich in den Gerichtsfoal. Schaue mir die Gesichter der Richter, des Staatsanwalts, der Verteidiger, der Zeugen, des Publikums an und stieh immer auf dieselben Masken. Nur die Angeklagten, die aus der einsamen Gefängniszelle kamen, schienen keine Maske zu tragen. Die waren wirklich einsam, ganz einsam und bedurften nicht der Maske in ihrer Zelle. L. R.

Der Anteil der deutschen Häfen an der Schifffahrt. Seit dem Bestehen des Deutschen Reiches ist eine bemerkenswerte Verschiebung der einzelnen Häfen an der Handelschifffahrt erfolgt, wie aus einer Statistik in „Werk, Reederei, Hafen“ zu erkennen ist. Zu Anfang der 70er Jahre, als die Segelschiffe noch 90 Proz. unserer Handelsflotte ausmachten, war an der Döise fast ebensoviel Schiffsraum beheimatet wie an der Nordsee. Je größer die Zahl der Dampfer wurde, um so mehr verschob sich dies Verhältnis zugunsten des Nordseegebietes, so daß im Jahre 1914 nur noch 10 Proz. auf die Ostseehäfen entfielen. Die deutsche Handelsflotte betrug vor dem Kriege nur ein Zehntel der Welt Handelsflotte und macht jetzt nach Ueberlieferung aller größeren Schiffe kaum ein Zwanzigstel der Welttonnage aus. Den weitest größten Anteil haben Hamburg und Bremen. Der Hamburgs beträgt augenblicklich 56 Proz., der Bremens 25 Proz. der deutschen Handelsflotte, so daß sich alle übrigen deutschen Häfen in einen Rest von 19 Proz. teilen müssen. Davon haben die Ostseehäfen einen Anteil von 14,5 Proz. und für die sämtlichen übrigen Nordseehäfen bleiben nur 4,5 Proz. übrig. Nach Hamburg und Bremen hat augenblicklich Stettins Flotte die größte Tonnage.

Deutsche Micum-Note in Paris.

Weitere Gravidierungen unmöglich. — Verhandlungen beantragt.

Paris, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Regierung hat am Montag in der Sache der Verlängerung der Micum-Verträge in Paris und Brüssel eine Note überreichen lassen, in der sie erklärt, daß die Industriellen des Ruhrgebiets nicht mehr in der Lage seien, die unentgeltlichen Kohlenlieferungen fortzusetzen und das Reich außerstande sei, diese Lieferungen zu bezahlen. Die deutsche Regierung sei dagegen bereit, mit den Regierungen Frankreichs und Belgiens in Verhandlungen zu treten, um eine Lösung zu finden. In dem darüber mündlich geführten Meinungsaustrausch soll von deutscher Seite der Vorschlag gemacht worden sein, die Lieferungen aus dem Ergebnis der von den Sachverständigen für die Reparationen reklamierten Transportsteuer zu finanzieren. Die französische Regierung hat darauf geantwortet, daß sie die Fortdauer des gegenwärtigen Regimes an der Ruhr verlangen müsse, bis die Bildung des neuen Ministerriums endgültige Entscheidungen ermögliche. Dagegen scheint die französische Regierung, die im April jede Verhandlung mit der deutschen Regierung über diese Frage abgelehnt hat mit der Begründung, daß es sich um eine zwischen den lokalen Instanzen zu regelnde Angelegenheit handle, diesen Standpunkt grundsätzlich aufgegeben und auch gegen die Zustimmung der anderen alliierten Regierungen zu diesen Verhandlungen keinen Widerspruch erhoben zu haben.

Verhandlungen in Düsseldorf.

Am vorigen Donnerstag begannen in Düsseldorf die Beratungen der Micum mit der Sachkommission, an welche die erste offizielle Einladung zur Besprechung über die Verlängerung bzw. Neuordnung der Micum-Verträge ergangen ist. Es liegen Pläne zu dieser Neuordnung bereits vor. Während es sich bisher lediglich um eine einfache, für den deutschen Teil natürlich immer ungünstig ausgehende Kasseprobe handelte, rechnet man jetzt, soweit mir unterrichtet sind, damit, daß trotz des Fehlens einer zwischenstaatlichen Abmachung die vorliegenden Pläne in Anlehnung an Informationen aus Paris und London zu einem neuen Modus und zu einer Abkürzung der Laufzeit der Micum-Verträge führen werden.

Düsseldorf, 12. Juni. (Z.) Die Sachkommission ist heute abend zu Besprechungen mit der Reichsregierung bereits wieder nach Berlin abgefahren. Die Industriellen gaben bei ihrer Abfahrt den Journalisten lediglich bekannt, daß die Verhandlungen mit der Micum ergebnislos verlaufen seien und neue Verhandlungen auf kommenden Sonntag 10 Uhr vormittags anberaumt seien.

Regierung und Auslandsreisegebühren.

Das Reichskabinett genehmigte gestern, wie amtlich gemeldet wird, den Entwurf einer Abänderung des Reichswahlgesetzes. Die Frage der Auslandsreisegebühren wird in einer Sonder Sitzung des Kabinetts zu Beginn der nächsten Woche besprochen werden, da sie nicht zu trennen ist von der Währungs- und Kreditfrage, die im Zusammenhang hiermit durch den Präsidenten der Reichsbank eingehend dargelegt werden wird. Fristliche Absichten werden bei der Frage der Aufrechterhaltung der Ausreisegebühren wie bisher vollkommen außer Betracht bleiben.

Die Wahlreformnovelle.

Zu dem Beschluß des Reichskabinetts über die Abänderung des Reichswahlgesetzes ist ergänzend mitzuteilen: Das Reichskabinett hat beschlossen, den bereits früher genehmigten Entwurf einer Novelle zum Reichswahlgesetz (Wahlreformnovelle), welche die Bildung kleinerer Wahlkreise vorsieht, nunmehr beim Reichsrat einzubringen. Die Novelle sieht außerdem vor, daß die Parteien sich an den Kosten des Stimmzettels beteiligen, um so mißbräuchliche Ausnutzung des amtlichen Einheitsstimmzettels, der sich im übrigen nach Auffassung weiter Kreise vorzüglich bemährt, bei künftigen Wahlen auszuschalten.

Befangenenrücktransport.

Aus französischem Kerker ins besetzte Gebiet.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland wegen eines Austausches der 42 deutschen politischen Gefangenen auf der französischen Insel St. Martin de Ré gegen 6 wegen politischer Delikte verurteilten Franzosen sind erfolgreich abgeschlossen worden. Die deutschen Gefangenen werden nunmehr wieder in Gefängnissen des besetzten Gebiets untergebracht werden.

Dem Linksblock zur Kenntnis!

Degoutte verbietet Nachrichten über die Vorgänge in Paris.

Hamm, 12. Juni. (Wib.) Aus Dortmund wird berichtet: Der kommandierende General der Besatzungstruppen gibt bekannt, daß er Sanktionen verhängen würde, wenn die Zeitungen Mitteilungen über die sich zurzeit in Paris abspielenden Vorgänge brähen, die eine Herabsetzung der Würde der Besatzungstruppen bedeuteten.

Genosse Matteotti verschleppt?

Rom, 12. Juni. (Wib.) Der sozialistische Abg. Matteotti, einer der Führer der Opposition in der italienischen Kammer, ist seit Dienstag abend verschwunden. Nach Blättermeldungen wurde er in einem Auto entführt. Die Behörden stellen eifrige Nachforschungen an.

Rom, 12. Juni. (Wib.) Die amtlichen Erhebungen ergaben, daß Matteotti wie die anderen politischen Persönlichkeiten zur Verhinderung etwaiger Überfälle von einem Geheimpolizisten überwacht, sich ins Parlament begeben hatte und seither von dem Kriminalbeamten aus den Augen verloren wurde. Ein sozialistischer Kollege hat Matteotti zuletzt Dienstag um 7 Uhr abends in der Nähe der Kammer gesehen. Nach der Bekanntgabe des Verschwindens haben sich bei der Polizei Leute gemeldet, die an einer abgelegenen Stelle Roms ein Automobil dazustellen sahen, aus dem Hilferufe ertönt. Das nächste Automobil konnte identifiziert werden. Man glaubt, den Urheber der Entführung auf der Spur zu sein. Die Oppositionstreife sind über den Vorfall erregt und besorgt.

Nach dem schamlosen Vorgehen der Faschisten selbst in der Kammer gegen die oppositionellen Abgeordneten, wird man um das Schicksal unseres Genossen Matteotti fürchten müssen.

Die japanische Kabinettsliste ist beendet. Der Vicomte Kato hat den Posten des Premierministers übernommen und ein neues Kabinett gebildet.

Der Tag der Internationale.

Glänzender Verlauf unserer Kundgebungen.

Die vier internationalen Kundgebungen, die gestern in Berlin zu Ehren des sozialdemokratischen Parteitages und seiner auswärtigen Gäste veranstaltet wurden, standen im Zeichen des Aufstieges. Die Zeiten der Inflation sind überwunden und mit ihr die Zeiten des Indifferenzismus. Mit Recht konnte Genosse de Brouckere aus Belgien darauf hinweisen, daß außerhalb in Europa die Arbeiterklasse in siegreichem Vorgehen ist, und daß sie vor allem in jenen Ländern auf demokratischer Grundlage glänzende Siege zu verzeichnen hat, in denen die Arbeiter die Bühlarbeit der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale zurückgewiesen haben. Ueberall, wo die Sozialdemokratische Partei ungeschwächt die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, ist heute die Arbeiterschaft ein Hauptfaktor in der Politik, der nicht mehr übergangen werden kann und dem man den maßgebenden Einfluß einräumen muß, wo es ihm gelingt, die parlamentarische Mehrheit auf seine Seite zu bringen.

Die außerordentliche Wärme, mit der die auswärtigen Gäste begrüßt wurden, legte ein beredtes Zeugnis davon ab, daß in der deutschen Arbeiterschaft auch heute noch jener Geist der Internationale wach ist, der die sozialdemokratische Bewegung Deutschlands vor dem Kriege auszeichnete. Es ist der Geist des internationalen Friedens, der den Geist des Militarismus und des die nationalen Gefühle mißbrauchenden Chauvinismus Besonnenheit, Vernunft und Menschlichkeit entgegensetzt und es war für die Berliner Sozialdemokraten als den Vertretern der deutschen Arbeiterschaft eine besondere Genugung, daß ihnen derselbe Geist auch aus den Reden der auswärtigen Gäste entgegenwehte, ein Zeichen dafür, daß sich echtes Nationalgefühl und das Bekenntnis zur Internationale in würdiger Weise ergängen.

Im Schultheiß Hasenheide

nahm die internationale Kundgebung einen glänzenden Verlauf. Der Saal war überfüllt. Hunderte mußten sich um Stehplätzen begnügen. Der Arbeitergesangverein Reutaliner Liedertafel leitete die Feier mit dem stimmungsvollen Kampflied „Lord Hoelien“ ein. Dem internationalen Sekretär de Brouckere, der französisch sprach, wurden herzliche Ovationen gebracht. Als die Reichstagsabgeordnete Genossin Püßl seine Rede überlegte, dräufte bei den markantesten Stellen stürmischer Beifall durch den Saal. De Brouckere erinnerte in seiner Rede zunächst an die Lage des vorjährigen Hamburger Kongresses, wo die Internationale neu erklart. Damals herrschte in Frankreich noch der Bolschewismus, in den anderen Ländern die tiefste Reaktion. Wie haben sich die Zeiten geändert! In England eine Arbeiterregierung, in Frankreich der „Nationale Mod“ geschlagen, in Dänemark und anderen Ländern das Aufsteigen des Sozialismus. Speziell in Frankreich ist seit dem Dreyfus-Prozess noch niemals eine so wichtige Erhebung zu verzeichnen gewesen als dieser Umsturz zur friedlichen Demokratie. Zwar sind wir in Frankreich nicht in der Regierung, aber wir sind mit an der Macht. Die deutschen Sozialisten werden zwar sagen: „Gewiß, die französischen und englischen Sozialisten haben viel geleistet, aber was haben die Belgier getan? Sie waren doch auch an der Ruhr beteiligt.“ Darauf kann ich Ihnen antworten, daß dieselbe Regierung noch da ist, aber sie hat nur den Schatten der Macht. Nur noch einige Wochen und auch die reaktionäre Regierung in Belgien wird verschwunden sein. (Stürmischer Beifall.) Unsere Partei hat den Kampf gegen diese Regierung aufgenommen. Wir Belgier waren es, die zuerst einem Deutschen, dem Genossen Sassenbach, in einer öffentlichen Versammlung zu Worte kommen ließen. Wie sind wir von den Nationalisten geschmäht worden! Der Redner zeigt an Hand von Beispielen, wie auch die belgische Arbeiterschaft ihre Errungenschaften verteidigen muß und erinnert an die Demonstration der 200000 Arbeiter in Brüssel wegen Verletzung des Gesetzes über den Achtstundentag. Durch diese Demonstration sah sich die Regierung gezwungen, den Gehlehten zurückzugeben.

Zum Schluß drückt der Redner den heißen Wunsch aus, daß die deutsche Republik allen Stämmen zum Trug sich konsolidieren möge und daß die deutsche Arbeiterschaft in dieser Republik das entscheidende Wort zu sprechen habe. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Als zweiter Redner sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Simon Münchberg, der die Arbeiterschaft auf die Eingetret, als die stärkste Waffe gegen die Reaktion, hinwies.

Mit dem Gesang der Internationale, die von den Bekanntheiten stehend mitgesungen wurde, fand die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.

Im Saalbau Friedrichshain

lauschten mehr als 2000 Personen den Worten der Redner. Mit dem Riede: „Ein Volk, ein Herz, ein Vaterland“, welches in vorwiegender Weise vom Berliner Arbeiterjugender-Chor vorgetragen wurde, begann die Veranstaltung.

Zuerst sprach die Genossin Bell im Namen der englischen Arbeiterpartei. Da sie englisch sprach, wurden ihre Ausführungen vom Genossen Bärensprung, Mitglied der Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold überlegt. Genossin Bell gab einen Ueberblick über die Geschichte ihres Landes. Sie erinnerte daran, daß England schon im Mittelalter ein Land war, in dem demokratische Ideen herrschten. So blieb England ohne gefahrlose Umstürze ein demokratisches Land. Die Rednerin kam dann auf die englischen Wahlen zu sprechen. Die Arbeiterpartei ist nun Regierungspartei. Aber im Parlament hat sie nicht die Mehrheit. Das mögen die Arbeiter aller Länder bedenken, wenn sie meinen, das Tempo der englischen Arbeiterpolitik gehe zu langsam. Auch die französischen Wahlen zeigen, daß man überall endlich bereit ist, die Welt wiederum einzurufen. Rufen die deutschen Arbeiter dazu beitragen, so schließt Genossin Bell ihre Ausführungen, eine Welt des allgemeinen Friedens zu schaffen. (Starker Beifall.)

Als zweiter Redner referierte Genosse Dan von der russischen Sozialdemokratie und überbrachte deren Grüße. Er knüpfte an die Ausführungen der Vorrednerin an und zieht dann eine Parallele mit den russischen Verhältnissen. Weder in England noch in Russland haben wir eine Arbeiterregierung, die rein sozialistische Politik treibt. In Russland müssen wir in die Gefangnisse gehen, wenn wir sozialdemokratische Funktionen sehen und sprechen wollen. Wir haben keinen kommunistischen Staat drüben, sondern einen neuen Kapitalismus, eine neue Bourgeoisie, ein neues Schiebertum. Was sich in Russland „proletarische Politik“ nennt, ist ein Verbrechen an der Idee des Sozialismus. (Zustimmung.) Dan endet seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß überall die wahre Demokratie zum Durchbruch kommt. (Lebhafter Beifall.)

Als letzter Redner sprach Genosse Paul Odde: Mit neuer Kraftanstrengung, mit neuem Muth gehen wir ans Werk. Tächtig müssen wir in der deutschen Republik aufkommen. Auf die Regierungen der Länder und des Reiches dürfen wir uns nicht verlassen. Selbst müssen wir hand anlegen. (Starker Beifall.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale Sozialdemokratie wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen.

Im Lehrervereinshaus,

dessen großer Saal voll besetzt war, begrüßte der Gesangverein „Typographia“ die Versammlung mit in bekannter Weisheit vorgetragenen Freiheitsliedern.

Als erster Redner sprach der sächsische Minister a. D. Genosse Fleißner-Dresden. Niemals sei, führte er aus, eine Zeit so sehr wie die jetzige geeignet gewesen, uns auf die Notwendigkeit der Völkerverständigung hinzuweisen. Nach der Annahme des Gulochens im Deutschen Reichstag werde es darauf ankommen, welche Unterstützung die Arbeiterklasse Deutschlands in ihrem Kampf, der ihr bevorsteht, bei den Arbeitern der anderen Länder findet. Aber allein auf diese Hilfe dürfe sich die deutsche Arbeiterschaft nicht verlassen, sondern sie müsse selber aktiv sein, mehr als sie es in der letzten Zeit gewesen sei, müsse den notwendigen Kampf mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit führen. (Zustimmung.) Zweifelloser werde das Unternehmertum, für das alle bürgerlichen Parteien eintraten, hauptsächlich den breiten Massen die Lasten der Erfüllung aufbürden wollen. Mehr als je müsse jetzt unsere sozialdemokratische Parlamentsfraktion draußen in den Massen ihre Resonanz finden. Sie dürfen in rücksichtsloser Vertretung der Interessen des arbeitenden Proletariats auch vor der Aussicht auf eine nachmalige Auflösung des Reichstages nicht zurücktreten. (Zustimmung.) Genosse Fleißner betonte dann die Notwendigkeit, auch die Republik zu schützen, wobei freilich zu fordern sei, daß die jetzige bürgerlich-kapitalistische Republik eine sozialistische wird. Aber auch das werde nicht ohne ernste und harte Kämpfe möglich sein. Schluß machen müsse man mit der Politik des Vorkriegens, nur mit dem Geist der Offensive sei etwas zu erreichen. Genosse Fleißner richtete an die Sozialdemokratie anderer Länder die Mahnung, der deutschen Arbeiterschaft in ihrem Kampf zu helfen. Aber dieser Hilfe der Internationale müsse die deutsche Arbeiterschaft sich würdig zeigen. Dann werde sie einen entscheidenden Sieg über ihren Klassengegner davontragen. (Stürmischer Beifall.)

Dann nahm das Wort unser dänischer Genosse Parteisekretär Andersen, von lebhaftem Beifall begrüßt. Dänemark habe eine einheitliche, einige Sozialdemokratie, um die sich fast die gesamte Arbeiterschaft des Landes schart. Bei den letzten Wahlen habe sie fast 40 Proz. aller Stimmen erhalten, darum habe sie im Interesse der Arbeiterschaft die Regierung übernommen (Braos), was allerdings nicht immer ein Vergnügen sei. Steuerreform, Achtstundentag und Abrüstung (Beifall) seien einige ihrer Hauptpläne. Den hartgeprüften deutschen Genossen überbringe ich, schloß Genosse Andersen, die herzlichsten Grüße der dänischen Genossen. (Lebhafter Beifall.) Stets sei zwischen den Genossen in Deutschland und in Dänemark bestes Einvernehmen gewesen. Nachsichtig müsse die Brücke der Verständigung, der Verbrüderung der beiden Völker werden. Von der Internationale allein sei eine Völkerverständigung zu erwarten. Die Verantwortung für die Kriegskatastrophe lasse auf der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die Solidarität der Sozialisten aller Länder sei der wahre Völkerverbund. (Stürmischer Beifall.)

Inzwischen war auch der Vertreter Belgiens, Genosse de Brouckere, von lebhaftem Beifall begrüßt, in der Versammlung erschienen. Er überbrachte Grüße von der internationalen Tagung in Wien und von den belgischen Genossen. Aus der Katastrophe haben die Länder nur die Einigung des internationalen Proletariats und dessen wieder erstarke Macht gerettet. Genosse de Brouckere schilderte die erfolgreichen Kämpfe der belgischen Arbeiter gegen das Unternehmertum. Wir haben zu kämpfen um den europäischen Frieden, wir haben gemeinsame Arbeit zu leisten, alle Bruderparteien Europas. Dem internationalen Kampf des Unternehmertums gegen den Achtstundentag wird die internationale Arbeiterschaft gemeinsam kämpfend entgegengetreten. Die Reparationsverpflichtungen Deutschlands müssen so getroffen werden, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht zu einer Ueberstreichung des Achtstundentages gezwungen ist. Genosse de Brouckere schloß unter stürmischem Beifall mit dem Wunsch, daß die junge deutsche Republik erstarke möge.

Ein Referat der Genossin Toni Sender beleuchtete die Ziele des internationalen Kapitals. Auch das Proletariat müsse eine aktionsfähige internationale Arbeiterorganisation haben. Voraussetzung sei eine geschlossene und einige Arbeiterorganisation in den einzelnen Ländern. Diese internationale Kundgebung müsse in uns den Willen zur Macht stärken, dann werde der Sieg unser sein. (Stürmischer Beifall.)

In einem Hoch auf die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie und dem Gesang der Internationale fand die Kundgebung aus.

In den Germaniafälen

hätten sich gleichfalls zahlreiche Parteigenossen eingefunden. Als der Meinesche Männerchor die internationale Kundgebung mit dem Liede „Empor zum Licht“ stimmungsvoll eröffnete, war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Als internationale Gäste waren die Genossen Mendel-Lewin (Sozialrevolutionäre Partei Russlands) und Dr. Otto Leichter (Wien) anwesend, die mit Bravorufen der Anwesenden begrüßt wurden. Unter stürmischem Beifall trat Genosse Mendel-Lewin an das Rednerpult und erinnerte daran, daß vor 23 Jahren der Völkerverbund der Parteien, den er mitmachen konnte, unter polizeilicher Aufsicht tagte. Heute ist es anders geworden. Wir müssen diesen Fortschritt unbedingt anerkennen. Der Redner zog dann die Parallele zwischen der deutschen und russischen Arbeiterschaft. Brot und Freiheit hieß die Losung, unter der die Kommunisten in Russland fielen. Und was hat dieser Sieg gebracht? Eine fürchterliche Hungersnot, die man selbst unter dem Regime des Zarismus nicht erlebt hätte. Aber auch die geistige Freiheit ist stark eingeschränkt.

Genosse Robert Dymann wies auf die internationalen Kongresse vor dem Weltkriege hin. Als damals der unselige Krieg über uns hereinbrach, sah jeder ein, daß das internationale Proletariat eine Schlacht verloren hatte. Die Kriegsgesetze sauste durch die Länder. Jeder dachte, er kämpfe um die Freiheit seines Landes. Erst im Kriege merkte das Proletariat, daß es belogen war. Dieser Kampf war kein Kampf um Freiheit, er war vielmehr ein Kampf zum Schutze des Kapitalismus. Am Schluß seiner Ausführungen behandelte Genosse Dymann die Gewerkschaftsfrage. Leider ist die gewerkschaftliche Stärke im Augenblick arg geschwächt. Doch brauchen wir den Mut nicht sinken zu lassen. Langsam geht es vorwärts. In Horith-Ungarn haben unsere Gewerkschafts-genossen den Kampf gegen die Bourgeoisie mit aller Kraft aufgenommen. Die letzten Streiks in Deutschland, wobei auch die unorganisierten musterhafte Solidarität ließen, zeigen, daß es auch bei uns wieder vorwärts geht. Unter dem Zeichen der Internationale der revolutionären Sozialdemokratie wollen und werden wir fliegen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem der Genosse Dr. Otto Leichter in kurzen Ausführungen den Leidensweg des österreichischen Proletariats geschildert hatte, um dabei auch hervorzuheben, daß es ebenfalls in Oesterreich wieder vorwärts geht, hörte die Versammlung stehend die „Internationale“ an.

Der Konflikt bei der Reichsbahn.

Die B.S.-Korrespondenz berichtet:

Nachdem die Vorstände der Eisenbahnerorganisationen aller Richtungen gestern und vorgestern in zum Teil stürmischen Beratungen übereingekommen waren, vor Ausbruch des Streiks noch einmal mit dem Reichsverkehrsministerium und der Regierung eine letzte Einigung zu versuchen, fanden gestern nachmittags 1/4 Uhr mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums Verhandlungen statt, die etwa zwei Stunden dauerten. Die Organisationen erklärten, daß sie bereit seien, von ihrer ursprünglichen Lohnforderung in Höhe von 30 Prozent unter der Voraussetzung heranzugehen, daß das Reichsverkehrsministerium andererseits in der Frage der zehnstündigen Arbeitszeit der Bahnunterhaltungsarbeiter, sowie in der Frage der Bezahlung der neunten Arbeitsstunde durch einen Überstundenzuschlag und in der Frage der Neubesetzung der Dienstbauervorschriften ein Entgegenkommen zeigen werde. Die Regierungsvorsteher haben dann erklärt, daß in der Frage der zehnstündigen Arbeitszeit der Bahnunterhaltung und in der Frage der Dienstbauervorschriften die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten und vielleicht ein Entgegenkommen gezeigt werden würde. In der Lohnfrage selbst und in der Frage der Bezahlung der neunten Arbeitsstunde durch einen besonderen Zuschlag sei jedoch das Reichskabinett ausschlaggebend, das durch die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums befragt werden möchte.

Die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums ersuchten darauf um eine Vertagung der Verhandlungen um 24 Stunden, damit die Ansicht der einzelnen vorgehenden Instanzen herbeigeführt werden könnte. Im Laufe des Freitags geben die Verhandlungen weiter. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird die Frage Streik oder Nichtstreik entscheiden. Wenn die Regierung nicht ein weiteres Entgegenkommen in den strittigen Punkten zeigt, dann dürfte ein das ganze Wirtschaftsleben schwer schädigender Generalstreik der Eisenbahner unvermeidlich sein. Auf der anderen Seite hat die Verhandlung am gestrigen Donnerstag jedoch ergeben, daß die Regierung ihrerseits Konzeptionen zu machen bereit ist; und aus diesem Grunde steht zu hoffen, daß im Wege friedlicher Verständigung ein Ausgleich erlangt wird, der sowohl mit den finanziellen Interessen des Reiches vereinbar ist, wie auf der anderen Seite aber auch den Arbeitern der Reichsbahn, die zum größten Teil zu den Schwerearbeitern zu rechnen sind, eine Befriedigung gewährt.

Soweit die Meldung, deren Richtigkeit wir nicht nachprüfen vermochten, da die Vertreter des DGB nicht zu erreichen waren, was wir in einem so kritischen Zeitpunkt besonders bedauern. Im übrigen glauben wir, daß diese Meldung im Kern vielleicht richtig, jedoch so aufgebauscht ist, daß sie den Tatbestand wesentlich entstellt.

Das Wolff-Bureau meldet:

Berlin, 12. Juni. Heute nachmittag fand im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Vertretern der Eisenbahngewerkschaften statt, in der die aus der Morgenpresse bereits bekannten Forderungen der Gewerkschaften auf Lohnsteigerung und anderweitige Arbeitszeit-

regelung überreicht wurden. Eine materielle Verhandlung fand nicht statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Antwort des Reichsverkehrsministers wird in einer für morgen mit den Gewerkschaften vereinbarten erneuten Zusammenkunft mitgeteilt.

Das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger verbreitet andererseits eine lange Polemik des Reichsverkehrsministeriums gegen den von uns gestern veröffentlichten Artikel zum Eisenbahnkonflikt und gegen den Beschluß des Vorstandes und Beirates des DGB. Die von uns veröffentlichten Zahlen, wie die in der Entschlüsselung des DGB festgestellten Tatsachen werden zwar nicht bestritten, man versucht jedoch mit allerlei Prozentberechnungen nachzuweisen, daß die Eisenbahner „hohe Löhne“ hätten. In der langen Polemik heißt es u. a.: „Die Gewerkschaften berufen sich darauf, daß die Gehälter der Oberbeamten um 70 Proz., der Unterbeamten um 17 Proz. gesteigert worden seien, die Arbeiter aber mit 5 Proz. abgepeist werden sollen. Wenn diese Zahlen an sich auch richtig sind, so kann der Staat doch nicht nach parteipolitischen Rücksichten verfahren, sondern er muß seine Beamten so besolden, daß er eine unerschöpfbare Beamtenstaffel zur Verfügung hat.“

Dazu ist zu bemerken, daß die Eisenbahner selbstverständlich niemals verlangt haben, die Beamten, auch die oberen Beamten sollen ungenügend besoldet werden. Aber wenn es zweifellos notwendig ist, eine „unerschöpfbare Beamtenstaffel“ zur Verfügung zu haben, so hat der Staat ein nicht minder großes Interesse daran, die Eisenbahner so zu bezahlen, daß sie allen Anfechtungen widerstehen können. Wenn es in der Polemik dann heißt, daß die Republik bessere Beamten als der monarchistische Staat brauche, weil nicht mehr so kommandiert werden könne wie früher und die Besoldung durch Titel und Orden abgeschafft ist, so trifft das zweifellos auch auf die Eisenbahner zu. Nicht nur der Beamte muß, wie es in der Polemik des Reichsverkehrsministeriums heißt, „Jorglos dastehen“, auch der Eisenbahner muß die Möglichkeit haben, sich und seine Familie menschenwürdig ernähren zu können.

Wenn dann weiter behauptet wird, daß die Bahnunterhaltung ein Saisonbetrieb ist und daß also die Arbeitszeit in den Sommermonaten ähnlich wie in der Landwirtschaft und im Baugewerbe verlängert werden müsse, so trifft das, soweit das Baugewerbe in Frage kommt, nicht zu. Dort besteht nach wie vor die achttündige Arbeitszeit. Ein Vergleich mit der Landwirtschaft hinkt schon deswegen, weil hier die Arbeit von den Witterungsbedingungen abhängt und durch die klimatischen Verhältnisse zum Teil, sich auf einige Monate zusammendrängt.

Im übrigen bestätigt die Verteidigungsschrift des Reichsverkehrsministeriums, daß die Dienstzeit bis 16 Stunden täglich ausgeübt werden kann. Eine derartige Dienstzeit gibt es außerhalb des Eisenbahnbetriebes in keinem Berufe. Diese Verteidigungsschrift ist in Wirklichkeit die schärfste Anklage gegen den bürokratischen Geist der in den höheren Regionen des Reichsverkehrsministeriums herrscht. Er ist sicher nicht dazu angetan, den Konflikt auf gütlichem Wege beizulegen.

abendrein noch das „Zehrgeld“ in Rechnung gesetzt, das diese nicht für sich, sondern für die Brauereien ausgeben müssen. Die Fahrer müssen ihr Frühstück unterwegs verzehren und bei den Wirten, die sie beliefern, auch dann trinken, wenn sie kein Bedürfnis dazu haben. Diese „Berufslast“ soll also indirekt auf die Arbeiter abgewälzt werden.

Die Brauereien, die für ihre Flüssigkeitsprodukte immer noch einen Preis von etwa 50 Proz. über den Friedenspreis hinaus fordern und ohne weiteres erhalten, sind recht gut in der Lage, die Forderungen ihrer Arbeiter zu erfüllen. Das Randover, die Dinge so darzustellen, als ob die Brauereiunternehmer die Forderungen hauptsächlich deshalb ablehnten, um den Biertrinkern das Bier nicht noch mehr zu verteuern, daß die Erfüllung dieser — natürlich „unerschämten“ — Forderungen ohne weiteres eine Bierpreissteigerung bedingte, die also die Brauereiarbeiter verschuldeten, verfehlt seine Wirkung. Freilich, wenn die Unternehmer den Bierpreis ohne weiteres erhöhen könnten, dann hätten sie es nicht erst zum Streik kommen lassen, sondern bewilligt und die Löhne, mit einem entsprechenden Zuschlag für sich, in eine Bierpreissteigerung einkalkuliert. So aber bedeutet jede Lohnsteigerung eine Schwächung ihres Profits. In diesem Punkte aber sind alle Kapitalisten samt den Brauereiarbeitern sehr empfindlich.

Die Rohstoffpreise sind allerdings noch nicht in dem Maße herabgesetzt, wie es notwendig ist. Allein der in der Kriegszeit begonnene und inzwischen erfolgreich weiter geförderte Konzentrationsprozess in der Brauindustrie müßte dennoch zur Herabsetzung der Bierpreise führen. Die heutige Monopolstellung der Berliner Brauereien findet lediglich in der mangelnden Kaufkraft der großen Masse ein gewisses Gegengewicht gegen weitere Preissteigerungen. Würden die Arbeiterlöhne den verteuerten Lebensverhältnissen ebenbürtig angepasst wie die Gehälter der Herren Direktoren und Generaldirektoren, dann hätten die Brauereiarbeiter keine Veranlassung zum Streik.

Die Brauereiarbeiter, die zum größten Teil Saisonarbeiter sind, die in Hitze und Kälte zu arbeiten gezwungen sind und deren Lebensalter deswegen arg begrenzt ist, wissen, daß sie einen gerechten Kampf um die Erhaltung ihrer Lebensmöglichkeiten führen. Sie werden diesen ihnen aufgezwungenen Kampf aller Verdrückungen in der die Interessen des Brauereikapitals vertretenden bürgerlichen Presse zum Trotz, zu einem erfolgreichen Ende zu führen wissen.

Konflikt im chemigraphischen Gewerbe.

Die Mitgliederversammlung der Chemigraphen Berlins nahm gestern Stellung zu dem Tarifbruch, den die Unternehmer dadurch begangen haben, daß sie bei Androhung einer Konventionalstrafe von 500 M. in jedem einzelnen Falle die Einstellung von Chemigraphen verboten. Das bedeutet praktisch, daß die Arbeitnehmer, wenn sie ihre Stellung wechseln, riskieren, anderweitig keine Beschäftigung zu finden. Das Vorgehen der Unternehmer wird noch besonders durch die beiden Tatsachen charakterisiert, daß gleichzeitig aus der Provinz Arbeitskräfte angefordert werden und auch berufs-fremde Elemente eingestellt werden. Diese „Ueberläufer“ werden unter Tarif bezahlt. In der Diskussion kam die allgemeine Erbitterung über das unqualifizierbare Vorgehen der Unternehmer zum Ausdruck und fand in folgender Entscheidung ihren Niederschlag:

„Die Chemigraphen Berlins ermächtigen ihre Vertreter im Tarifamt, rücksichtslos dafür zu wirken, in der morgigen Tarifamtssitzung den Prinzipalen begreiflich zu machen, daß wir nicht länger gewillt sind, eine Tarifgemeinschaft aufrechtzuerhalten, wo der eine Kontrahent hemmungslos seine Parteinteressen durchsetzt. Die Chemigraphen Berlins haben nunmehr keine andere Möglichkeit, zu einer Aenderung im Sinne des Tarifes zu kommen, als von Freitag, den 13. Juni, ab in Berlin die Überstunden zu verweigern.“

Dieser Beschluß wird streng durchgeführt werden. Sämtliche Mitglieder haben sich strikte an die Beschlüsse der Organisation zu halten.

Angestellte der Berliner Metallindustrie!

Zuf Grund zahlreicher Anfragen teilen wir mit, daß die Gehaltszahlung im Monat Juni wie folgt stattfindet: Am 21. Juni 25 Proz., am 30. Juni 75 Proz. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß am Sonntag, den 16. Juni, die Vergleichsverhandlungen im R.M. bezüglich unseres Antrages auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspräsidenten zur Regelung der Reisegehälter stattfinden. Sobald ein endgültiges Resultat vorliegt, werden wir eine Kfz-Funktionärerversammlung einberufen. Wir bitten daher, in den nächsten Tagen die Arbeiterpresse zu verfolgen.

Kfz-Mitglied: Günther, Lange, Rothe.

Konflikt in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

Essen, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag begannen unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichskommissars die Verhandlungen über die Löhne, die Arbeitszeit und den Rahmentarif in der nord-westlichen Gruppe der Metallindustrie. Die Arbeitgebervertreter wünschten zunächst Verhandlungen über die Arbeitszeit. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten diese Verhandlungen ab und betonten ihren bereits bei den vorausgegangenen Verhandlungen dargelegten Standpunkt, daß zunächst über die Lohnfrage verhandelt werden müsse. Hierauf begannen die zwangsweise durch den Reichskommissar eingeleiteten Verhandlungen, die nach der Schlichtungsordnung dem Schiedsverfahren vorausgehen müssen. Die Arbeitnehmervertreter überreichten ihre Vorschläge, die kurz zusammengefaßt die grundsätzliche Anerkennung der achtstündigen Arbeitszeit resp. 48 Stunden wöchentlich fordern, für durchgehende Betriebe einschließlich Sonntagsarbeit 56 Stunden. Für die Arbeiter an den Hochöfen, in den Kokereien usw. wird die Einführung der dreifachen Schicht verlangt. Für die übrigen Betriebe kann über die achttündige Arbeitszeit hinaus eine Stunde Mehrarbeit vereinbart werden, die mit einem Zuschlag von 10 Proz. zu vergüten ist. In der Lohnfrage wurde für den Monat Mai ein 20prozentiger Zuschlag auf die Aprillöhne, ab 1. Juni weitere 5 Proz. auf die sich für Mai ergebenden Löhne gefordert. Weiter wurden einige Verbesserungen zum Rahmentarif sowie die Aufnahme des Sicherheitskommens in den Rahmentarif beantragt. Die Arbeitgebervertreter haben ihre bekannten Forderungen in vollem Umfang beibehalten. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

Achtung, reisende Brauereiarbeiter! Heute (Freitag) mittags 12 Uhr Funktionärerversammlung im Gewerkschaftshaus, Großer Saal. Heute nachmittags 3 Uhr Versammlung sämtlicher Streikenden in den Bezirksstellen. Jeder Streikende ist verpflichtet, an diesen Versammlungen teilzunehmen.

Reisender Belegschaftsverband. Die heutige Sitzung der erweiterten Verwaltung findet nicht statt. Die Eintragung zur nächsten Sitzung erfolgt schriftlich.

Verband der Buchbinder- und Papiererarbeiter. Laubstummel-Geld: Am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags, findet in der Brauerei Friedrichshagen ein Sommerfest mit Konzert und Spezialitäten statt. Der Ueberblick soll für die arbeitenden Laubstummeln verwendet werden. Es wird daher um regen Betrieb der Eintrittskarten gebeten. Nur von dem Verkauf der Vorverkaufsbillets haben diese einen Anteil. Daher sind die Billets im voraus zu entnehmen. Karten sind auf unserem Bureau sowie in den Abstellstellen zu haben. Die Ortsverwaltung.

Jugendveranstaltungen.

Für den Samstagsmorgen haben verschiedene Abteilungen noch keine Adressen angegeben. Diese Abteilungen werden hierdurch ersucht, dieses umgehend nachzuholen. Die Programme für die Jubiläumsvorstellungen müssen bis heute (Freitag) unbedingt abgegeben werden.

Achtung, Abteilungsaffierer!

Es müssen heute von allen Abteilungen, soweit das noch nicht geschehen ist, die Beitragsmarken von den vergangenen Monaten abgerechnet und die Beitragsmarken für den Monat Juni abgeholt werden. Ferner sind unter „Jugend voran“ und die „Arbeiter-Jugend“ in Empfang zu nehmen.

Heute, Freitag, den 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr:

Preis: Chaussestr. 48. Vortrag: „Geschichte der DGB.“ — **Charlottenburg:** Jugendheim Reinhardtstr. 4. Vortrag: „Die bürgerliche Weltanschauung.“ — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Arbeitsdienstpflicht.“ — **Teltow:** Schule GutsMuthsstr. 54. Vortrag: „Die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung.“ — **Waidlitz II:** Kolonialklub Schule am Stephanspark. Diskussions: „Unsere Pflichten gegenüber.“ — **Wesdalen III:** Jugendheim Rosenthalstr. 3. Vortrag: „Altruismus.“ — **Niederbarnheimerstr. 1:** Gemeindeführer. **Blankenburger Str. 68:** Vortrag: „Wohlfahrt oder Dummheit.“ — **Korho II:** Schule Dönsiger Str. 2. Vortrag: „Proletarische Lebensreform.“ — **Ostern (Stalauer Viertel):** Schule Kogelstr. 3. Vortrag: „Weltverkehr.“ 2. Teil. — **Reinickendorfer:** Jugendheim Auguste-Viktoria-Allee. Mitgliederversammlung. — **Rosenfelder Vorstadt:** Jugendheim Gopelstr. 3. Diskussions: „Unter den Werten.“ — **Schiff (Rappiner Viertel):** Jugendheim Koriannenufer 1a. Vortrag: „Die Entstehung der Erde.“

Werkskreis Brunsauer Berg: Zusammenkunft der Helfer und Helferinnen für den Samstagsmorgen heute abends 1/2 Uhr bei Burg, Brunsauer Allee 189.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sängerchor Sankt 1919. Die Sangesfreunde treffen sich am Sonntag um 4 Uhr nachmittags im Schloßpark, direkt am Schloß.

Bereitigung für Schul- und Erziehungszwecke, Berlin-Treptow. Freitag, den 13. Juni, 8 Uhr abends, im Rechenhof der 8. Treptower Gemeindeführer, Wilhelmsstr. 111, Versammlung. Referent Dr. Ernst Simmel: „Erlaubnisse, Möglichkeiten und Erfolge der psychoanalytischen Behandlung.“

Briefkasten der Redaktion.

D. S. Unmöglich. Kaufen Sie sich die Zusammenfassung der Berliner DGB-Zeitung, in jeder Buchhandlung erhältlich, 30 Pf.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Glatzer; Freizeitsport: Dr. John Schilke; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlert; Kassen: H. Gluck; Familie in Berlin, Berlin: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, Bureau 2. Belfrage.

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. — Die stundenlanganhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.



Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. — Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

J.G. MOUSON & CO. Gegründet 1798 in Frankfurt a.M. • Hersteller des weltbekannten Hautpflegemittels CREME MOUSON

Die Meister von Keller und Faß.

Gegenwärtig steht das Brauereigewerbe im Kampfe mit dem Unternehmertum, um bessere Lohnbedingungen zu erzielen. Nicht nur der Brauer, der eigentliche Hersteller des Bieres, hat das schärfste Kampfmittel, den Streik, ergriffen, sondern das gesamte Brauereipersonal. Die Fälle, wo früher die in den Brauereien Beschäftigten zum Streik übergingen, sind zu zählen. Damit wird auf das deutlichste bewiesen, daß diese Arbeitnehmergruppe immer bemüht war, mit dem Unternehmer reibungslos zu arbeiten. Im folgenden soll die Tätigkeit des Brauers, herunter bis zum Mitfahrer des Kundenwagens, geschildert werden.

Die Tätigkeit des Brauers.

Schon in den frühen Morgenstunden beginnt hier die Arbeit, die täglich acht Stunden dauert. Hinterher muß aber eine verträglich festgelegte Ueberstunde abgearbeitet werden. Der Dienst beginnt mit der Zubereitung des Malzes. Die Gerste, das Urprodukt des Bieres, geht durch die Reinigungsmaschinen, um dann den Weichprozeß — d. h. die Gerste wird 70 Stunden geweicht — durchzumachen. Das gereinigte und geweihte Produkt gelangt dann auf die Malzstennen, um dort zu keimen. Nach mehrmaliger Bearbeitung wird das Ganze auf die Malzdarren gebracht. Bei einer Temperatur von 60—80 Grad Wärme geht der Darrprozeß vor sich. Dann folgt die Entkeimung der Gerste, die darauf den Weg zur Schrotmühle antritt. Der eigentliche Brauprozeß beginnt nach dem Schrot. Das Schrot wird mit Wasser vermischt, zu einem Brei verarbeitet und in einen Kupfertessel unter 40—60 Grad Wärme gebracht und hier gekocht. Läuterbottiche nehmen die Masse auf, um sie abzuläutern, d. h. die Flüssigkeit abzuziehen. Der im Bottich verbleibende Rest — Treber genannt — dient bekanntlich als Viehfutter und wird von den Viehhältern gern genommen. Der abgezogene Flüssigkeit, die man jetzt Würze nennt, wird Hopfen zugefügt, und zwar soviel, bis der nötige Geschmacksgehalt vorhanden ist. Dann kommt die Mischung auf Kühlschiffe (Behälter), wo sich die letzten verbliebenen Bestandteile absetzen. Gleichzeitig findet hierbei die

erste Abkühlung statt. Aber noch ist der Brauprozeß nicht beendet. Riesige Kühlapparate, auf 4—5 Grad gekühlt, leiten nun die Würze in Gärbottiche, die aus Zement, Aluminium und Holz bestehen. Hier wird Bierhefe zugefügt, worauf das Ganze einen achtstägigen Gärprozeß durchmacht. Dann ist das Bier fertig und wird in Lagerfässer und Stahltanks — die letzteren fassen etwa bis 1000 Hektoliter — geleitet, wo es bis zum Bedarf bei 2 Grad Wärme lagert. Schließlich wird das Bier durch Filteranlagen gebracht und dann erst auf Gebrauchsfässern abgezogen. Kühlmaschinen sorgen für ständig gleiche Temperatur. Soweit die Beschreibung des Brauprozeses. Infolge der immerwährenden Wasserplanhsereien in den Kellereien ist es nicht verwunderlich, daß sich beim Brauer Rheumatismus als Begleiterscheinung seines schweren Berufes einstellt. Die Arbeit, die im „kühlen Keller“ geleistet wird, ist natürlich ungesund. Kein Sonnenstrahl verdringt sich hier unten... Aber auch die soziale Lage des Brauers läßt viel zu wünschen übrig. Im Winter droht ihm oft das Schicksal der Arbeitslosigkeit, wird doch in kalter Jahreszeit die Belegschaft gewöhnlich bis auf 60 Prozent verringert. Der Böttcher ist dem Brauer gewissermaßen der nächste. Seine Aufgabe ist es, die Reparaturen an Lagerfässern und Transportgefäßen vorzunehmen. Alle Jahre einmal werden die riesigen Lagerfässer gepicht, d. h. gereinigt. Die Innenwände der Fässer sind mit einer Beschlagur überzogen, deren Erneuerung in jedem Jahr vorgenommen werden soll. Koksöfen erwärmen die Innenwände und bringen das alte Pech zum Schmelzen. Auf maschinellem Wege und auch mit der Hand wird dann die neue Glasur vorgenommen. Ist das Pechen schon an und für sich keine angenehme Arbeit, so wird sie im Sommer als geradezu doppelt schwer empfunden. Die Hitze, die verhindert, daß der Qualm gut abziehen kann, drückt die Rauchschwaden in der Esse wieder hinunter, so daß im eigentlichen Arbeitsraum immer ein dichter Qualm herrscht.

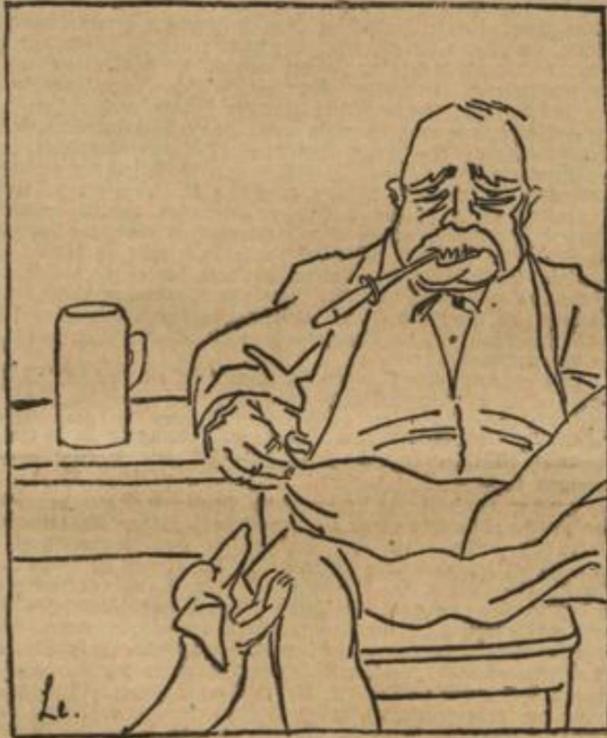
Im Weiblerbrauereigewerbe beginnt die Arbeitszeit im Sommer schon um 4 Uhr früh. Aus eisernen Bottichen, die 100 bis 200 Hektoliter fassen, gelangt das Bier in die Gebrauchsfässer. Jeden Morgen wird etwa 2 bis 3 Stunden gefüllt. In dieser Zeit leistet der Füller eine äußerst angestrengte Arbeit. Im Winter macht sich hier die Arbeitslosigkeit oft bitter bemerkbar. Es gibt Betriebe, die in der kalten Jahreszeit 26 Wochen nur halbe Wochen, also etwa 3 Tage, arbeiten lassen.

Das Fahrpersonal.

Hier ist zuerst der Fahrbierfahrer zu nennen. Schon um 1/6 Uhr früh begibt sich der Kutscher auf den Hof, um nachzurechnen, wieviel er laden muß, um seine Kundschaft befriedigen zu können. Er gibt dem Kellermeister seinen Bedarf an und beginnt um 6 Uhr zu laden. Um 1/8 Uhr muß der Wagen, der etwa 30 bis 35 Hektoliter geladen hat, den Hof verlassen haben. Ist der Fahrer früher fertig, so benutzt er die Zeit, um schnell sein Frühstück einzunehmen. Oft kommt er nicht dazu. Um doch etwas Zeit zu ersparen, tun sich immer vier Fahrer, wohlgerneht nur Fahrer, zusammen, um durch ein Handinhandarbeiten mit dem Laden schneller fertig zu werden. Vier Mann laden in anderthalb Stunden etwa 120 bis 150 Hektoliter. Jeder Fahrer hat im Durchschnitt 40, und wenn er Privatleute zu bedienen hat, 70 bis 80 Kunden täglich abzuliefern. Erwähnt muß hierbei werden, daß der Fahrer für seine ganze Ladung haftet. Bezahlt ein Kunde nicht das Fahrgeld, was übrigens sehr oft vorkommen soll, so ist der Fahrer gezwungen, das Risiko des Auslegens auf sich zu nehmen. Die Brauereien verlangen am Abend die Abrechnung für die Ware, die am Morgen geladen wurde. Kann der Fahrer nicht alles abrechnen, weil, wie erwähnt, die Kunden in einigen Fällen das Fahrgeld nicht bezahlen, so wird die fehlende Summe auf sein Konto als „Rest“ gebucht und eventuell am Wochenende vom Lohn abgezogen. Die Arbeit des Bierfahrers ist im Grunde genommen eine Heiarbeit. Neun Stunden soll die Arbeitszeit betragen, und oft, ja fast immer, werden es zehn, elf und noch mehr Stunden. Das Untragbare aber bei dieser Arbeit ist, daß mehr als neun Stunden nicht bezahlt werden, nur die „um den Schornstein fahren“, also in nächster Nähe der Brauerei über Kundschaft verfügen, haben ab und zu mal das Glück, pünktlich fertig zu werden. Der Mitfahrer beim Fahrbierwagen haftet im Gegenfah zu dem Mitfahrer beim Flaschenbierwagen, nicht für die Ladung. Hier ist einzig und allein der Fahrer der Verantwortung. Der Flaschenbierfahrer hat täglich etwa 70 bis

80 Kunden zu bedienen und verläßt ebenfalls wie der Fahrbierfahrer um 1/8 Uhr den Hof im Durchschnitt mit 80 Kästen Bier. Trotzdem die Fahrer bereits um 1/6 Uhr früh ihren Dienst antreten, bekommen sie die halbe Stunde von 1/6 bis 6 Uhr nicht bezahlt. Auch das Aufladen des Bieres besorgen nur die Fahrer. Die Mitfahrer haben lediglich für das Putzen und Anschirren der Pferde zu sorgen. Hat der Fahrer bei der Abfertigung der Kundschaft schon Ueberstunden machen müssen, so kann er, wenn er abends auf dem Hof der Brauerei anlangt, nicht gleich seine Wohnung aufsuchen. Jetzt wird erst abgerechnet, und wieder verstreicht ewige Zeit. Beim Flaschenbierfahrer haftet, wie schon erwähnt, der Mitfahrer ebenfalls für die Ladung, da der Kutscher und Mitfahrer zugleich kassieren, um überhaupt den großen Kundentrieb bewältigen zu können. Der Weiblerfahrer erscheint in der Saisonzeit, also im Sommer, früh um 4 Uhr auf dem Hof, um seine Ladung (60 bis 100 „Halbe“) in Empfang zu nehmen. Er hat die Pflicht, seiner Kundschaft die Jober, die zur Aufnahme des Weiblers dienen, zu säubern und die frische Füllung vorzunehmen. Eine „Nebenbeschäftigung“, die der Bierfahrer nicht zu verrichten braucht. — Die größeren Brauereien haben auch ihre eigenen Werkstätten, so daß wir hier fast alle Handwerke vertreten finden.

Die Löhne der Brauereiarbeiter betragen bisher 33 M. für Gelehrte, 30 M. für das Fahrpersonal und 29 M. für Ungelehrte. Für das Fahrpersonal kam dazu ein Fahrgeld von 15 Pf. für das Hektoliter ausgefahrenen Bieres für Fahrer, 5 Pf. für Mitfahrer. Die Flaschenbierfahrer erhielten pro Kasten 5 resp. 2 Pf. Die Lohnkommission stellte auf Grund eingehender Beratungen mit der Kollegenschaft folgende Lohnforderungen auf: Die gelehrten Arbeiter sollten 45 M., die Fahrer 42,50 M. und die Ungelehrten 40 M. erhalten. Das sind die dem Brauereiarbeiter „ungeheuerlich hoch“ erscheinenden Löhne. Jeder Einsichtige muß und wird nach dem oben Gesagten die Notwendigkeit der Lohnerhöhungen als unbedingt zugeben.



„Brauereistreik? — Quatsch!“



Nach acht Tagen.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahfa.

„Sehr lange kenne ich sie. Eine Römerin, jung, schön — ich habe nie eine schönere Frau gesehen. Und nun hat sie den alten Mann heiraten müssen, den Principe di San Cataldo. Er ist hier begütert, hat mehr als einen Landsitz. Ach, eine schöne Frau!“

„Aber du bist doch Sizilianerin, Bianca?“
„Freilich bin ich das. Wäre meine Principeffa niemals nach Sizilien gekommen, so wäre sie wohl nicht reich, nein, das wäre sie nicht — doch sie hätte den anderen geheiratet — den Einen, den Einzigen — du verstehst mich schon!“

Die beiden schlenderten einen Hang hinauf, über den sich ein Sturzbach von Blüten ergoß.

„Du mußt wissen, sie war so jung, als sie hierher kam, und aus Rom kam sie, wo sie wie eingesperrt gelebt hatte.“

Das Mädchen sprach sehr lebhaft, ihre Worte mit eindringlichen Gebärden ihrer schlanken braunen Hände begleitend.

„Und hier lebte sie mit ihrer Mutter auf dem Gute von Verwandten, fast ein Jahr lang. Ich sah sie jeden Tag und ich durfte sie bedienen. Da war nun ihr Vetter — nie, niemals werde ich sagen, wie er hieß —, der kam oft herangeritten. Gott, das war eine Zeit!“ Bianca blieb stehen und streckte ihre Hände aus. „Das möchte ich noch einmal erleben!“

„Liegt das Gut hier in der Nähe, und ist sie wieder dort?“ fragte Renzo, der ihr gern zuhörte, ohne sich weiter für die Erzählung zu interessieren.

„Das alles werde ich niemals sagen!“ versicherte das Mädchen nochmals heftig. „Man hat den Vetter, dessen Familie in den unruhigen Zeiten fast alles verloren hatte, verdrängt, von ihr abgeschnitten hat man ihn. Und dann kam dieser alte Principe di San Cataldo daher — in einem hellblau ausgeschlagenen Wagen — so oft wie es ihm gerade behagte. Große Güter hat er. Gott mag wissen, wie er sie bekommen hat, dieser Pflaffennecht; hat er doch seinen eigentlichen Wohnsitz in Rom. Ein großherziger Palazzo soll es sein. Aber du mußt wissen, was er sonst noch hat! Eine hängende Nase, Triefaugen und oben auf dem kahlen Kopfe eine riesige Talgdrüse! Das kann ich ruhig erzählen, denn das sieht ein jeder.“

„Und deine Contessa Vivia hat ihn dennoch genommen?“
„Sie mußte doch wohl!“ sagte das Mädchen aufgeregt, „die ganze Familie schob sie in diese Ehe hinein. Es war immer so, als ob sie Schulter an Schulter ständen, zwei Reihen, und die Contessa mußte hindurchgehen. Sie tat es stolz genug, das habe ich mitangesehen. Ich glaube, man hat ihr irgend etwas Schlechtes über den Vetter gesagt, denn daß sie es um des Geldes willen getan hätte, allein um des Geldes willen, das kann ich mir nicht denken!“ Das Mädchen stieß diese Worte pathetisch hervor.

Renzo betrachtete sie von der Seite, und er fand sie entzückend in ihrer Erregung. Er blickte sich und brach ein paar besonders schöne goldgelbe Blüten für sie ab, die sie dankend in ihr Brusttuch hineinsteckte.

Leise fuhr sie fort: „Und jetzt werde ich sie wiedersehen. Du gehst deinen Weg, ich gehe meinen Weg. Du sprichst nicht davon, nicht wahr?“

„Nein — es ist ja auch eine Geschichte, die leider sehr oft vorkommen soll, Bianca. Nicht bei uns, sondern bei den Reichen.“

„Denke nur, sie hat unserem Vetter geschrieben, und der hat es meinen Eltern vorgelesen.“

„Was denn?“ Renzo lachte.
„Nun,“ sagte das Mädchen selbstbewußt und erstaunt, „daß ich zu ihr kommen soll als Jofe.“

„Ja so — natürlich. Hatten deine Eltern nichts dagegen einzuwenden?“

„Nein, keineswegs. Ich werde sogar mit nach Rom gehen. Doch diesen Sommer und den Winter bleibt der Alte mit ihr in Sizilien. Er hat irgendeinen Doktor, der an ihm herumkurirt, oder Siziliens Luft bekommt ihm besonders gut. Ich weiß das nicht. Es ist mir auch gleich. Ich bin nun bald bei meiner Herrin, der Principeffa Vivia di San Cataldo!“ Trotz ihres Abscheus gegen den Alten, wie sie den Prinzen nannte, ließ sie diese Worte kosend im Runde zergehen.

„Vielleicht ist sie noch stolzer als du, daß sie nun eine Prinzessin ist.“

„Nun, darauf kann sie auch stolz sein,“ sagte Bianca — „es ist nur — du weißt schon — der Eine!“

„Ich weiß nicht, aber du scheinst zu wissen,“ sagte Renzo neckend.

Das Mädchen blieb ganz ernst.
„Ich weiß,“ sie nickte ein paarmal nachdrücklich.
Das war ein kalter Guß für Renzo. Er war verwöhnt. Nicht nur die kleine Flammetta sagte es ihm, was für ein

hübscher Bursche er war. Jedenfalls war es ihm noch niemals vorgekommen, daß ein Mädchen ihm zu verstehen gab, sie hätte einen anderen lieb.

Das paßte nicht recht in seine Stimmung hinein. Er hätte gerne, unbeschadet seiner Erinnerung an den zärtlichen Abschied von Flammetta, mit dieser Bianca ein verliebtes kleines Spiel gehabt. Nicht lange. Eine Stunde oder zwei — bis der Wagen abfuhr und ihn zum Landhaus des Grafen Ruggiero Vassi brachte.

Je nun — sie dachte anders darüber! So mochte sie wirklich ihres Weges gehen, und er ging den seinen.

„Da hast du mir etwas Hübsches erzählt,“ sagte er leicht hin. „Bist du mich auch wieder zur Osteria begleiten? Ich glaube, man schirrt schon an.“

„Ich könnte es tun,“ sagte sie zögernd, ihn voll ansehend, „eigentlich gleichst du ein wenig meinem Marcello,“ sie lächelte reizend, sehr verführerisch, „und deshalb, sicherlich deshalb, erzählte ich dir die Geschichte.“

„Möglich,“ sagte Renzo und schwenkte seinen Hut, „du sollst dir nun aber keine Ungelegenheiten mehr um meinetwillen machen; ich laufe schnell hinunter.“

Sie blieb stehen, sah ihm nach und winkte mit den gelben Blumen, als Renzo an der Biegung des Weges nochmals zurückschaute.

Bei dem Grafen Ruggiero Vassi fand Renzo viel größere Aufgaben, als er erwartet hatte. Es schmeichelte ihm nicht wenig, daß man sie ihm übertrug.

Vor allem reizte es ihn, daß er zerbrochene, verstümmelte Figuren zu ergänzen hatte; es war wie eine Vorbereitung auf das, was einmal kommen mußte.

Er vertiefte sich in den Ausdruck eines jeden Körpers, in seine Haltung, prüfte diesen Ausdruck mit dem des Gesichtes, und fand eine Mannigfaltigkeit, die ihn entzückte.

Seine größte Liebe aber wandte er der Aufgabe zu, den Sohn des Grafen zu modellieren, der ein leckes, faunisches Gesichtchen hatte und den ganzen Tag mit seinen vielen Tieren im Park herumtollte.

Immer, wenn er glaubte, sein Bündel schnüren zu können, um dorthin zu wandern, wo das Ziel lag, kam etwas Neues dazwischen, und so fuhren schon die Herbststürme in das Laub der alten Bäume, die um das Herrenhaus standen, als der Graf ihn endlich entließ.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue Fleischengroshalle.

Das Zentrum des Berliner Fleischhandels.

Zwischen den Stationen des Nordrings Landsberger Allee und Zentralviehhof breitet sich eine große Welt aus, eine eigene Welt für sich, von der nur die wenigsten Berliner etwas wissen. Alle diese vielen roten Häuser und Hallen, die Höfe und Kühlräume sind wie eine Stadt in der Stadt, eine Stadt, die, namentlich in den frühen Morgenstunden bis um 10 Uhr morgens, so voller quirlenden, sinnverwirrenden Lebens ist, daß man beim Durchschreiten des bunten und bewegten Treibens auf das äußerste acht haben muß, um nicht unter die Räder der vielen Wagen und Automobile, Handwagen und Karren zu kommen. Unmittelbar am Bahnhof Zentralviehhof breitet sich das gewaltige Terrain des Viehhofs aus, umgrenzt von der Thier-, Eldenaer Straße und der Landsberger Allee, der Schlachthof, auf dem den auf dem Viehhof aufgetriebenen Schweinen, Schafen, Kälbern und Rindern das Lebenslicht ausgeblasen wird und sie für den Verkauf fertig gemacht werden.

Auf dem Schlachthof wickelt sich ferner der Fleischengroshandel ab. Hier steht man in den Ständen der großen Hallen die appetitlichen Fleischstücke und alle möglichen Fleischsorten, hier tätigen die Berliner Ladenjäger ihren Einkauf. Indessen hier sowohl wie in der Engrosmarkthalle am Alexanderplatz vor längerer Zeit bereits sind die Räume längst zu klein und zu eng geworden. Bald nach dem Krieg setzte ein außerordentlich lebhafter Fleischhandel ein, und heute hat Berlin den größten Schweinemarkt. Große Konfervenfabriken in Haselstadt zum Beispiel, die die bekannten Würstchen fabrizieren, beziehen das Fleisch aus Berlin. Um dem Raumangel abzuhelfen — aus der Engrosmarkthalle am Alexanderplatz ist bekanntlich der Fleischhandel ganz verschunden — entschloß man sich vor Jahren, entgegen dem lebhaften Protest der Engrosjäger und Interessenten, die nicht vom Alexanderplatz hinaus auf den Schlachthof ziehen wollten, in unmittelbarer Verbindung mit dem Schlachthof die neue Fleischengroshalle zu errichten.

Tritt man aus dem rückwärtigen Ausgang des Schlachthofs und überschreitet die Landsberger Allee dicht neben dem Ringbahnhof, steht man vor der großen und imposanten Halle, die der Vollendung entgegengeht. Auf einem Terrain von 12000 Quadratmeter Größe erbaut, erstreckt sie ihre Front nach der Landsberger Allee. Auf 160 eisernen Pfeilern, die in Reihen von je 10 Pfeilern stehen, ruht das gewaltige Dach mit der hellen Vergütung. Nach der Deutsch-Kroner Straße sind zwei Hauptportale vorgesehen und zwei weitere Portale liegen diesen Eingängen gegenüber. Die Hauptausfahrt geht nach der Cotheniusstraße. Rings um das Gebäude wird, auf eisernen Trägern ruhend ein Glasdach geführt werden zur Unterstellung der Fuhrwerke. Die Bauarbeiten, die in der schärfsten Inflationzeit nur sehr langsam vorwärts schritten, sitzen in ihrem Fortgang auch darunter, daß die Kanalisation noch nicht fertiggestellt war und die Rohre provisorisch durch das Gebäude hindurch ins Freie geführt werden mußten. Die Kanalarbeiten sind heute ebenfalls beendet, und wenn die genügenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, könnte die neue Halle am 1. April des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden. Jetzt ist in der Hauptsache die Innenausstattung herzustellen. Der Fußbodenbelag und die Verputzung der Wände, die aus hygienischen Gründen bis zu zwei Meter Höhe mit weißen Kacheln ausgelegt werden. Die neue Halle enthält dann noch eine große Anzahl von Nebenräumen für Kontore, Banken, Restaurants sowie ausgedehnte Kellereien und eine Wohnung für den Inspektor. Im verflochtenen eisernen Winter hat der Beamte hier bereits gewohnt, und sein Bedarf an Kohlen, um die Wohnung inmitten der großen und eisigen Halle zu heizen, muß riesengroß gewesen sein. Ein kleiner Teil der Halle ist ferner jetzt, weil man ja doch den Raum noch nicht in Benutzung nehmen konnte, an einen Speiditeur verpachtet, der hier einen Lagerraum etabliert hat. Es war die erste Verpachtung in Goldmarkt, und der Magistrot hat gern das Geld genommen und gut gebrauchen können; die Fama muß nun natürlich das Terrain räumen. Die Aufräumungsarbeiten auf dem großen Platz rund um die Halle sowie das Sehen einer Mauer werden nicht viel Zeit in Anspruch nehmen und besondere Schwierigkeiten nicht verursachen.

Anders und komplizierter liegt die Angelegenheit der Erbauung von Kühlräumen. Eine Fleischengroshalle muß natürlich Kühlräume besitzen. Zwar kann man sich, wie das aus dem Schlachthof unter der rührigen und umsichtigen Leitung von Direktor Caspar geschahen ist, durch Anlegen von provisorischen Kühlräumen helfen. Indessen mit einem Provisorium kann man nicht immer wirtschaften. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die Erbauung von Kühlräumen sehr teuer ist. Die Kühlräume für die neue Fleischengroshalle sollen zusammen mit dem Maschinenhaus an der Seite der Halle erbaut und bis heran an den Bahndamm des Bahnhofes Landsberger Allee geführt werden. Höchstwahrscheinlich wird man aus den Schwierigkeiten der Geldfrage auf die Weise herauskommen, daß eine Gesellschaft den Bau übernimmt und die Kühlhallen noch für andere gewerbliche Zwecke, wie das Herstellen und Lagern von Fleischkonferven, verwendet.

Schließlich gilt es, noch eine andere Schwierigkeit aus der Welt zu schaffen, und die besteht in der zufriedenstellenden Lösung der Frage, wie das Fleisch vom Schlachthof in die neue Halle transportiert wird. Es ist nicht daran zu denken, das Fleisch in Wagen über die Landsberger Allee zu befördern, da dadurch der Wagon- und Straßenbahnverkehr der Landsberger Allee lahmgelegt werden würde. Man hat daher die Anlage einer unterirdischen Drahtseilbahn geplant zum Transport des Fleisches. Indessen, das letzte Wort ist in dieser Sache noch nicht gesprochen worden.

Wie immer! Die neue Halle ist ein stolzes Wahrzeichen der Stadt Berlin, mit der auch die Herren Engrosjägermeister, die sich so sehr gegen den Bau und die Benutzung gesperrt haben, zufrieden sein werden.

Das Urteil im Prozeß Friedmann rechtskräftig.

Die von der Strafkammer des Landgerichts II wegen schweren Raubes mit Todeserfolg zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Mörder des Bienenmachers Friedmann, Alexander Hoffmann und Alfred Schulz, hatten durch die Rechtsanwältin Dr. Vinbar, Dr. Frey und Dr. Eisenstadt Revision gegen das Urteil beim Reichsgericht angemeldet. Andererseits hatte auch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Luerße das Urteil bemängelt, indem er davon ausging, daß nach der Urteilsbegründung ein glatter Raubmord vorliege, so daß auf Todesstrafe erkannt werden müßte. Das Reichsgericht hat jetzt beide Revisionen verworfen, so daß das Urteil rechtskräftig geworden ist.

Die Besteck- und Konserven der Mitropa.

Eine unaufgeklärte Hehlergeschichte.

Ein Revisor der Mitropa kam eines Tages auf der Reise in Hirschberg i. Schl. in das Restaurant Festseller, das dem Gastwirt Schiller gehörte. Als er sich dort Speisen vorsetzen ließ, machte er die Wahrnehmung, daß das gesamte Besteck, die Gläser und anderen Geräte offensichtlich aus den Beständen der Mitropa herrührten. Er wandte sich nun an die dortige Polizei, die bei dem Gastwirt eine Hausdurchsuchung abhielt und ein umfangreiches Lager von Lebensmitteln, insbesondere Konserven, aber auch von Tafelgeräten, wie Platten, Bestecken usw., ent-

Achtung! Genossinnen! Achtung!

Abendfeier der „Frauenwelt“

Montag, 16. Juni, abends 6 Uhr (Saaleröffnung 5 Uhr), in der „Neuen Welt“, Neukölln, Hasenheide

Auserwählt gutes Programm

Künstlerische Leitung: Prof. Roseberg d'Argento • Mitwirkende: Gesangsgemeinschaft Roseberg d'Argento. Solisten: Wanda Sale, Käthe Lindenberg und Herr U. Meiser • Rezitationen: Marie Vorghard, Mitglied der Schaubühne • Ansprachen ausländischer Genossen, die anlässlich des Parteitages in Berlin anwesend sind

Die zum Eintritt berechtigten Programme sind ab Donnerstag, 12. Juni vorm., bei allen Kreisleiterinnen und im Frauensekretariat Lindenstr. 3 2. Hof 2 L. Jr. 1. für 25 Pf. zu haben. Alle Progr. müssen abgeholt werden. Etwasiger Ueberschuss zum Besten der Erholungsfürsorge.

bedie, die von der Mitropa stammen mußten. Der Wirt gab bei seiner Vernehmung an, daß er den größten Teil der beschlagnahmten Gegenstände und Waren vom Oberkellner F. gekauft habe, der den Speisewagen des D-Zuges Hamburg-Berlin leitet. Daraufhin wurde F. wegen Diebstahls und der Gastwirt Schiller wegen Hehlers vor dem Amtsgericht Charlottenburg unter Anklage gestellt. Hier bestritt F. durch Rechtsanwalt Bahn ganz entschieden, irgendwie an den Veruntreuungen beteiligt zu sein. Die Oberkellner der Mitropa bekamen bestimmte Borräte zugewiesen und auch sogenanntes Bruchgeld in bestimmter Höhe, um etwa abhandeln gekommene Geschäfte zu erledigen. Was über diese Summe hinausgehe, mußten die Oberkellner selbst bezahlen. Infolgedessen hätten sie gar kein Interesse daran, etwas zu verkaufen. Durch verschiedene von Rechtsanwalt Bahn geladene Revisoren wurden diese Angaben des Angeklagten F. bestätigt; und so kam das Gericht bei ihm zu einer Freisprechung. Schiller dagegen wurde, wenn auch die Herkunft der Sachen in Dunkel gehüllt blieb, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es muß angenommen werden, daß die Sachen aus Diebstählen herrühren, die am Lager der Mitropa verübt worden sind und daß Schiller seine wirklichen Helfershelfer nicht verraten wollte.

Die Entlassung des Lehrers Koch. Zu den Mitteilungen über die Entlassung des Lehrers Koch teilt die Bezirkschuldeputation I bis 6 mit, daß durch den Herrn Minister erlucht worden ist, dem Lehrer Koch bis zum Abschluß des Verfahrens seinen Lehrauftrag zu erteilen. Da somit keine Möglichkeit bestand, Koch zu beschäftigen, mußte er auf Grund der geltenden Bestimmungen für die Beschäftigung von Hilfslehrkräften entlassen werden.

„Der Mustergatte“, der auch den Griessgrünsten in Frohlaune verlegt, ergötzt sehr allabendlich die Besucher des Rose-Theaters. Dieser dreitägige Schwanz von Aberg Hopwood, deutsch von B. Bogson, ist Sommerkost. Er behandelt ein helles Thema, ohne jemals derb, breit oder beleidigend zu werden. Mag Paetz war ein vorzüglicher Vertreter der Hauptrolle, dieses Mustergatten, der durch seine Brautheiter keinen Frau das Leben unerbittlich macht, in Verzweiflung und Trunkenheit in die verhänglichsten Situationen gerät, bis sich alles in Erklärungen und Wohlgefallen auflöst und sein Frauchen ausruhen kann: „Bist du entzückt, wenn du wütend bist.“ Wolfgang Müller spielte als Regisseur geschickt und dabei stets geschmackvoll jede Situationskomik aus. Zum allgemeinen Gelingen trugen hervor bei: Erna Heinrich, Margarete Kabe und Walter Klam.

Zu dem Tode der Aufsichtsfrau Fihle, über den wir berichteten, erfahren wir, daß auch die Obduktion keine volle Klarheit gebracht hat. Die Todesursache ist eine Kombination von Erwürgen und Erstickten. Fihle, der eingehend vernommen wurde, bestreitet nicht nur die Absicht, seine Frau zu töten, sondern überhaupt, sie getötet zu haben. Er sagt, daß seine Ehe schon lange Zeit unter Zwist gelitten habe und daß es auch am Sonnabend wieder zum Streit gekommen war. Hierbei habe ihn seine Frau, die ihm vorher schon gedroht habe, ihn mit Gas vergiften zu wollen, tödlich angegriffen. Er selbst will sie nicht einmal angefaßt haben. Dem widersprechen aber doch die Verletzungen an den Ellenbogen und auch die Eindrücke am Hals.

Freitod der Geise. Das biblische Alter überschritten hatten zwei Lebensmüde, die ihrem Dasein freiwillig ein Ende bereiteten. In der Augustastrasse erhängte sich die 89jährige Witwe Eleonora A. In seiner in Friedrichshagen belegenen Wohnung wurde der 84jährige Rentner Hermann L. erschossen aufgefunden. Unheilbare Krankheit hat den Greis in den Tod getrieben.

Bezirksbildungsausschuß. Für Sonnabend, Sonntag und Montag sind Karten zu mäßigen Preisen für das Deutsche Obernhaus (gute Wähe) zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 13. Juni.

Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.35 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Frank „Trinkwasser“. 8 Uhr: Vortrag des Herrn Rudolf Wagner: „Der Kalender“. 9—10 Uhr: Früher Abend. Lieder: Grote Krüger. Rezitationen: Emil Kühne. Trinklieder: Ernst Osterkamp, von der Berliner Staatsoper. Klarinettenvorträge: Ernst Fischer, Mitglied des Berliner Philharmonischen Orchesters. Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther.

Ein Sängerkolleg findet als nächstes Sommerkonzert des Volkshilfsamtes Bankow am 20. Juni im Gartenrestaurant des Bankower Bürgerparks statt. Beginn 6 Uhr. Eintrittspreis: im Vorverkauf 1 M., an der Abendkasse 1,25 M.

Eine Bauertragödie?

Zu der Bluttat am Fläming.

Wie erinnertlich, fand man einen Tag vor Pfingsten auf dem früheren Friedrich Köpffschen Restgut Rüsse bei Belgig im Fläming die dort auf Alientell wohnende 53jährige Witwe Anna Köpff und ihre 23jährige, an den Landwirt Reinhold Kühne verheiratete Tochter erschlagen bzw. erschossen vor. Reinhold Kühne fand man mit einer Schußwunde im Bein auf der Straße laut um Hilfe rufend vor. Kühne hatte bei seiner Vernehmung ausgesagt, von seiner jungen Frau zuerst geweckt worden zu sein, die ein verächtliches Geräusch im Pferdestall gehört habe. Die Frau und die Schwiegermutter sollen angeblich von Pferderäubern erschossen und er — Kühne selbst — von den Räubern angeschossen worden sein. Sonderbarerweise hat nur aber, wie das „Belziger Kreisblatt“ zu berichten weiß, der Leichenbefund ergeben, daß die junge Frau aus nächster Nähe im Schlaf erschossen worden sein muß. Die Schußwaffe gehörte ihrem Ehemann Kühne und die Verletzungen der Schwiegermutter rühren von einer Art her, die auch dem Kühne gehört und die sich sonst immer in der Futterkammer verstreut befunden hatte. Hoffentlich gelingt es den Behörden nun bald, in diese Bluttat, die allmählich das Ansehen einer Bauertragödie gewinnt, Klarheit zu bringen. Es scheint da etwas nicht ganz zu stimmen.

Arbeitersport.

Der Arbeiter-Turn- und Sportkongress.

Der dritte Verhandlungstag in Kassel wurde mit einer eingehenden Debatte über die Schaffung eines Einheitsorgans für den ganzen Bund eingeleitet. Der Bundestag beschloß ein solches Organ zu schaffen. Sodann erklärte sich der Bundestag nach dem Referat des Genossen Benedikt für den Bau einer Bundes-schule in Leipzig. Die Bundeschule soll zwei Turnhallen, ein Bassin, ein sportärztliches Laboratorium, ein Erholungsheim für die Kuristen, eine Speiseanstalt und andere für ihren Zweck notwendige Einrichtungen enthalten. Genaue Einzelheiten des Baues stehen noch nicht fest. Zur Kostenbedeckung wird ein Extrabeitrag von 1 M. pro Mitglied erhoben werden. Ein Antrag, künftighin keinerlei Diplome, Ehrenzeichen zu vergeben, wird ebenfalls angenommen.

Zu den Organisationsfragen hielt der Bundesvorsitzende Genosse Geller ein eingehendes Referat, in dem er darlegte, daß den einzelnen Sparten mehr Freiheit im Organisationsleben gewährt werden müßte. Es ginge nicht an, daß die Fußballer und die Wasserportler unter der Vormundschaft der Turner ständen. In der Debatte kamen die verschiedenen Meinungen über die künftige Organisationsform des Bundes zum Ausdruck. Es sprachen Anhänger der striktesten Zentralisation wie auch Freunde einer föderalistischen Verfassung. Genosse Koppisch-Leipzig skizzierte als Zukunftsentwicklung, daß der Bundestag der Turner, Fußballer und Wasserportler getrennt einberufen werden soll und daß außerdem in einem gemeinsamen Bundestag die gemeinsamen Fragen besprochen werden würden. Wenn auch vorläufig an die Verwirklichung der Ideen, die Koppisch als Leiter der Fußballer entwickelt hatte, noch nicht zu denken ist, so zeigten die Beschlüsse des Bundestages doch, daß er für das Eigenleben der einzelnen Sparten Verständnis hatte. Denn durch die Neuordnung, die innerhalb der Organisation durchgeführt werden soll, wird jede Möglichkeit der Bevormundung der anderen Sparten durch die Turner beseitigt.

Die angekündigten Referate der Genossen Jenke und Wildung über Arbeitersport und Arbeitszeit und über das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt wurden in Anbetracht der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt, jedoch beschloß, die Referate in Broschürenform als Agitationsmaterial vom Bundesvorstand herauszugeben zu lassen.

Bei den Wahlen zu den zentralen Bundesförperschaften wurde der bisherige Bundesvorstand mit einigen Änderungen bestätigt. An Stelle von Gröger, der nach Wiener-Neustadt übergesiedelt ist, wurde der Fußballer Kiedel, und an Stelle von Raack zum erstenmal eine Turngenossin, Frau Eggers-Hamburg, in den Vorstand gewählt. Da Kiedel auch als Fußballspieler bestell wurde und damit als Beamter nicht mehr unbefristetes Mitglied des Bundesvorstandes sein kann, wurde an seine Stelle Strauß-Mannheim gewählt. Bei der Wahl des Obmannes des Bundesausschusses erhielt Klügel-Dresden die meisten Stimmen. Außerdem wurde zur besseren Erziehung der Jugend ein eigener Jugend-ausschuß gewählt, zu dessen Aufgabe es gehören soll, die Jugend im Sinne der Tradition der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu erziehen.

Mit der Festlegung Hamburgs als nächsten Tagungsort hatte der Bundestag keine Tagesordnung erschöpft. Der Bundesvorsitzende Genosse Geller fasste das Ergebnis der Tagung in kurzen Worten zusammen, indem er darauf hinwies, daß die richtunggebenden Vorschläge des Bundestages, in denen die parteipolitische Neutralität des Bundes festgelegt wird, vom Bundestag angenommen wurden. Die Spartenbildung ist offiziell anerkannt und den einzelnen Spartenbetriebern Freiheit gegeben. Unsere Turngenossinnen haben ein außerordentliches Plus an Rechten erhalten. Sie sind in die verschiedensten Ausschüsse zum erstenmal hineingewählt worden. Der Bundestag hat weiterhin den Bau unserer Bundeschule beschloßen und damit wirklich eine Großtat vollbracht. Mit einem begeisterten Frei Heil und mit der ersten Strophe des Liedes „Herbei, herbei ihr Turner all“ wurde der 14. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes geschlossen.

Arbeitersport- und Kulturferien im 6. Bezirk (Königsberg). Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr. Sitzung im Lokal Hildenburg, Kaiser Weg 1. Gde. Weidemachstraße. Tagesordnung u. a.: Protokoll der Sitzung vom 2. Juni; Kassensachen; Beschlüsse des 2. Juni, (Büroausgaben); Bezirksleiterangelegenheiten; Stellungnahme zu den letzten Beschlüssen des G. A. Die Vereine und Abteilungen, die bei der letzten Sitzung schieden, haben unbedingt ihre Vertreter zu entsenden und ihre persönliche Beschäftigung zu setzen. Sämtliche Beschlüsse und Mitteilungen des Bezirks werden nochmals angelesen. Ihre eigenen Wahlen und Mitteilungsbeschlüsse (Besand vom 1. Juni 1924) umgehend einzufenden (siehe hiesige Kartei-Beilage) zu bestimmen und diese mit einem entsprechenden Ausweis (Stempel und Unterschrift des Vorsitzenden) zu versehen. Billets und Plakate zum Reichsarbeiterkongress sind außerdem jeden Mittwoch und Freitag nachmittags ab 5 Uhr bei dem Kassierer, Sportgenossen Richter, EB. 29, Gneisenaustr. 25, I. Stfl. parz. abholen. Die Abrechnung und Rückgabe der Restkarten muß bis spätestens am Freitag, den 20. Juni, dort erfolgen. J. A.: Erich Merlau, Vorz. des Bezirksvorstands, Berlin SO. 35, Gauerstr. 3, u. 3 Tr. (Für sämtliche Anfragen.)

Wetter für Berlin und Umgebend: Ueberwiegend bewölkt mit Regenschauern und etwas Gemitterneigung. Für Deutschland: Im Osten noch warm, sonst überall Abkühlung mit Regenschauern und frischen Westwinden.

Achtung

beim Einkauf!

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI Würze** und achte auf den Namen **MAGGI** und die gelb-roten Etiketten

Die beste Garantie der Echtheit ist der Einkauf einer Originalflasche zu Gm. 5.—, deren Verschluß plombiert ist.



Wirtschaft

Der Börsenkrach in Oesterreich.

Anser Wiener Korrespondent schreibt uns unter dem 10. Juni:

Es ist kaum ein halbes Jahr her, daß der Generalkommissär Zimmermann, der im Auftrage des internationalen Finanzkapitals die österreichische Finanzwirtschaft zu überwachen hat, seinen Auftraggebern den Erfolg seiner Tätigkeit an den hohen Börsenkursen bewies. In keinem seiner Monatsberichte fehlte damals der Hinweis auf die Blüte der österreichischen Volkswirtschaft, die sich dem Abgesandten des Finanzkapitals in den hohen Börsenkursen auszubringen schien. Der Zusammenbruch der Frankenspekulation enthüllte mit der Unfähigkeit des Generalkommissärs, wirtschaftliche Dinge richtig zu sehen, auch die Korruption, der unsere ganze Finanzwirtschaft verfallen ist, zu erkennen.

Es wäre verfehlt, den Zusammenbruch der Frankenspekulation als die Ursache des Börsenkrachs anzusehen, den Oesterreich jetzt erlebt. Schon lange vorher haben alle ernstlichen Wirtschaftskreise erkannt, daß die hohen Kurse der Effekten nur eine Scheinblüte der Wirtschaft vortäuschten und daß sich hinter dieser scheinbaren Blüte eine unglaubliche Korruption verberge, die zum Krach führen müsse, und die vom Nationalrat eingesetzte Bankkommission hat schon vor einem Jahr, ja noch früher die Regierung gewarnt, diese Korruption zu dulden. Aber die Regierung, der die hohen Kurse gerade als ein Mittel erschienen, um die Welt über die schädlichen Folgen ihrer Sanierungspolitik zu täuschen, und die auch dem Finanzkapital, das so freigebig zu den Wahlfonds der beiden Regierungsparteien beigetragen hatte, nicht wehe tun konnte, sah ruhig zu, wie die Korruption immer weiter um sich fraß, wie verbrecherische Großhändler das Kapital der Banken für ihre eigenen Spekulationen verwendeten, wie die Animerfilialen der Banken die breitesten Schichten des Bürgertums zum Börsenspiel verleiteten und ihnen wertlose Papiere zu hohen Kursen anhängen, ja sie unterstützte diese Korruption noch ganz unmittelbar dadurch, daß sie den Banken durch Steuerbegünstigungen Milliardenentschente machte, daß sie den Grafstationären der Aktiengesellschaften bei Neuemissionen von Aktien Milliarden, ja Billionen von Gründergewinnen, also die Auswucherung der Volkswirtschaft, gestattete, daß sie die Einführung wertloser ausländischer Papiere zuließ, und vor allem auch dadurch, daß sie Bankkonzessionen an überbelebte Schieber und Bankrotteure erteilte.

Durch einen vertraulichen Bericht, der in der Bankkommission bereits im März erstattet wurde, und der durch eine Indiskretion jetzt von einer Zeitschrift veröffentlicht wurde, und durch eine sachkundige Rede, die unser Genosse Dr. Ellenbogen kürzlich im Nationalrat hielt und auf die die Regierung nichts Wesentliches zu erwidern mußte, sind wir über das Treiben der Börsenhyänen und über die Mißschuld der Regierung jetzt so vollständig aufgeklärt, daß, wenn der Regierung nicht das Attentat eines Wirtstropfs auf den Bundeskanzler zu Hilfe gekommen wäre, sie auf das ernsteste gefährdet gewesen wäre. Was durch diese Enthüllungen noch nicht aufgeklärt wurde, haben die Umstände bei einigen der letzten Zusammenbrüche deutlich erhell. Einen Begriff über den Umfang des Börsenspiels erhält man, wenn man erfährt, daß, während das alte Oesterreich nur 7 Großbanken mit wenigen Filialen hatte, das kleine Deutschösterreich nicht weniger als 84 Aktienbanken mit 1500 Bankfilialen zählt. Auf der Mariahilferstraße in Wien und ihren Nebengassen zählte Dr. Ellenbogen allein 78 Bankfilialen. Und wenn man an einer einzigen Tatsache die Mißschuld der Regierung erkennen will, so ist es die, daß unter 110 Bankfirmen, die durch die Frankenspekulation notleidend geworden sind, sich 47 befinden. Die vorher wegen Devisenschiebungen abgestraft wurden. Allerdings hat die Regierung den Devisenschiebern mit ihren Strafen nicht allzu weh getan. Hat sie doch mit einem dieser Gentlemen einen Ausgleich geschlossen, durch den ihm eine Strafe von 300 Millionen Mark auferlegt wurde, was die horrenden Strafen von 30 Rentenpfennig ausmacht. Einem anderen, der Schiebung mit Milliarden Kronen begangen hatte, wurde eine Strafe von 125 Millionen auferlegt und als die Bankkommission in diesen Akt Einsicht nehmen wollte, wurde ihr das von der Finanzlandesdirektion verweigert. Wie die Regierung den Kapitalisten entgegenkam, kann man daraus ersehen, daß von 277 Kapitalvermehrungen, die im vorigen Jahr den Aktiengesellschaften bewilligt wurden, die Differenz zwischen Emissionkurs und Börsenkurs, also der Gründerge-

minna nicht weniger als 5 Billionen Kronen, das sind etwa 400 Millionen Goldkronen, betrug. Die Spekulation der Banken wurde sogar mit den Geldern des Staates betrieben. Nicht nur die Nationalbank zweifelhaften Institutionen Duzende von Milliarden, sondern es hat auch die dem Finanzminister direkt unterstehende Postsparkasse den Banken zu 12 Proz. im Jahre Gelder verliehen, die dann von den Banken zu den üblichen Bacherzinsen von 150 Proz. als Taggeld weitergegeben wurden. Einige der jetzt verkrachten Banken sind der Postsparkasse und der Nationalbank Duzende von Milliarden schuldig.

So wurde mit Hilfe der Regierung die Spekulation und die Schieberkünstlich großgezogen und die Folge war der Börsenkrach, der jetzt die ganze Volkswirtschaft auf das schwerste in Mitleidenhaft zieht.

Eine Stützungsaktion für die Berliner Börse.

Die gestrige Berliner Börse wurde lebhaft angeregt durch die Tatsache, daß die in der Berliner Stempelvereinigung zusammengeschlossenen Banken eine Stützungsaktion für die Ber-

Jungsozialisten!

Gesamtsveranstaltung am Sonnabend, 14. Juni, abends 7 Uhr: Vortrag des Sekretärs Genossen Johannes Schull, Hamburg, über das Thema:

„Die Aufgaben der Jungsozialisten an der Erneuerung des Sozialismus und der Gegenwartspolitik.“

Die Versammlung findet im Saal 8 des Preussischen Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Str. 5, statt Der Arbeitsausschuß.

liner Börse berieten, um plötzliche starke Kursminderungen einzelner Papiere zu verhindern. Obwohl Beschlüsse noch nicht vorlagen, reagierte die Börse auf diese Nachricht mit einzelnen Kurs-erhöhungen.

In gewissen Kreisen, die sich durch ihren Kampf gegen die Kreditpolitik der Reichsbank auszeichnen, macht man dafür Stimmung, auch öffentliche Gelder mittelbar der Börse zuzuführen. Das Wiener Beispiel, das oben ausführlich geschildert wurde, sollte wirklich eine Warnung sein, ähnliche Experimente in Deutschland zu versuchen und die Staatsfinanzen zugunsten der Spekulation zu schwächen.

Die Dollarcredite der Deutschen Golddiskontbank.

Die Bemühungen der Deutschen Golddiskontbank, im Ausland Kredite für die deutsche Wirtschaft bereitzustellen, haben jetzt zu dem weiteren Erfolg geführt, daß ein Syndikat von 34 Banken der Vereinigten Staaten die Uebernahme von Handelswechseln in Höhe von 25 Millionen Dollar oder rund 100 Millionen Goldmark zugesagt hat. Bisher standen zu dieser Rediskontierung von Handelswechseln von amerikanischer Seite lediglich 5 Millionen Dollar zur Verfügung. Die übrigen Rediskontkredite verteilten sich auf englische, holländische und andere ausländische Bankengruppen. Der jetzt von der amerikanischen Bankengruppe gewährte Kredit ist bereits seit längerer Zeit in Aussicht gestellt, konnte jedoch nicht nutzbar gemacht werden, da sich die Verhandlungen, wie von amerikanischer Seite betont wird, zum Teil durch die Verzögerung einer internationalen Anleihe für Deutschland, wie sie im Dawes-Gutachten vorgesehen ist, in die Länge gezogen haben.

Mit der Erschließung dieser Kreditmöglichkeit werden wiederum erhebliche Beiträge, insbesondere für den deutschen Warenexport nutzbar gemacht, die jetzt in der Zeit der allgemeinen Geldknappheit besonders dringend benötigt werden. Die von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegründete Golddiskontbank hat damit einen neuen Erfolg erzielt, deren Erfolg der ganzen deutschen Wirtschaft zugute kommt. Die Versuche privater Firmen, Auslandskredite in größerem Umfange der deutschen Wirtschaft zuzuführen, stießen anfangs auf die größten Schwierigkeiten. Private Vermittler hatten sich in großer Zahl an ausländische Finanzgruppen gewandt und durch gegenseitige Konkurrenz die Kreditbedingungen einander verschärft, wobei sie noch nicht einmal hinter sich die Bereitwilligkeit von kreditnehmenden Firmen hatten. Dadurch entstand gegenüber den deutschen Kreditwünschen ein Mißtrauen bei den ausländischen

Finanziers, das nur schwer zu überwinden war. Erst in letzter Zeit konnte mitgeteilt werden, daß eine größere Geneigtheit zur Gewährung von Krediten an Deutschland entstanden ist. Herbeigeführt wurde diese auch dadurch, daß auf dem englischen und auf dem amerikanischen Geldmarkt große Mengen anlagensuchendes Geldes vorhanden sind, so daß z. B. die Bundes-Reservebank in New York mit Wirkung vom 12. Juni ihren Diskontsatz um $\frac{1}{2}$ auf $3\frac{1}{2}$ Proz. herabsetzen konnte, nachdem sie erst kurz vorher, nämlich am 30. April, eine Ermäßigung auf 4 Proz. vorgenommen hatte. Diese günstige Lage des ausländischen Geldmarktes kommt auch den Bemühungen der Deutschen Golddiskontbank fraglos in hohem Maße entgegen. Man wird sich aber keiner Täuschung darüber hingeben dürfen, daß das Ausland Geld nach Deutschland leiten würde, das es von vornherein verloren geben muß. Das wäre dann der Fall, wenn schwere innen- und außenpolitische Konflikte das mühsam erworbene Vertrauen des Auslandes wieder vernichten würden. Die Quertreibereien der Reaktionsäre gegen die deutsche Außenpolitik und die Annahme des Dawes-Gutachtens sind also im letzten Ende Quertreibereien gegen die Leistung- und gegen die Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu einem Zeitpunkt, wo diese mehr als jemals auf den Zufluß ausländischen Kapitals angewiesen ist.

Die Neuregelung der Geschäftsaufsicht.

Der Reichstag ermächtigte bekanntlich die Reichsregierung, die Zustimmung des Reichsrats vorausgesetzt, zu Abänderungen der Verordnung über die Geschäftsaufsicht. Der Reichsrat hat nun am Donnerstag u. a. folgende Veränderungen der Verordnung beschlossen:

Das bisherige Geheimverfahren wird aufgehoben. Es soll in Zukunft die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ erfolgen. Die seit dem 1. Mai bestehenden Geschäftsaufsichten sollen nachträglich veröffentlicht werden. Die Aufsicht kann in Zukunft nur verlangt werden, wenn begründete Aussicht besteht, daß die Zahlungsunfähigkeit in absehbarer Zeit bestehen wird. Die Anhörung von Handelstammern, Gewerdekammern usw., die bisher nur fakultativ war, muß in Zukunft vor Eröffnung der Geschäftsaufsicht obligatorisch stattfinden.

Fortan ist die Geschäftsaufsicht ohne weiteres aufzuheben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Mehrzahl, die mehr als die Hälfte der Forderungen vertritt, die Aufhebung beschließt. Die Aufsicht soll ohne weiteres ein Ende finden, wenn der Schuldner nicht binnen einem Monat einen Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens eingereicht hat. Die Geschäftsaufsicht findet ohne weiteres ihr Ende, wenn drei Monate seit ihrer Anordnung verstrichen sind.

Während bisher Gebührenfreiheit bestand, sind jetzt ziemlich hohe Gebühren festgesetzt. Auf Antrag Preussens wurde die aufsichtführende Person verpflichtet, bei Weiterführung des Geschäfts vor allem vorhandene Warenvorräte und Bestände zu veräußern. Die neue Verordnung wird sofort im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und damit Rechtskraft erlangen.

Aus der Begründung sind folgende Tatsachen interessant: Das größte Amisgericht, Berlin-Mitte, hatte im Jahre 1923 insgesamt nur 14 Geschäftsaufsichten. Im ersten Vierteljahr 1924 waren es 17. In den Monaten April und Mai dieses Jahres wurden indes allein 143 Anträge auf Geschäftsaufsichten gestellt, ein Beweis, daß dieses Verfahren unserer Wirtschaftskreise, sich über Schwierigkeiten hinwegzusetzen, sehr in Mode gekommen ist. Diesem Unfug soll die Verordnung in ihrer neuen Fassung steuern.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Donnerstag, den 12. Juni:

1. Rennen. 1. Bolalt (D. Blume), 2. Rivet (Urban), 3. Thraut (D. Schmidt). Toto: 15 : 10. Platz: 12, 19, 29 : 10. Ferner liefen: Gf, Caracas, Ufo, Imperator, Leopard, Riki, Rabindranat, Licht Albrecht.
2. Rennen. 1. Anfang (D. Brown), 2. Robelmann (D. Henrich), 3. Mandarin (H. Bleuler). Toto: 19 : 10. Platz: 12, 18 : 10. Ferner lief: Matze.
3. Rennen. 1. Dana (Breuge), 2. Kolba (B. Jarras), 3. Ender (Rosina). Toto: 37 : 10. Platz: 29, 31 : 10. Ferner liefen: Liebesgedanke, Sonnenstrolch.
4. Rennen. 1. Betunie (D. Schmidt), 2. Sans Klout (D. Schmidt), 3. Karner (Rosina). Toto: 36 : 10. Platz: 16, 18 : 10. Ferner liefen: Carl Felix, Rieber.
5. Rennen. 1. Von Robert (Diezick), 2. Mainberg (Ch. Nord), 3. Traumbender (H. Hubig). Toto: 33 : 10. Platz: 19, 25 : 10. Ferner liefen: Doktor, Kullis, Alard.
6. Rennen. 1. Lorenzo (D. Schmidt), 2. Ordensritter (Diezick), 3. Überleht. Toto: 16 : 10. 3. liefen.
7. Rennen. 1. Luvinia (Cunade), 2. Ebarckreife II (Zimmermann), 3. Ellenrone (G. Bauer). Toto: 47 : 10. Platz: 24, 27, 29 : 10. Ferner liefen: Postdamara, Nialanta, Rehenrieder, Nebepuppe, Karawanka, Gera, Teufelsbraut, Rehenrieder, Heidin.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Freitag		Sonnabend	
Wurstwaren	Kolonialwaren	Frisches Fleisch	Käse
Rotwurst nach Thür. Art 60 Pf.	Tafelreis 18 Pf.	Kalbskamm 70 Pf.	Romatour 35 Pf.
Landleberwurst 65 Pf.	Weizengriess 19 Pf.	Kalbskeulen 80 Pf.	Emmenthaler 80 Pf.
Bauernmettw. 98 Pf.	Hartgriess 24 Pf.	Hammel-Vorderfleisch 78 Pf.	Briekäse 60 Pf.
Jagdwurst 1 ¹⁰ Pf.	Kalif. Backobst 58 Pf.	Schweinebauch mit Beilage 70 Pf.	Steppenkäse 70 Pf.
ff. Leberwurst 1 ²⁵ Pf.	Kalif. Pfirsiche 60 Pf.	Schweineköpfe gepökelt 27 Pf.	Edamer Käse 75 Pf.
Mettwurst n. Braunschw. 1 ¹⁰ Pf.	Kalif. Aprikosen 95 Pf.	Gefrierfleisch	Alle Limburger 75 Pf.
Teewurst 1 ³⁰ Pf.	Kalif. Birnen 1 ³⁵ Pf.	Ochsenkamm prima 45 Pf.	Steinbuscher 1 ¹⁵ Pf.
		Ochsenquerrippe prima 50 Pf.	

Marmeladen u. Konfitüren	Vierfrucht 2 ⁷⁰	Pflaumen-Konfitüre 3 ⁰⁰	Kirsch-Konfitüre 3 ⁷⁵	Johannis-beer-Gelee 4 ²⁰	Aprikosen-Konfitüre 5 ²⁵
1922" Bockenheimer Riesling 15 ⁰⁰	1921" Trab. Kräuterhaus 3 ²⁵	1921" Alsterweilerer Letten 2 ⁴⁰	Sonnengartner 2 ⁰⁰	1922" Dürkheimer 1 ⁷⁵	
Apfelwein 55 Pf.	Johannisbeerwein 1 ¹⁰	Vorzügl. weißer Jarragona 2 ⁵⁰	Vorzügl. weißer Jarragona 2 ⁵⁰	1922" Pomerol 2 ²⁵	

Die Konkursmasse der Herrenkleider-Fabrik a. G. bestehend aus **Herren-Konfektion** erstkl. Verarb., modern. Farh. u. elegant. Formen

sowie **Stoffen für Anzüge und Ulster** wird einzeln **Breitestr. 29, Hof 1 Treppe** verkauft. **Der Konkursverwalter Schmidt.**

Verkauft 9 bis 7 Uhr

zirk 300 Sacco-Anzüge G.-M. 38.—

Einige Beispiele:

zirk 500 Hosen, Breeches und lange von G.-M. 5.— an

Verkauft 9 bis 7 Uhr

Sozialdemokratischer Parteitag.

Bericht der Reichstagsfraktion. — Politische Aussprache.

In seinem Bericht über Organisation, Agitation und Kasse führte Genosse Ludwig aus:

Bei der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien im Oktober 1922 zählte die SPD. nach dem Bericht des Parteitages von Augsburg 1 174 105 Mitglieder, die USPD. nach dem Bericht des Parteitages von Gera 290 762 Mitglieder. Nach den Feststellungen der Bezirksleitungen haben, verursacht durch Treibereien einzelner Blindgänger, nur 206 065 Mitglieder der USPD die Vereinigung mit der SPD. vollzogen. Nach den verkauften Beitragsmarken — nicht nach der Höhe der Beitragssumme, die ja keinen Maßstab darstellt — zählte die Vereinigte Partei am Jahreschluss 1 261 072 Mitglieder, darunter 130 000 Genossinnen. Auf diese Zahl können wir stolz sein, wenn wir bedenken, welche furchtbare Inflationsperiode hinter uns liegt und in welchen elenden wirtschaftlichen Nöten sich die deutschen Arbeiter immer noch befinden. Während der Inflationsperiode war die ganze Tätigkeit der Parteileitung, aber auch die der Bezirke, darauf gerichtet, die Organisation und die notwendigen Organe und Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Die Bezirke sowohl wie der Parteivorstand mühten, so schmerzlich es war, während der schlimmsten Zeit viele Angestellte und Arbeiter entlassen. Der Höhepunkt der Krise wurde im letzten Quartal 1923 erreicht. Da mußte eingestellt werden: Die „Neue Zeit“, „Der wahre Jakob“, „Die Gleichheit“, das Mitteilungsblatt des Parteivorstandes, das für Beamte und die „Gemeindepolitik“. Der Parteivorstand hat bis zu der Zeit 40 über ganz Deutschland verteilte Angestellte entlassen müssen. Das alles ist in der Organisation überwunden worden, und seit Januar berichten alle Bezirke über eine Aufwärtsbewegung. Es ist aber auch gelungen, die Parteipresse während der Wirtschaftskrise, insbesondere während der Inflationsperiode, zu erhalten. Neben der Treue der Genossen und Genossinnen als Leser, als Vertrauensleute, als Treuhänder, als Preßkommissionsmitglieder, als Arbeiter oder als Angestellte verdanken wir diese Tatsache den Geschäftsführern unserer Parteigeschäfte, und der Parteivorstand beauftragt mich ausdrücklich, diesen allen den besonderen Dank der Partei abzulassen für ihre Hingabe und große Aufopferung in jener toten Zeit des Jahres 1923.

Die Partei verfügt zurzeit über 169 Zeitungen. 104 Zeitungen werden in eigenen Druckereien hergestellt. In diesen befinden sich 121 Rotationsmaschinen, 259 Schnellpressen und 298 Schmelzmaschinen. Gegen 1914 verfügt die sozialdemokratische Partei über das Doppelte an Parteizeitungen, aber auch der Leserstand, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgegangen war, steigt seit Januar und hat die Friedenszahl überschritten.

Der Parteivorstand gibt seit einiger Zeit wieder das Mitteilungsblatt für Funktionäre heraus, neu erscheint ab Juli d. J. „Die Genossin“, Informationsblätter für weibliche Funktionäre. Der „Freie Beamte“ wird demnächst ebenfalls wieder erscheinen.

Zur Reichstagswahl
hatte der Parteivorstand die Organisation der Materiallieferung für die Bezirke längst vor der Auflösung des Reichstages in Angriff genommen. Wenige Tage nach der Auflösung erhielten die Bezirke das Handbuch für die Reichstagswahl zugestellt, sodann ein kleines Werkbuch für Parteifunktionäre, fünf Ausgaben Referentmaterial, darunter zwei Ausgaben für weibliche Wähler. Außerdem lieferte der Parteivorstand den Bezirken 2 000 000 bunte Flugblätter und 15 verschiedene Sorten Plakate in einer Gesamtauflage von 500 000 Stück. Daneben wurden den Bezirksleitungen 43 verschiedene Flugblattentwürfe zur Verfügung gestellt. In Gesamtkosten hat der Parteivorstand für die Reichstagswahl 145 000 M. ausgegeben. Er hat alle Materialien den Bezirken gratis geliefert. Die Gesamtkosten der Partei zur Reichstagswahl betragen nach unseren Feststellungen rund 845 000 M. für sämtliche 35 Wahlkreise. Die Wahl mit diesen geringen Mitteln bei der Heftigkeit des Wahlkampfes zu führen, war nur möglich mit einer opferbereiten Organisation, in der fast alle Organisationsarbeiten für die Wahl ohne Entgelt geleistet wurden.

An Stelle des „Wahren Jakob“ erscheint seit dem 15. Januar dieses Jahres das Wählblatt der Republik „Caden links“.

Redaktion und Verlag wissen, daß noch sehr viel für den Ausbau des Blattes zu tun ist. Für die Frauen erscheint seit dem 1. März d. J. die „Frauenwelt“. Bis jetzt liegen 8 Nummern vor. Es ist mit vieler Mühe gelungen, der „Frauenwelt“ sofort einen Modestill beizufügen, ja, es ist möglich gewesen, ab Nr. 4 einen eigenen Schnittmusterbogen herzustellen. Die Auflage beträgt heute 67 000. Der „Frauenwelt“ liegt eine Beilage „Kinderland“ bei. Diese Beilage „Kinderland“ hat bereits heute 3000 feste Abonnenten in den Kindergruppen der einzelnen Orte. Der Verlag Dieß hat außerdem am 1. April im Auftrag des Parteivorstandes eine wissenschaftliche Zeitschrift, „Die Gesellschaft“, redigiert vom Genossen Rudolf Hilferding, herausgegeben. Der Verlag kann heute über 5000 feste Abonnenten buchen. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal. Außerdem wird wieder am 1. Juli d. J. eine Kommunalzeitschrift „Die Gemeinde“ — Halbmonatszeitschrift — für sozialistische Arbeit in Stadt und Land erscheinen. Die erste Nummer liegt Ihnen bereits vor.

Während wir in den Monaten Januar bis einschließlich 1. Mai eine monatliche Durchschnittseinnahme von 23 000 M. an Beiträgen buchen konnten, sind vom 1. bis 12. Juni 32 000 M. bei uns eingegangen. Die Gesamteinnahme des Parteivorstandes in den zurückliegenden letzten Monaten betrug an Beiträgen der Mitglieder 151 727 M., 145 234 M. andere Beiträge, darunter 63 187 M. aus der internationalen Sammlung, 178 543 M. von den Parteigeschäften, 17 482 M. von der Einkaufszentrale, 763 M. zurückgezahlte Darlehen, 105 M. Zinsen und 8784 M. sonstige Einnahmen.

An Beiträgen sind bis zum 10. Juni 151 727 M. vereinnahmt worden, die einzelnen Bezirke, wir zählen 31, haben mit einer Ausnahme dazu beigetragen. An der Spitze der finanziellen Leistung steht Hamburg mit 17 850 M., dann folgt Leipzig mit 14 857 M., Chemnitz-Zwickau mit 12 556 M., Berlin mit 11 250 M., Hannover mit 9365 M. Die Größe der Bezirke, nach den Mitgliederbeiträgen errechnet, ist: Hamburg 96 000, dann Hannover, Leipzig, Schleswig-Holstein, Franken, westfälische Westfalen usw. Nach fünf Monaten ist es das erste Mal möglich, einen Vergleich gegen früher, d. h. vor dem Kriege, anzustellen. Die sozialdemokratische Partei hatte vor dem Kriege im letzten Geschäftsjahr eine Gesamteinnahme von 1 400 000 Mark. Wir haben also

gegenwärtig fast den Friedensstand erreicht. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß alle Orte, Bezirke und auch der Parteivorstand früher über kleinere und größere Reserven verfügt haben. Das ist heute nicht der Fall.

Ehe ich den Kassenbericht abschließe, will ich auch noch Namens des Parteivorstandes den Genossen aus der Internationale besonderen Dank sagen. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat aus dieser Sammlung 100 000 M. in den letzten 1½ Jahren zur Aufrechterhaltung ihrer Organisation und Einrichtung erhalten.

Das Bildungswesen der Partei befindet sich ebenso wie die Jugendorganisation und Erziehungsbewegung der Kinderfreunde, in neuem Aufstieg. Die Kinderfreunde-Bewegung zählt, obwohl sie erst etwa ein halbes Jahr besteht, bereits 70 Ortsgruppen, die Jugendorganisation hat eine Mitgliederzahl von über 100 000, und die Zahl der Bildungsausschüsse ist auf 600 angewachsen. Eine ähnliche erfreuliche Entwicklung zeigt auch die Jungsozialisten- und Lehrerbewegung.

Brühne-Frankfurt a. M. berichtet als Vorsitzender der Kontrollkommission über deren Tätigkeit seit dem letzten Parteitag. Zu erledigen waren zwei Beschwerden. Abgelehnt wurde die Beschwerde des Genossen Otto über die Verteilung einer Geschäftsbüchergesumme von 8 Millionen Mark an die Arbeiter und Angestellten des Dießschen Geschäftes bei dessen Auflösung in Stuttgart, da sich die gesamten Arbeiter und Angestellten und der Arbeiterrat einverstanden erklärt hatten. Die andere Beschwerde erfolgte vom Parteisekretariat für Ost-Hannover über den Beschluß des Parteivorstandes gegen die Aufstellung des Genossen Kasse als Reichstagskandidaten. Auch dieser Beschwerde wurde nicht stattgegeben. Nach Prüfung der Geschäfte des Parteivorstandes beantragt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand für seine gesamte Tätigkeit Erlaubnis zu erteilen, da alles in Ordnung befunden wurde.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion

erhält darauf das Wort

Hermann Müller: Meine Aufgabe wird es sein, darzustellen, was die Fraktion geleistet hat, um die Fraktion gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen. Die positive Arbeit der Fraktion ist in unserem Wahlhandbuch bis ins einzelne dargestellt. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihr Hauptgewicht darauf gelegt, positiv für die Arbeiterklasse zu wirken. 1879, bald nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, hat kein Geringerer als Friedrich Engels den ersten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion angegriffen, weil er der Auffassung war, daß damals die Politik der Fraktion zu reformistisch war. Und August Bebel war es, der Engels antwortete:

„Die Masse verlangt, daß auch für das Heute geforgt wird, unbeschadet dessen, was morgen kommt.“

(Sehr gut!) Dieser Grundsatz war bis in die letzte Zeit hinein unser Leitstern bei der parlamentarischen Tätigkeit. Heute ist uns dieser Kampf besonders erschwert, weil durch die Kriegssphäre irregeleitete Klammern zum Teil den Weg nach rechts finden ließ, und wir auf der anderen Seite mit einer Partei links neben uns zu rechnen haben, deren ganze Taktik darauf hinausgeht, die sozialdemokratische Partei zu zerstören. Das beeinträchtigt die parlamentarische Arbeit sehr. Es war zum Beispiel in der letzten Zeit kaum möglich, die Anträge der Fraktion auf die Tagesordnung zu bringen. Im neuen Reichstag sollen nun wieder regelmäßig Schwereinstage abgehalten werden, und als erste sollen die Anträge der Fraktionen zur Verhandlung kommen, die zu den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen eingebracht sind. Aber nach den Standalysenen, die wir erlebt haben, ist zu befürchten, daß die bürgerliche Mehrheit dafür sorgen wird, daß dies Parlament nicht allzu oft und zu lange zusammentritt.

Also auch hier schädigt das Vorgehen der Kommunisten die Tätigkeit der Fraktion am meisten, die positiv für die Arbeiterklasse das Möglichste herauszuschlagen sucht.

Das Parlament spielt heute eine ganz andere Rolle in der Geschichte als vor dem Weltkrieg und der Revolution. Damals war der Reichstag mehr ein Debattierklub — Wolfrat hat neulich gesagt: „An sanfter Rede und Gegenrede“ heute kann das Parlament alles, wenn es nur will. Früher hatten wir eine Obrigkeit, die selbst die Tagesordnung des Parlaments bestimmt hat. Heute haben wir viel mehr Interpellationsdebatten, und die eigentliche Beratung der Gesetze wird schneller erledigt als früher. Infolge des Zielparteiensystems besteht keine geschlossene Mehrheit. Die Extreme von rechts und links können sich sehr leicht vereinen auf Grund eines Nichtvertrauensvotums, wenn es nur geschieht genug formalisiert ist, so daß der Sturz einer Regierung — besonders wenn nicht schwerwiegende außenpolitische Debatten auf der Tagesordnung stehen — eigentlich Woche für Woche möglich ist. Das beeinträchtigt außerordentlich die Arbeit des Parlaments und zeigt auch, daß heute keine Partei, die in der Regierung nicht vertreten ist, völlig frei von Verantwortung ist, wie überhaupt das parlamentarische System zur Wahrheit und zur Erkenntnis der Realitäten in der Agitation erziehen soll. (Sehr richtig!) Denn das Verlangen von Unmöglichen rächt sich an jeder Partei, die gezwungen ist, in absehbarer Zeit selbst in die Verantwortung zu gehen. Damit ist nicht gesagt, daß wir von unseren sozialistischen Grundfragen, von unseren Idealen irgend etwas aufzugeben haben; wir haben jetzt weniger als je Ursache, etwa für den Sozialismus ein Moratorium zu nehmen. Im Gegenteil, objektiv sind die Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus besser geworden. Nicht nur der Krieg hat in dieser Richtung gewirkt, sondern noch viel mehr die Zeit der Inflation, die ungeheure Massen früherer Ständehänger proletarisiert hat, was uns nur um so mehr veranlassen muß, diese Schichten in fleißiger intensiver Kleinarbeit dem Heer des Proletariats zuzuführen.

Die gekränkten Bürgerblockmädchen.



Da sieh mir nur die schönen Knaben!
Es ist wahrhaftig eine Schmach;

Gesellschaft könnten sie die allerbeste haben,
Und laufen diesen Mägden nach!

Ich bin überzeugt, daß nach einigen Jahren viele zurück sein werden, die noch bei den letzten Wahlen den Rechtsparteien nachgelaufen sind, daß sie begreifen werden, daß weniger Sozialisten im Reichstag noch nicht ein Mehr an Aufwertung bedeutet. (Sehr gut)

Dabei gleich einige Worte zur Frage des Wahlrechts. Es ist absolut notwendig, daß wir wieder zu kleineren Wahlkreisen kommen. (Sehr richtig!) Gewiß haben die großen Wahlkreise auch ihre Vorteile. Bei den langen Listen ist der Wahlkampf unperfekter, mit weniger Behelligkeit geführt worden. Aber es erscheint doch notwendig, mehr den persönlichen Zusammenhang zwischen den Kandidaten und der Wählerchaft herzustellen, weil dann auch mehr Arbeit geleistet wird zur Erfassung der Schichten, die heute noch für uns zu holen sind. Keinesfalls aber werden wir zum System der Einzelwahl zurückkehren, sondern halten fest an dem System der Verhältniswahl und auch an dem Wahlrecht der Zwanzigjährigen. Das Frauenwahlrecht wird ja heute von keiner Seite mehr angefochten. Wir haben auch keine Ursache, etwa das englische oder gar das französische Wahlrecht zu erstreben. Das letztere ist zurzeit eines der verrücktesten; es hat unsere Partei in einer Verbindung mit anderen Parteien gezwungen, um dadurch einen politischen Erfolg zu erzielen. Allerdings haben unsere französischen Genossen dadurch, daß sie sich mit den bürgerlichen Einkommensrepublikanern auf eine gemeinsame Liste vereinigt haben, den Beweis geliefert, daß sie Politik zu treiben verstehen. (Sehr gut)

Ich wünsche, daß die deutsche Sozialdemokratie in ähnlichen Situationen denselben Sinn für Politik zeigen wird, wie unsere französischen Bruderorganisationen.

die durch diese Politik die Entspannung der internationalen Situation erreicht haben. Bedauerlich ist nur, daß die Entspannung so spät eingetreten ist. Unsere Rechtsbewegung in Deutschland ist ja besonders deshalb so stark geworden, weil Poincaré und seine Mannen unseren Rechtsleuten fortwährend Wasser auf ihre Mühlen geliefert haben.

Die Sozialdemokratie verfügt jetzt über 100 Mandate gegenüber 171 im vorigen Reichstag. Es hat Leute gegeben, die sich dem Irrglauben hingaben, als ob man mit 171 Mandaten alles machen konnte. Ich hoffe, daß sie wenigstens begreifen werden, daß mit 100 Mandaten weniger gemacht werden kann als mit 171. (Heiterkeit.) Wir haben seit der Revolution

im Parlament niemals die Mehrheit gehabt.

haben die Situation nur in der allerersten Zeit der Volksbeauftragten beherrscht. Damals aber kennnten uns die Ernährungsvorgänge, die Schwierigkeiten der Zurückführung des Heeres und vor allem die schon am zweiten Tage nach der Revolution einsetzenden Auseinandersetzungen mit Spartakus. In der Nationalversammlung haben wir nicht die Mehrheit gehabt und waren damals auch nicht der Auffassung, daß wir eine Minderheitsregierung bilden sollten. Interessant ist, daß wir jetzt erfahren haben, daß damals Adam Stegerwald in der Zentrumsfraction dafür eingetreten ist, man möge der Sozialdemokratie die Minderheitsregierung überlassen. Wir scheitern, es war ein besserer Marxist als andere, wenn er erkannte, daß dadurch, daß man einer sozialistischen Minderheit äußeren Einfluß gibt, die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht andere werden. Es ist damals dem Einfluß Erzbergers zuzuschreiben gewesen, daß Stegerwald unterlag und das demokratische Prinzip siegte. 1920 zogen wir als getrennte Partei in den Reichstag ein, und die Sozialdemokratische Partei lebte es ab, nach der damals erfahrenen Schwächung in die Regierung einzutreten.

Die Auffassung, daß wir immer in der Regierung sein müßten, ist eigentlich niemals in der Sozialdemokratischen Partei vertreten gewesen.

Einige Worte zu den Vorwürfen wegen der Ministerportefeuilles. Ich selbst habe es seit 1920 sechsmal abgelehnt, in die Regierung einzutreten, weil ich meine Anwesenheit in der Fraktion für wichtiger hielt. Im übrigen kann ich sagen, daß es nicht zu den angeschnittenen Beschäftigungen gehört, Parteigenossen zu finden, die in eine Koalitionsregierung eintreten wollen. Ich habe von einer Sehnsucht nach Ministerportefeuilles noch nichts gemerkt. Vielleicht könnten Radbruch und Sollmann aus ihren persönlichen Erfahrungen, soweit die Reichsregierung in Betracht kommt, darüber auch etwas zu sagen. Selbst die Genossen Sender nicht mir zu. (Heiterkeit.) Wir waren eigentlich nur dann in der Regierung vertreten, wenn nichts anderes übrig blieb, und die Gründe, die uns dazu zwingen, waren fast immer außerpolitische. Nach dem Londoner Ultimatum gingen wir in die Regierung Birth, um die Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern. Man hat gesagt, daß der Eintritt in eine Koalitionsregierung sozusagen die Flucht vor dem Klassenkampf wäre. Ich bin gespannt, ob ein Theoretiker versuchen wird, dafür den Beweis zu liefern. Der Sturz der Cuno-Regierung wäre meiner persönlichen Auffassung nach damals besser einige Tage später erfolgt, denn die Agitation unserer Gegner ist dadurch erleichtert worden, daß die Durchführung der Steuererlese von einer ganz anderen Regierung übernommen werden mußte. Doch gebe ich zu, daß bei dem Sturm, der sich im Bande bemerkbar machte, Cuno schwer zu halten war.

Aber ich frage, was sollte eigentlich nach der Regierung Cuno kommen?

Die Aufgabe der Cuno-Regierung war doch die Liquidation der Ruhrbesetzung, und die konnte nur erfolgen durch eine Regierung, die sich auf links stützte. Wir müßten auch damals in den lauren Apfel beißen, um schlimmeres zu verhindern. In der letzten Zeit haben wir uns darauf beschränkt, eine Regierung der bürgerlichen Mitte zu unterstützen. Ich glaube, daß niemand hier sein wird, der meint, daß wir um die Unterstützung der Regierung Marx herumgekommen wären. Das ganze sozialistische Ausland verlangt von uns, daß wir sofort den Ruf aufbringen, um eine Gesundung Europas herbeizuführen. Die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion waren dann auch darüber viel geringer. Gewiß, wir haben der Regierung Marx kein ausdrückliches Vertrauensvotum ausgesprochen. Aber ich lege auf all diese Formulierungen, Vertrauen oder Billigung usw., keinen besonderen Wert; denn wenn wir einer Regierung das Leben ermöglichen, so geben wir ihr eben den Zuschuß von Vertrauen, den sie braucht, um leben zu können. Wir sollten uns endlich von der Furcht vor diesen Worten emanzipieren.

Mit unserem Eintreten zugunsten der Regierung der Mitte haben wir nur getan, was im Interesse der Arbeiterklasse notwendig war.

Ohne die Annahme des Sachverständigenrats würden die Lage unserer Währung geschädigt sein, und was das für jeden Arbeiter bedeutet, ist Ihnen klar. Das ist unsere Auffassung von parlamentarischer Unterstützung des Klassenkampfes.

Das Wort Klassenkampf steht in einer ganzen Reihe von Resolutionen in diesem Parteitag wieder. Das hat mich sehr betrübt, weil dieser Vorwurf immer wieder erhoben wird. Als Bebel mit Vollmar für das Agrarprogramm eintrat, wurde ihm schon derselbe Vorwurf gemacht. (Hört, hört!) Man sollte doch endlich einmal mit neuen Vorwürfen kommen, nicht immer die alten Badenhäute herbeibringen. (Heiterkeit.) Abgesehen von den skandinavischen Ländern weiß vielleicht keine Arbeiterschaft so gut, worauf es beim Klassenkampf ankommt, wie die deutsche Arbeiterschaft. Das war der Erfolg unserer Agitation in den letzten sechs Jahrzehnten, und wenn dieser Erfolg sich jetzt nicht mehr ganz auswirkt, so deshalb, weil wir infolge der Kriegszeit so viele Jugendliche bekommen haben, die noch nicht aufgeföhrt werden konnten. Dazu kommt, daß sich Zustände entwickelt haben, wie sie weder Marx noch Engels voraussehen konnten, und die auf die Führung des Klassenkampfes einwirkten: wir haben eine Spaltung der Arbeiterschaft, wie man sie in den 90er Jahren für unmöglich gehalten hätte, haben Hindernisse in die Zeit, wo Bakunin mit Marx, Most mit August Bebel gekämpft hat, Hindernisse in die Zeit des Syndikalismus und Anarchismus, Hindernisse in allen Ländern, weil diese Bewegung unterliegt und vor

der Partei, die in Rußland solidarisch ist mit der Sowjetregierung, und der es auf die Verwendung von Geldern in fremden Ländern nicht im geringsten ankommt.

Die Tatsache, daß eine Partei links neben uns auf alles lauert, was bei uns geschieht, muß unsere Agitatoren verpflichten, bei jeder Neuerung größte Vorsicht zu üben.

Wir sind in diese Zustände gekommen, seit in Halle die Spaltung der Unabhängigen und Kommunisten erfolgte. Dieser Spaltungsparteitag war die schwerste Niederlage, die die Sozialdemokratie nach der Revolution erlebt hat. Die Bourgeoisie weiß natürlich ebenso, daß unser Klassenkampf dadurch stark beeinträchtigt wird. Deshalb ist es Aufgabe der Partei und auch der Gewerkschaften, die Massenträfte in jedem einzelnen Falle festzustellen, ehe es zu politischen oder gewerkschaftlichen Operationen kommt. Es ist oft auf die glänzenden Demonstrationen nach der Ermordung Rathenaus hingewiesen worden. Aber es wird niemand leugnen, daß es uns 1923 nicht mehr möglich gewesen wäre, solche Demonstrationen auf die Beine zu bringen, weil inzwischen die Inflationsperiode die Arbeiterklasse ihrer letzten Reserven beraubt und so ihre Kräfte stark beeinträchtigt hat. Durch die Marktstabilisierung haben wir die Hände wieder frei bekommen und an Macht gewonnen, wenn wir uns auch nicht darüber täuschen dürfen, daß wir zurzeit eine revolutionäre Konjunktur noch nicht haben.

Sondern eine ruhige Entwicklung in Deutschland und in Mitteleuropa wünschen müssen, schon im Interesse der Erhaltung der Republik gegen die Angriffe von rechts.

Ich persönlich glaube nicht, daß die Bäume der Monarchisten in den Himmel wachsen werden. Gewiß ist das eine innerdeutsche Frage, aber nach den Erfahrungen des Weltkrieges würde das ganze Europa und auch Amerika einfach nicht dulden, daß die Hohenzollern wieder auf den Thron kommen. Sie haben ja nicht einmal das verlorene Karolchen in Budapest wieder auf den Thron zurückkommen lassen. Vorhüten müssen wir vor allem, daß bei uns die Republik nicht zu einer Attrappe wird. Ich fürchte am meisten, daß eines Tages Junker und Kapitalisten an der Republik Gefallen finden, wenn wir nicht verhindern, daß unsere Republik immer mehr zu einer Zirkadepublik wird. Wir können die deutsche Republik nicht allein mit Demonstrationen erhalten, sondern müssen es den Republikanern ermöglichen, in der Republik zu arbeiten. Bei den ungeheuer vielen Parteien in Deutschland ist es sehr schwer, eine sogenannte stetige Politik zu treiben. Wir können in dieser Beziehung von den Gegnern lernen, die bei den letzten Verhandlungen mit den Mittelparteien verlangt haben, daß in den fünf größten Ländern im Reich eine der Reichsregierung homogene Regierung gebildet werden müßte. (Hört, hört!) Wir haben leider zu der Zeit, als wir in der Regierung waren, ähnliche Forderungen nicht gestellt, sondern die Entwicklung den einzelnen Ländern überlassen. Ich bin der Ansicht, der den sachlichen und thüringischen Genossen einen Vorwurf daraus machen würde, daß sie rein verfassungsmäßig gesehen versucht haben, eine Regierung mit den Kommunisten zu bilden. Aber politisch gesehen war das das Unklügste, was passieren konnte, und nicht zuletzt hat die bayerische Reaktion aus solchen Experimenten Nutzen gezogen; auch das Bürgerium ist dadurch in besonderer Weise zusammengeschoßelt worden. Schon Marx hat uns auseinandergesetzt, daß das Bürgerium keine einheitliche reaktionäre Masse ist, und das gilt heute noch viel mehr. Zum Fall Zeigner hat Bels schon gesprochen. Ueber den kriminellen Fall nur ein Wort. Wenn Zeigner deutschnational gewesen wäre, wäre er vielleicht besser davon gekommen. (Sehr wahr!) Politisch muß zugegeben werden, daß die Vera Zeigner eine Schädigung der Republik bedeutet hat, daß Zeigner alles zu einem politischen Führer schickte. (Zurufe.) Ihr habt doch selbst nachher gesehen, wie absolut hallos er sich gezeigt hat. Was Bayern anlangt, so haben wir gefordert, daß das Notwendige geschieht, und als das Notwendige nicht geschah, sind wir aus der Reichsregierung ausgeschieden. Eine schärfere Opposition kann man doch nicht ausüben. Wir haben damals auch unsere Ratschläge gegeben, wie man militärisch und politisch vorgehen könnte, aber sämtliche bürgerliche Parteien waren dazu nicht bereit. In einem Punkt hat die Reichsregierung recht behalten: es ist ihr durch ihre Taktik gelungen, zu verhindern, daß der bayerische Brand auf Norddeutschland übergriff. Wir wissen ja aus dem Kärntner Prozeß und anderen, wie damals die Fäden von München nach Norddeutschland gespannt gewesen sind. Die Regierung hielt es für richtig, den bayerischen Herd auszubrennen zu lassen. Die Tätigkeit, die Ludendorff dort entfaltet hat, hat ja dann eine Wendung herbeigeführt, wie wir uns überhaupt freuen dürfen, wenn Ludendorff seine Hand im Spiel hat; denn dann geht es immer schief. (Heiterkeit.) Interessant war, daß die Bayerische Volkspartei, die den schärfsten Kampf gegen uns geführt hat, sich bis zuletzt noch für die Erfüllungspolitik erklären mußte, die gerade von München aus am meisten angefeindet wurde.

Viele Angriffe sind gegen die Fraktion gerichtet worden, daß wir die Cuno-Regierung der Richterfällung unterstüht hätten. Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob der Einmarsch in das Ruhrgebiet auch erfolgt wäre, wenn damals die Regierung Birth nicht gestürzt worden wäre. Ich glaube, daß die Herren von Bloch national auch dann ihren Weg in das Ruhrgebiet gefunden hätten. Aber das entlastet die nicht, die den Franzosen den Vorwand geliefert haben.

Die Hauptleidtragenden bei der Ruhrbesetzung waren jedenfalls die Arbeiter.

und wir sind völlig im Einklang mit dem gewesen, was uns von den organisierten Genossen des neuwiesener Gebietes vorgebracht worden ist. Die Art, wie der passive Widerstand im Ruhrgebiet ausgeübt worden ist, hat zweifellos für Deutschland moralische Überbahrungen im Ausland mit sich gebracht. (Sehr richtig!) Wir konnten ja auch den rechtswidrigen Einmarsch nicht einfach hinnehmen; denn schließlich besteht doch das deutsche Volk nicht aus lauter Hunden, die lutschen, wenn irgendein Unrecht verübt wird. Gerade die Arbeiterschaft, die aus Klassenkämpfern besteht, würde eine solche Haltung sehr wenig verstehen. (Sehr richtig!) Daß diese Arbeiterschaft dafür nicht befohlen worden ist, wissen wir ja. Auch politisch hat unsere Haltung während jener Zeit uns Nutzen gebracht. Bei den hochgehenden nationalistischen Wogen damals hat sie dazu geführt, daß der passive Widerstand nicht in einen aktiven Widerstand ausartete. (Sehr wahr!) Vielleicht wäre es möglich gewesen, den Ruhrkampf früher zu liquidieren, wenn die Sozialdemokratie früher zur großen Koalition bereit gewesen wäre.

Wir haben uns in jener Zeit immer wieder Mühe gegeben, mit den sozialistischen Genossen vom Ausland eine gemeinsame Plattform für die Lösung der Reparationsfrage zu finden, und das ist uns gelungen. Zur Zeit der ersten Streikmann-Regierung ist uns dann vorgeworfen worden, daß wir nicht schnell genug die Sanierung durchgeführt hätten. Aber die Vorwürfe, die damals Hilferding gemacht wurden, sind zu Unrecht erhoben, denn eine Sanierung der deutschen Währung war nicht möglich, so lange die immensen Zahlungen für das Ruhrgebiet weitergingen. Ich will auf den Streit um die kleine und große Koalition nicht näher eingehen. Die kleine ist nach den Ergebnissen der Wahl erledigt; die große auch, weil mit einer Stimme Mehrheit nicht regiert werden kann. Aber mich wundert doch, wenn immer wieder Vorwürfe kommen, die sich gegen jede Koalition, im Reich wie in den einzelnen Ländern, wenden.

Wenn es eines Tages der Reaktion in Deutschland gelingen sollte, den Rechtskurs auch in Preußen durchzuführen, dann werden Sie erst sehen, was die Regierung der großen Koalition für Preußen und für das ganze Reich bedeutet. (Sehr wahr!)

Gerade das System Eberling der Zusammenfassung der demokratischen Mittelparteien zu gemeinsamer Arbeit mit der Sozialdemokratie ist das System, unter dem überhaupt die Durchführung der Demokratie in Deutschland nur gewährleistet werden kann. (Sehr richtig!) Nicht aber die Theorie des Alles oder Nichts, die für Thälmann viel besser paßt als für Politiker. (Sehr wahr!) Ich habe in Thüringen feinerzeit gesagt: Ihr werdet die Koalition machen oder ihr werdet alle Positionen räumen, die ihr seit der Revolution gehabt hat. Leider ist es so gekommen: wir haben dort den Trümmerhaufen und brauchen nicht danach zu gieren, daß es in Preußen zu ähnlichen Zuständen kommt. (Sehr richtig!) Wenn die große Koalition ihre Politik nicht durchführen konnte, so hauptsächlich deshalb, weil damals eine schnelle Sanierung der Finanzen notwendig war und weil die bürgerlichen Parteien der Auffassung waren, daß dies nur nach ihrem Rezept geschehen könnte. Wir haben uns dagegen gewandt, daß die Sanierung durch Bohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit erfolge. Also der Grund, warum man uns damals herausgedrängt hat, ist ein Kompliment für die Politik, die wir in jener schwierigen Zeit betrieben haben.

Die Sanierung konnte viel besser vorgenommen werden in früherer Zeit. Darauf haben wir immer hingewiesen. Der Bürgerlicher Parteitag beschloß, ich sei gefragt worden in der Hoffnung, daß in den bürgerlichen Kreisen die Einsicht so groß sein werde, daß die Sanierung erfolgen könnte. Die Bürgerlichen erklärten uns aber immer, sie könne nicht durchgeführt werden, ehe nicht endgültig feststeht, was wir an Reparationszahlungen zu leisten haben. Diese Auffassung ist falsch gewesen. Auch das Sachverständigenrat läßt diese Frage noch offen. Die Sanierung wäre viel leichter gewesen damals, als Birth die internationalen Sachverständigen nach Berlin berufen hatte, als das Internationale Komitee in Berlin tagte. Das erste Ermächtigungsgesetz wurde bewilligt, als wir in der Regierung Stresemann waren.

Bei der Kritik des Ermächtigungsgesetzes sollte man nie vergessen, daß die Rentenmark ein Kind dieses Ermächtigungsgesetzes ist. Wenn die Verhandlungen über die Rentenmark auf dem normalen Wege der Gesetzgebung, über Reichstags- und Reichsratsausschüsse, hätte erfolgen müssen, so wäre sie wahrscheinlich zu spät gekommen.

Das Ermächtigungsgesetz fiel, als wir aus der Regierung Stresemann austraten. Die Regierung Marx verlangte von neuem ein Ermächtigungsgesetz. Um dieses zweite Ermächtigungsgesetz sind heftige Kämpfe entbrannt. Ich bin der Überzeugung, daß in der Demokratie einer Regierung weitgehende Vollmachten zugestanden werden können, wenn man selbst in der Regierung sitzt und sie von innen heraus kontrollieren kann. Ich war der Auffassung, daß wir nicht schlecht abgezeichnet hätten, wenn es damals zur Auflösung und zur Reichstagswahl gekommen wäre. Da ich zur Minderheit damals gehört habe, fühle ich mich um so mehr verpflichtet, die Gründe für die Zustimmung darzulegen. Es war nicht die Furcht vor der Auflösung. Zwei Gründe waren vielmehr ausschlaggebend für die Mehrheit der Fraktion: die Ermägung, daß praktisch gar nichts gebilligt wird, wenn wir das Gesetz ablehnen. Bis zur neuen Regierungsbildung hätte die Regierung auf Grund des Art. 48 doch alles durchgeführt, was sonst auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes geschehen wäre. Und auf Grund des Art. 48 wäre noch manche Verordnung mehr herausgekommen als durch das Ermächtigungsgesetz. Inzwischen stellen wir auch den Antrag auf Ausführungsbestimmungen zum Art. 48; denn es müssen gesetzlich die Grenzen abgesteckt werden, innerhalb deren auf Grund des Art. 48 regiert werden kann. Im November v. J. legte sich die Mehrheit der Fraktion, daß die neugeschaffene Rentenmark eben erst ins Leben getreten ist, das durch innerpolitische Stürmen und durch Auflösung des Reichstags leicht beeinträchtigt werden könnte, so daß eine neue Periode der Inflation heraufbeschworen würde. Selbst wer der Auffassung ist, daß die Mehrheit nicht richtig gehandelt hat, muß zugeben, daß sie gescheitert war von Gründen, die in der Linie der Interessen der Arbeiter gelegen haben. Unsere Währung hat sich gehalten, entgegen allem Pessimismus.

In vielen Wahlkreisen sind unsere Abgeordneten in Bausch und Bogen abgefragt worden, die sich für das Ermächtigungsgesetz eingesetzt haben. Es ist höchste Zeit, daß mit solchen Anträgen innerhalb der Partei ausgeräumt wird. Denn sonst erzielen wir nur Heuchler und Gefinnungslampen (lebh. Sehr richtig!); was wir aber in dieser parlamentarisch bewegten Zeit brauchen, sind Charaktere (lebh. Beifall und Handklatschen), Charaktere werden aber durch solches Verfahren nicht großgezogen.

Wir Sozialdemokraten sind der Überzeugung, daß alles getan werden muß, um den Achtstundentag zu verteidigen. Die Ausnahmen sollen beschränkt werden auf torische und gesetzliche Maßnahmen. Als wir Sozialdemokraten die Regierung Stresemann verlassen hatten, hat der Arbeitsminister Brauns am 17. Dezember 1923 die Demobilisierungsoerordnung über die Arbeitszeit ausgearbeitet. Unser Antrag zugunsten des Achtstundentages ist in der Folge von sämtlichen bürgerlichen Parteien niedergestimmt worden. Als Partei haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Kampf um den Achtstundentag nicht beendet ist. Die Gewerkschaften, mit denen wir darüber beraten haben, und die das gleiche Interesse haben, bald wieder zum vollen Achtstundentag zu kommen, sind zurzeit in der Beratung über die Art der Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids über diese Frage. Die Führung soll bei den Gewerkschaften liegen. Für die sozialdemokratische Presse bleibt es oberste Pflicht, diesen Kampf zu unterstützen, und die Fraktion wird die nötige Unterstützung bei den parlamentarischen erforderlichen Schritten zu leisten haben. Nicht die Fraktion in ihrer Minderheit, sondern das geschlossene Vorgehen der bürgerlichen Gegner trägt die Schuld, wenn wir nicht alles durchgeführt haben. Bei der Masse der deutschen Arbeiterklasse findet man dafür bei der Darlegung der Gründe auch das nötige Verständnis. Unter dem parlamentarischen System haben wir es zwar oft schwerer, Fragen der aktuellen Politik erklärlich zu machen als früher, wo wir nicht mitzuarbeiten hatten. Der Fraktion ist auch vorgeworfen worden, daß die Sozialdemokratie nicht das Nötige getan habe zur

Beseitigung des Belagerungszustandes.

Demokratie und Belagerungszustand schließen sich an sich nicht aus. Der Erlaß des Belagerungszustandes ist allerdings in der Praxis von heute ein zweischneidiges Schwert, da es sich in erster Linie gegen die Arbeiterklasse auswirkt. Aber wir mühen uns über die Folgen der Ablehnung eines Antrages, den Belagerungszustand aufzuheben, klar sein. Selbst die Kommunisten haben sich bereit gefunden für die Ueberweisung ihres entsprechenden Antrages an den Rechtsausschuß. Denn eine Ablehnung des Antrages hätte lediglich den Belagerungszustand gestärkt. Wir aber wollten nicht seine verstärkte Legalität. Die Politik der letzten Jahre ist nicht Schuld an der sogenannten Niederlage der Partei. Niemand, selbst unter den Optimisten, hat uns mehr als 120 Abgeordnete zugesprochen. Denn seit Halle waren viele Arbeiter zu den Kommunisten übergegangen. Solche parlamentarischen Schlappen haben wir auch früher erlitten, ich erinnere nur an 1907. Seit 18 Jahren sehe ich im Parteivorstand und habe noch mit den Allen der Partei zusammengearbeitet. Damals hatten wir andere Möglichkeiten, jede Frage vorzubereiten; damals hatten wir in einem halben Jahre nicht so viele folgenschwere Entscheidungen vorzubereiten, wie jetzt mitunter in einer Woche. Die Führer und die Massen mögen sich an den Altten ein Vorbild nehmen: nicht kleinmütig werden und nicht glauben, daß wir die historische Mission verlieren. Wenn wir uns an ein besser zu unterrichtendes Volk wenden, dann werden wir auch Verständnis finden. Denn wie uns nicht selbst aufgeben, sondern uns die Treue halten, werden wir neue Siege vorbereiten können. (Lebh. langanhaltender Beifall.)

Um 1 Uhr 15 Min. wird die Sitzung auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Nachmittagsitzung.

Zunächst wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Anwesend sind 400 Genossen und Genossinnen, unter diesen delegiert 285, Mitglieder des Parteivorstandes 19, des Parteiaussschusses 58, der Kontrollkommission 9, der Reichstagsfraktion 18, von den Mitgliedern der Organisationskommission, die sonst kein Anwesenheitsrecht auf dem Parteitag haben, 5, 1 Referent und 7 Mitglieder von Parteiministrierungen, nämlich ein Vertreter der Geschäftsleitung des „Vorwärts“, ein Vertreter der Arbeiterjugend, des Bildungsausschusses, der Jungsozialisten, ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer sowie acht ausländische Gäste. Da Beanstandungen nicht vorliegen, werden alle Mandate für gültig erklärt. Als Ergänzung zum Vorstandsbericht werden hierauf noch kurze Berichte des Bildungsausschusses und der Programmkommission entgegengenommen.

Die Kulturaufgaben der Partei.

Heinrich Schulz: „Ganz spät, nachdem die Teilung längst geschehen, naht der Poet.“ Dies Wort hat im verflochtenen Jahre ganz besondere Bedeutung gehabt. Erst müssen die materiellen Lebensbedürfnisse befriedigt sein, ehe man an die Befriedigung der Kulturbedürfnisse herangehen kann, sagt man. Das klingt begründet, aber es trifft doch nicht ganz zu. Kultur darf nicht nur eine schöne Feder am Hut des Menschen sein, sie muß als Lebensnotwendigkeit empfunden werden. Sie ist auch nicht nur abhängig von den materiellen Mitteln; wichtiger noch ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Kultur und der Wille zur Kultur. Der kaiserliche Obrigkeitstaat hatte die Mittel zur Kultur in Hülle und Fülle, aber ihm fehlte der Wille zur Kultur. Die junge Republik hatte den Willen, wenigstens in ihren ersten Jahren härter als später, zur Unterstützung der Kultur, aber ihr fehlten die Mittel. Immerhin ist es uns möglich gewesen, wichtige Kultureinrichtungen zu fördern. Andererseits sind Kräfte an der Arbeit, die dem Reiche die Mitarbeit an den Kulturaufgaben des deutschen Volkes verweigern, die alles zur Arbeit der Länder machen möchten. Bei aller Achtung vor den Kulturaufgaben, die die Länder geleistet haben, gibt es doch noch etwas wie eine deutsche Wissenschaft, eine deutsche Kunst und eine deutsche Kultur, und

ich würde es lebhaft begrüßen, wenn auch die deutsche Sozialdemokratie sich mit Nachdruck um Einheitsgedanken auch auf kulturellem Gebiete befassen würde und wenn unsere Genossen in den einzelnen Ländern dem Reiche lassen würden, was ihm zutritt.

In der Partei wird leider nicht überall in gleichem Maße die Notwendigkeit der kulturellen Betätigung der Partei anerkannt. (Sehr wahr!) Die Partei ist aber heute nicht mehr nur eine Agitations- und Organisationspartei. Früher war sie nur gewissermaßen eine Wahlmaschine, heute steht sie unmittelbar in der praktischen und teilweise auch schöpferischen Arbeit für Staat und Gesellschaft. Auch auf dem Schulgebiet zeigt sich überall ein reges Streben und Vorwärtstreiben. Außerhalb der Schule werden die Kinder durch unsere große Bewegung der Kinderfreunde zusammengeführt. Die Fühlung der Partei mit dem übrigen geistigen Deutschland ist vorerst nur lose, aber sie darf nicht verloren gehen. Es wäre nichts gefährlicher, als wenn wiederum wie schon zweimal in der Geschichte der Sozialdemokratie das geistige Deutschland sich enttäuscht von der Sozialdemokratie abwenden würde, beide brauchen einander. Der Sozialismus bedarf des Anschlusses an die Wissenschaft; es wäre ein großes Unglück, wenn der wissenschaftliche Sozialismus sich wieder in ein mehr oder weniger freiwilliges Exil hineinbegeben würde. Und ebenso bedarf die Wissenschaft der Anregung und Befruchtung durch die sozialdemokratische Kritik. Die jetzigen Kräfte der Jugend hat die Sozialdemokratie zu wenig unterstützt. Vor dem Krieg erforderte das Bekenntnis zum Sozialismus einen Entschluß und die Anspannung aller Kräfte. Das ist heute nicht mehr der Fall, und wir müssen heute neue Geschäftsenergien für den Sozialismus in der Jugend zu wecken suchen. Möge die deutsche Sozialdemokratie sich ihren alten Ruhmesstern, die Partei der Kultur zu sein, durch erneute und vermehrte Arbeit im Dienste der Kultur neu erwerben. (Bravo!)

Bericht der Programmkommission.

Dr. Braun: Wir bedauern als Mitglied der Programmkommission es auf das lebhafteste, daß ein Programmmentwurf dem Parteitag nicht vorgelegt werden kann. Wir alle empfinden diese Lücke unserer Rüstung. Leider muß man feststellen, daß in den letzten 20 Monaten in den Reihen der Partei diese Lücke wenig empfunden worden ist. Das Programm einer so demokratischen Partei wie der Sozialdemokratie ist nicht zu schaffen von einer Programmkommission, sondern nur unter Mitwirkung sämtlicher Parteigenossen, unter Beteiligung ihres Sprachrohrs, der Parteipresse. Leider hat sich die Parteipresse sehr wenig um das Parteiprogramm gekümmert. Es ist für die prinzipielle sozialistische Schulung der Parteigenossen viel zu wenig geschehen. In den letzten 20 Monaten ist nur allzu oft Taktik und Prinzip verwechselt worden. Es ist aber ungeheuer wichtig zu wissen, was Taktik und Prinzip ist in einer Zeit, wo ein neues Programm gemacht werden soll. Freilich ist eine Zeit des Zwistes und des fürchterlich gefeierten Nihilismus unter den Parteigenossen recht ungeeignet, ein Programm zu machen, das ein neues geistiges Band um die Partei schlingen soll. Das Wort des großen preussischen Rechtslehrers Franz Savigny: „Unsere Zeit hat nicht den Beruf für die Gesetzgebung“ gilt auch für die letzten 20 Monate in bezug auf die Schöpfung des Programms der Partei. In dieser trüben Zeit hatten wir außerordentlich wenig Stimmung, um ein Programm zu schaffen. Ich denke, wir gehen jetzt einer besseren Zeit in der Partei entgegen; viele Anzeichen sprechen dafür. Für die Programmkommission kam als hemmend in ihrer Arbeit auch in Betracht, daß unser alter Freund Karl Kautsky, unter dessen großen Verdiensten um die Partei nicht das geringste die Schöpfung des Erfurter Programms ist, lange Zeit krank und die letzten Monate im Auslande war. Der Einigungsstreich in Nürnberg hatte Kautsky zum Vorsitzenden der Programmkommission gemacht, und wir glaubten, daß ein Programm, das geteilt ist auf die Anregungen und Gedanken Kautskys von der Partei viel vorurteilsfreier und lieber angenommen werden würde als ein Programm, bei dem man Kautskys Arbeit vermissen müßte. Hinzu kam weiter noch, daß die Genossen in Anspruch genommen waren durch sonstige Arbeiten für die Partei, so daß es außerordentlich schwierig war, die Programmkommission zu versammeln.

Wir standen vor der Notwendigkeit, auch unsere noch nicht erfüllten Forderungen zu messen an den völlig veränderten Verhältnissen. 1890/91 haben wir ganz allgemein Grundzüge und Ziele aufstellen können, während wir heute zu den Problemen des Tages Stellung nehmen müssen.

Auch an dem großen Problem der Sozialisierung kann die Programmkommission trotz aller Enttäuschungen nicht vorbeigehen. Wir dürfen aber nicht ausweichen vor Fragen, die verflochten sind und von Kräfteverhältnissen, die überholt sind. Wir haben zu unterscheiden zwischen dem, was uns zu Sozialdemokraten macht und was die Zwangsfrage der praktischen Politik erfordert. Wenn wir mehr Sozialismus in die Massen tragen, dann wird von selbst erwachsen ein richtunggebendes, zum Siege führendes Programm.

Che die allgemeine Aussprache über die Referate beginnt, begründet Markwald-Frankfurt Anträge eines Bezirks auf Stellungnahme zur Kandidatur des Reichspräsidenten und auf Ausschluß des Genossen Ebert aus der Partei. Im Namen des Parteivorstandes erklärt Genosse Wels, daß die Anträge Frankfurts hienwiderig waren und daß der Antrag auf Aufstellung einer Reichspräsidentenkandidatur dem Parteivorstand nicht zugegangen ist. Der Schlußsatz des einen Antrages hatte allerdings gelautet: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auf möglichst baldige Neuwahl

des Reichspräsidenten hinzuwirken. (Hört, hört!) Der Parteivorstand hat aber nicht das Recht, Teile aus Anträgen herauszunehmen. Dem Genossen Markwald wird anheimgegeben, die Anträge Frankfurts erneut vor dem Parteitag zu stellen.

Die Aussprache.

Dann beginnt die Aussprache, zu der sich 44 Redner gemeldet haben. Gegen die Rednerliste erhebt Genosse Krille-München Protest.

Dihmann: In einer Reihe von großen politischen Fragen bestanden und bestehen ernste Meinungsverschiedenheiten. Den Gedankengang, daß wir eine Minderheit sind, daß wir aber trotzdem mitten und mit dabei sein wollen und deshalb die Koalition mit bürgerlichen Parteien eingehen, haben wir zu bekämpfen; denn diese Politik trug bei zu dem Rückgang der Partei. Die Bourgeoisie hat im Laufe der Koalitionsperiode keinerlei Rücksichten auf Volksinteressen genommen, sie hat die Erfüllungspolitik sabotiert und die Lasten auf die Schultern der Schwachen abgewälzt, so daß es bis zur wirtschaftlichen, politischen Diktatur der Bourgeoisie gekommen ist. Sie hat ihr Schuldkonto von sich auf uns abgemälzt. Demgegenüber wäre es Pflicht gewesen, das Proletariat als Klasse aufzurufen zur Sammlung und Geschlossenheit. Uns hat man das Korreferat versagt und es uns damit unmöglich gemacht, unsere Gedankengänge zu entwickeln. (Zustimmung.) Wir werden uns aber nicht abbringen lassen, unsere Auffassung auch weiterhin über den Parteitag hinaus zu propagieren. Aber diese sachlichen Auseinandersetzungen werden und müssen uns nicht auseinander-, sondern zusammenbringen.

Lothar Sender-Frankfurt a. M.: Die Sozialdemokratie erklärt, sie sei eine Partei der Demokratie. Dann darf sie die Demokratie aber nicht nur im Staate verlangen, sondern muß sie auch in den eigenen Reihen verwirklichen. (Zurufe.) Demokratie heißt nicht nur, daß die Mehrheit sich durch Beschlüsse durchsetzen kann, sondern Demokratie heißt auch Schutz der Minderheiten. (Sehr richtig!) Genosse Müller hat uns eine Resolution vorgelegt, die eine glatte Beurteilung der Politik der Fraktionsmehrheit und der Parteinstanzen bedeutet. Da es uns darauf ankommt, Klarheit zu schaffen, haben wir eine eigene, ganz unmissverständliche Resolution eingebracht. Genosse Müller sagt, die Partei sei genötigt gewesen, Koalitionspolitik zu treiben, und das Ziel der Koalitionspolitik müßte sein:

Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion.

Er sagt weiter, die Teilnahme an der Regierung muß die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt und die Durchsetzung der Demokratie zum Ziele haben. Aber in der Politik will man doch nicht nur Ziele haben, sondern auch Resultate. An den Resultaten sieht man, ob die Politik gut oder falsch gewesen ist. Darüber besteht wohl Einmütigkeit, daß die von Müller selbst der Koalitionspolitik gestellten Ziele reslos nicht erreicht worden sind. Er selbst hat in seinen Ausführungen gesagt, daß wir nicht haben verblühen können das Ersinken der Reaktion, nicht die bewußte, planmäßig betriebene Politik der Inflation, daß wir nicht die sozialen Errungenschaften haben sichern können, nicht einmal die Garantie des Achtstundentages. Auf der anderen Seite ist gegenüber dem Minus an positiven Resultaten ein sehr großes Plus an Opfern zu verzeichnen gewesen, die den anderen an der Koalition Beteiligten gebracht wurden durch die Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen, die eine restlose Blankovollmacht gaben, welche dann auch im antisozialen Sinne ausgenutzt worden ist. Durch diese Preisgabe der Demokratie auf legalem Wege haben wir

der Reaktion den Weg geebnet.

wie sie auf legalem Wege ihre Diktatur errichten könnte. (Sehr wahr!) Es kommt auch nicht auf den Namen „Republik“ an, sondern auf den Inhalt und Charakter. Wie wenig die republikanische Form ausmacht, beweist ein Blick auf Frankreich, auf das Frankreich des Bonaparte, und andererseits auf das Befehlen der Regierung Macdonald in monarchischen England. (Zuruf: Also Monarchie!) Dieser Zuruf beweist nur Ihren Mangel an Logik. In Wirklichkeit zeigt der Vergleich nur, daß es nicht auf die Staatsform, sondern vor allem auf den Staatsinhalt ankommt. Unter der Koalitionspolitik haben wir versäumt, die Gegenkräfte gegen die Reaktion zu mobilisieren, die Geschlossenheit des gesamten Proletariats zu erhöhen. Es kommt darauf an, unsere Macht als Klasse so zu festigen, daß sie eine starke Anziehungskraft auf alle fluktuierenden Elemente in der Gesellschaft ausübt, indem sie erkennen: hier ist die Kraft, die das Neue, das Junge und Gelande schaffen will. Daher ist es abwegig, wenn nicht Klassen-, sondern Staatspolitik getrieben wird, wenn man sagt, daß das Vaterland zur gegebenen Stunde über die Partei gestellt werden muß. Wir sind der vielleicht etwas antiken Auffassung, daß wir als Klasse, als Partei nicht nur die Interessen einer kleinen Schicht, sondern das Interesse der Gesamtheit des Volkes vertreten. Gerade daraus ziehen wir unsere ganze Begeisterung, daß wir wissen: was wir für uns als Klasse erstreben, liegt in derselben Linie wie das Wohl des gesamten Volkes. (Bravo!) Die Bildung des Bürgerblocks bedeutet nichts anderes als die Zusammenziehung aller bürgerlichen Kreise, die sich bedroht fühlen. So wollen wir auf der anderen Seite, daß das Proletariat durch eine gradlinige Politik, die von allen verstanden werden kann, die zum Proletariat gehören, eine einheitlich geschlossene Masse wird. (Beifall.)

Antrag zur Koalitionspolitik.

Inzwischen ist folgender Antrag Hermann Müller eingegangen:

„Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das Viel-Parteien-System hat seit der Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern vielfach gezwungen, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Maßgebend waren dafür erstens außen-, zweitens innenpolitische Gründe. Das Interesse der Arbeiterklasse erforderte außenpolitisch die Befriedigung Europas, innenpolitisch die Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion.

Nur auf dem Boden der Republik kann seit dem Verlust des Krieges eine für Deutschland erfolgreiche Außenpolitik getrieben werden. Gleichzeitig ist die Republik der gegebene Boden für den Kampf um das sozialistische Endziel.

Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziele haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.“

Aufhäuser: In Nürnberg haben wir den organisierten Rahmen für die beiden sozialistischen Parteien geschaffen. Heute kommt es darauf an, diesen Rahmen Inhalt zu geben. Wir müssen die Konsequenzen aus dem Anschauungsunterricht der letzten Jahre ziehen, aus den Erfahrungen, die mit der Koalitionspolitik gemacht worden sind. Die erste Koalition ist gescheitert durch die scharfen wirtschaftlichen Gegenstände außerhalb des Parlaments, die zweite ist ein Opfer der politischen Gegenreaktion geworden. Das erste Ermächtigungsgesetz hat die freie Wirtschaft wiederhergestellt, das zweite den Abbau der Sozialpolitik herbeigeführt. Also die Koalitionspolitik war in ihrem Verlauf nicht abhängig von unserem Willen, sondern allein von den ökonomischen Kräften außerhalb des Parlaments. Wir müssen unsere Politik auch diktieren lassen von den wirtschaftlichen Erfordernissen der Arbeiter, wie die Gegenseite ihre Politik nach den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer einstellt. Die Rentenmark, die Müller als Erfolg der Koalitionspolitik hervorhebt, ist doch nicht die Währung, die die Sozialdemokratie gewollt hat, sondern wir haben es für einen Rückschritt gehalten, wenn die Währung der Souveränität

tät des Reichs entzogen und auch in die Hände des Privatkapitals gelegt wird.

Alle diese Erfahrungen sollten genügen, um diese Bündnispolitik mit den Klassengegnern in einer Zeit verschärften Klassenkampfes für unmöglich zu erklären. Man verweist auf die allgemeinen Interessen. Gerade darin erblicken wir die Fehlerquelle.

Die eigentliche Meinungsverschiedenheit liegt in der Stellung der Arbeiterklasse zu diesem Staate. Wir verteidigen wohl die Republik als Staatsform, sind auch der Meinung, daß sie der Kampfboden für den Sozialismus ist, aber wir wollen nicht vergessen, daß diese Republik nach wie vor großkapitalistisch geblieben ist. Dank ihrer Wirtschaftspolitik ist sie geradezu die Beute der Großindustrie geworden. Deshalb kann die Sozialdemokratie in dem heutigen kapitalistischen Staate nicht mehr politische Verantwortlichkeit übernehmen, als sie wirtschaftliche Macht im Staate hat. (Sehr gut!) Wir haben das Opfer gebracht und haben Unruhen verhindert, auf der anderen Seite aber hat man den Bürgerkrieg mit der wirtschaftlichen Waffe der Inflation gegen uns geführt. Bei der Frage der Lastenverteilung aus dem Sachverständigenrat werden wir wieder einen geschlossenen Bürgerblock haben. Es kommt darauf an, daß dieser Parteitag für die künftige Wirtschaftspolitik, für die Verteilung der Lasten Richtlinien gibt. Ich sehe in dem Wahlergebnis durchaus kein Unglück für die Sozialdemokratie, wenn sie die Konsequenz zieht und bereit ist, ihre Politik nach der veränderten Wirtschaftslage zu ändern. Die Kommunisten brauchen wir nicht scheuen, aber wir müssen die soziale und wirtschaftliche Struktur Deutschlands für den Kampf der Arbeiterklasse ausmessen, müssen die starken Kräfte der Arbeiter und Angestellten sammeln, indem wir eine Politik machen, die sichtbar sozialistisch ist. Bei der Koalitionspolitik haben ja die vielen Indifferenzen gar keine Gelegenheit, das eigentliche Programm der Sozialdemokratie kennenzulernen. Was wir wollen, bedeutet nicht den Erfolg für morgen, aber es bedeutet den Weg zur Macht. (Bravo!)

Sachsen und die Kommunisten.

Seydewitz-Zwickau: Ueber die sächsische Frage wird beim Bericht der Verständigungskommission noch zu sprechen sein. Wenn man das Zusammengehen mit anderen Parteien für eine Frage der Taktik erklärt, so darf man auch nicht sagen, daß man niemals mit den Kommunisten zusammengehen dürfe. (Sehr richtig!) Man sollte objektiv sein und berücksichtigen, wie das Zusammengehen mit den Kommunisten in Sachsen auf die kommunistische Partei gewirkt hat. (Sehr gut!) Sinowjew hat selbst festgestellt, daß die sächsischen Kommunisten nicht erreicht haben, was sie wollten, sondern daß sie auf den Heim gegangen sind. Die Tatsache, daß Brandier, der so etwas wie der liebe Gott in der SPD war, beiseite gedrückt worden ist, ist erreicht worden durch die Bindungspolitik, die wir in Sachsen und Thüringen getrieben haben.

Wir geben zu, daß die Kommunisten die Absicht haben, unsere Partei zu zerfören.

Unsere Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, wie man diese Veruche der Kommunisten am besten parieren kann. Zu der Zeit, als wir mit der SPD in Sachsen und Thüringen zusammenarbeiteten, war diese Taktik durchaus richtig. Als die Meinungsverschiedenheiten noch gar nicht bestanden, regierte auch das Ministerium Büch nur mit Unterstützung der Kommunisten, und was nachher geschah, war lediglich eine Fortsetzung dieser bisher betriebenen Politik. Das war nicht eine Politik der Parteimiten, sondern die Politik der Fraktionsmehrheit in Sachsen. Ich bestreite, daß die Aera Zeigner ein Schaden für die Republik gewesen sei. Da gegen war es die Reichsregierung. Wenn man sagt, davon sind die sächsischen Genossen selbst schuld, weil sie die Koalition mit den Kommunisten eingegangen sind, so kommt das darauf hinaus, daß man die Reaktion nicht regeln darf, damit sie nicht noch härter wird. Die verheerendste Wirkung der Reichsregierung, als man mit dem Säbel die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und ihre Auswirkung zer schlagen hat, auf die sächsische Arbeiterkraft, hat sich dann bei den Gemeindevahlen gezeigt. Gehen Sie nicht von dem Standpunkt aus, daß in Sachsen nur dumme Jungen die Politik machen. Aus den Reichstagswahlergebnissen sollten Sie erkennen, daß die Politik Sachsens nicht so schlecht gewesen ist, daß wir unsere Pflicht für die Partei erfüllt haben. (Beifall.)

Wo sind die Fehlerquellen?

Stöbel-Berlin: Es besteht die Gefahr, daß die Ursache des sozialdemokratischen Mißerfolges nicht erkannt und nicht abgestellt wird, sondern daß die alte Parteipolitik weitergetrieben wird. Ist es nicht seltsam, daß 5 bis 6 Millionen Wähler der Bewegung von rechts und links erlegen sind? Wir dürfen nicht sagen, daß die Massen den größten Schreibern nachlaufen; das wäre undemokratisch. Die Lage des deutschen Proletariats war niemals so elend und verzweifelt wie in den letzten Jahren. Die Partei hat in gewissem Sinne schuld an der Entwicklung der Dinge, daß sie die Massen nicht aufgerüttelt hat, wie es nötig gewesen wäre. Wir hätten für die Entwicklung nicht das nötige Verständnis. Der Ruhrkrieg hätte unter allen Umständen verhindert werden müssen. Wir haben nur gegen die Franzosen gekämpft und unsere Front nicht auch gegen die Schwerindustrie und Steuerhabeure gerichtet. Schon in den ersten Monaten hätte Cuno beseitigt werden müssen. Aber man befürchtete den Dolchstoß. Dabei werden auch Ebert und Scheidemann des Dolchstoßes bezichtigt, die wirklich die Novemberrevolution nicht herbeigeführt haben. Der Trennungsstreich ist nicht scharf genug gezogen worden zwischen sozialistischem Vaterlandsgelübde und bürgerlichem Nationalismus. Im Kampfe gegen die Rechte fehlte der sozialistische Angriffsweg. Den Rößlichen und Deutschnationalen gegenüber, die von Novemberbrechern sprechen, sollte man von Juli- und Augustverbrechern sprechen, die den Krieg herausbeschoren haben.

Reichspräsident Ebert und die Republik.

Scheidemann-Kassel (mit lebhaftem Beifall empfangen): Ich bin Ströbel dankbar, daß er festgestellt hat, daß Ebert und ich an der Novemberrevolution nicht schuld sind; aber die anderen werden es immer noch nicht glauben. Ich verstehe, wenn man in der Partei von einer Stimmung spricht, die fragt, wohin sind wir eigentlich geraten?, aber nicht von einer Unzufriedenheit, denn einen zufriedenen Sozialdemokraten habe ich noch nicht gesehen. Den Genossen im Lande hat es an der nötigen Information gefehlt. Denn die Politik, die wir treiben mußten, war oft unklar. Wo die Leiter der Parteipresse die Parteigenossen aufgeklärt haben, ist diese Stimmung bald zerstreut worden. Diese Parteiblätter sind aber Organe eines Redakteurs, der glaubt, alle Weisheit mit Köpfen gefressen zu haben. Die neurotische Kraftmeierei in der Parteipresse verstehe ich nicht, so zu tun (auf den Tisch schlagend), als ob wir die ganze Welt aus den Angeln heben könnten in einer Zeit, wo die Gewerkschaftsbeamten staatliche Erwerbslosenunterstützung beziehen mußten. Den Genossen, die beantragen, Ebert aus der Partei auszuschließen, sage ich: Habt ihr denn gar kein böhmes Schamgefühl? (Langanhaltender stürmischer Beifall und Bravorufe im Sitzungssaal und auf den Tribünen.) Ihr wollt einen Mann ausschließen, der so viele Jahre als manche seiner Kritiker Lebensjahre zählte, sein Leben in den Diensten der Partei gefesselt hat? Wer wagt zu behaupten, daß Ebert mit allem einverstanden war, was er mit seinem Namen becken mußte auf Grund der Verfassung? Parteigenossen, blamiert uns nicht vor der ganzen Welt! So ruppig wie die links von uns können wir gar nicht werden.

Eine Partei mit Millionen hinter sich muß praktische Arbeit liefern, sonst laufen die Massen weg. Die Kommunisten berufen sich auf Rosa Luxemburg und Rabel. Dabei hat Rosa Luxemburg 1911/12 nicht gerührt, bis Rabel aus der deutschen Partei emigriert war. Und Rosa Luxemburg

selbst hat, wie die Veröffentlichung ihrer Briefe jetzt zeigt, die restlose Durchführung der Demokratie gegen die Diktatur verlangt. Die Konkurrenz mit den Kommunisten aufzunehmen, wäre sinnlos. Die Kernfrage ist: Wie steht die Sozialdemokratie zum neuen Staat? Denn diese Republik ist trotz aller Mängel doch unsere Schöpfung, zu der wir uns anders einstellen müssen als zum kaiserlichen Deutschland, für das Millionen von Arbeitern in den Krieg gegangen sind. Keiner wird sich unter allen Umständen an der Regierung beteiligen wollen. Aber wir dürfen die Schranken zur Verteidigung der Republik nicht preisgeben, und eine solcher Schranken ist die Teilnahme an der Regierung. Ein Mindestprogramm muß dabei allerdings geschaffen werden. Aber es ist für eine große Partei blamabel, wenn sich die bürgerlichen Parteien jetzt zusammenschließen und so tun könnten, als ob eine Sozialdemokratie gar nicht bestünde. Das verstehen die Genossen draußen nicht. Es ist falsch, die gleiche Politik zu machen, ob wir in oder außerhalb der Regierung sind. Denn dann können die anderen machen, was sie wollen, in der Voraussetzung, daß die Sozialdemokraten ihnen sicher sind. Wir müssen dahin arbeiten, daß die Sache, die jetzt notwendig werden, bei der Durchführung des Sachverständigenausschusses, die proletarischen Interessen wahren. Wenn wir dabei eine Reichstagsauflösung provozieren können, sollen wir es tun. Denn es sind schon viele befehle, vor allem unter den Beamten, die einsehen: je weniger Sozi, je weniger Gehalt. Die Franzosen haben jetzt praktische Politik gemacht bei ihrem Zusammengehen mit den Radikalen. Was würden unsere Radikalen zu dieser Wahlpolitik gefolgt haben? Aber unsere Radikalen sind gar nicht so radikal, sondern konservativ. Keine Bindung durch Resolutionen, gewiß; aber die Verpflichtung wollen wir eingehen, unbefehlet unserer sonstigen Pflichten.

die Republik zu retten, sollte es, was es wolle, und zu kämpfen für die Republik mit Leib und Seele. (Langandauernder Beifall.)

Dieke-Berlin: Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß der Ausgang der Wahl in Berlin mit dem zusammenhängt, was sich bei der Kandidatenaufstellung in Berlin ereignet hat. Wir hatten nicht die Absicht, die Mehrheit auf dem Bezirksparteitag auszunutzen. Aber bei Verhandlungen mit dem Parteivorstand wurde uns der Vorschlag gemacht, Parität zu üben, da sonst die Rechte uns rücksichtslos an die Wand brücken würde. Auf dem Bezirksparteitag kam es dann zu den bekannten Ereignissen, wobei selbst der Zwischenruf fiel, daß die Rechte es zum Bruch treiben würde. Und schließlich wurde die Wahl, die zustande kam, vom Parteivorstand kassiert, obwohl formell kein Einspruch gegen sie erhoben werden konnte. Ein neuer Bezirksparteitag schloß dann den Vorschlag des Parteivorstandes an. Legen zuerst die Genossen der Rechte nieder, so geht die Linke. Zugunsten der Rechte ist eingegriffen worden, aber nicht zugunsten der Linken. Was zuerst für die Rechte recht war, durfte dann für die Linke nicht billig sein. Zuerst hat sich der Parteivorstand für die paritätische Liste ins Zeug gesetzt. Diesen Eier haben wir anderwärts, wo es sich um die Linke handelte, vernichtet. Wir werden uns auf dem Parteitag auf das entschiedenste gegen dieses Gebaren des Parteivorstandes.

teivorstandes. Die Bezirksparteitage haben allein, wenn keine formellen Verstöße vorkommen, das Recht der Entscheidung. Im ersten Quartal dieses Jahres hat die Berliner Partei einen Verlust von rund 20 Proz. zu verzeichnen. Unsere heiligste Aufgabe muß es sein, die hier verlorengegangenen Genossen wieder heranzubolen. Dazu ist Voraussetzung, daß der Parteivorstand die Rechte der Mitgliedschaft respektiert. (Beifall.)

Kemmler-Karlsruhe: Auch in Baden ist die Stimmung der Genossen, insbesondere in den Industriegebieten, gegenüber der Politik der Reichstagsfraktion nicht immer zufriedenstellend gewesen. Die politischen Situationen haben aber tatsächlich so oft gemechselt, daß eine rechtzeitige Klärung nicht immer möglich war. Was richtig oder falsch war, wird entschieden vom Erfolge oder Mißerfolge.

Die Reichswehr haben wir oft zu kritisieren gehabt; daß aber ein Staat ohne militärische Organisation und polizeilichen Schutz nicht bestehen kann, haben alle diejenigen erfahren, die in schwerer Zeit Verantwortung zu tragen hatten. Wir hätten die Reaktion in Bayern wahrscheinlich nicht, wenn es rechtzeitig gelungen wäre, die Verfolgung gegen die Räteherrschaft zu verteidigen.

Ueber die Frage, ob wir in die Regierung gehen oder nicht, entscheidet nicht unser Wille, sondern die politische Situation. Der Eintritt der Kommunisten in die Regierung war für sie nur Mittel zum Zweck für die Erreichung der Räteherrschaft. (Beifall.)

Markwald-Frankfurt: Es war unsere Absicht seit Jahren, eine Situation zu schaffen, in der ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie möglich wäre. Dazu gehört, daß man nichts tut, was dem Proletariat schadet und nichts unternimmt, was dem Proletariat nützen kann. Als das erste Kabinett Stresemann gebildet wurde, schrieb der „Parlamentsdienst“: Dies Kabinett sei das Kabinett der Erfassung der Schwerte. Die wenigen Blätter der sogenannten Opposition, die niemals eine Opposition gewesen ist, schrieben, daß das eine Farce sei, daß gar nicht daran zu denken sei, eine Erfassung der Schwerte durch dieses Kabinett durchzuführen. Als der Belagerungszustand proklamiert wurde, erklärte der „Parlamentsdienst“, dieser militärische Ausnahmezustand richte sich gegen Bayern. Wir wußten aber, daß dieser Belagerungszustand sich nur gegen die Arbeiter richtet. Wir haben eine Resolution für die künftige Politik vorgelegt. Die Fraktion hat feinerzeit gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt, obwohl mit den Kommunisten eine Mehrheit dafür vorhanden gewesen wäre. (Widerpruch.)

Vorsitzender Dittmann: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen; er hat das Recht, auch falsche Behauptungen aufzustellen. (Heiterkeit.)

Markwald (fortfahren): Erst wenn mit der Politik des Partierens mit dem jetzigen undemokratischen Staat Schluss gemacht wird, wird der Zeitpunkt kommen, wo die Sozialdemokratie den ersehnten glänzenden Sieg davonträgt wird. (Bravo!)

Die weitere Debatte wird um 6 Uhr abends auf Freitag, 9 Uhr, verlagert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Richtung, Genossinnen! Montag, den 16. Juni, abends 6 Uhr (Saalöffnung 5 Uhr) in der „Neuen Welt“, Neukölln, Hofenheide.

Abendfeier der „Frauenwelt“.

Auserwählt gutes Programm. Künstlerische Leitung: Prof. Rojberg d'Arguto. Mitwirkende: Gesangsgemeinschaft Rojberg d'Arguto, Solisten: Wanda Salie, Käthe Lindenberg und Herr A. Meller. Rezitationen: Marie Vorhadt, Mitglied der Schaubühne; Ansprachen ausländischer Genossen, die anlässlich des Parteitag in Berlin anwesend sind. Die zum Eintritt berechtigten Programme sind bei allen Kreisleiterinnen und im Frauenkreiskreis, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Trp., Zimmer 1, für 25 Pf. zu haben. Alle Programme müssen abgelehrt werden. Etwas Ueberfluß zum Besten der Erholungsfürsorge.

Richtung, Genossinnen! Sonnabend, den 14. Juni, abends 7 Uhr, gemächliches Beisammensein der Delegierten zum Frauenkongress im Festsaal des Abgeordnetenbaus. — Sonntag, den 15. Juni, Teilnahme der Genossinnen als Gäste ab 10 Uhr vormittags an den Verhandlungen der Reichsfrauenkonferenz im Plenarsaal des Landtages. Mitgliedsbuch legitimiert.

- 1. Kreis Preussischer Berg. Arbeiterwahlkreis und Rinderbach: Freitag, den 13. Juni (heute), 8 Uhr, bei Burg, Preussischer Allee 100, wichtige Sitzung. Jede Kreislerin muß drei bis vier Helferinnen mitbringen.
- 7. Kreis Charlottenburg: Sonnabend, den 14. Juni, von 5 bis 7 Uhr, im Arbeiterjugendheim Hasenheide, 4. u. 1. Tr., Straße und Hasenheide, der Freien Schulgemeinde in allen Schulzonen. Ausgabe der Flugblätter für die Elternvereinsarbeiten.

Heute, Freitag, den 13. Juni:

- 68. Abt. Bakenier, 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Sandmann, Wehlhölzer Str. 42. Sehr wichtige Tagesordnung.
- 74. Abt. Achlerbach, Frauengruppe: Abends pünktlich 7 1/2 Uhr im Feindesloal der Nordbahn, Borsheimer Straße, Besprechung sowie Ausgabe der Eintrittsprogramme für die Abendfeier des Bildungsausschusses.

Morgen, Sonnabend, den 14. Juni:

- 23. Abt. Pünktlich 7 Uhr bei Tobelen, Wittenbeiner Str. 23. Sitzung der Funktionäre und Elternbeiräte. Wichtige Tagesordnung.
- 41. Abt. 7 1/2 Uhr bei Reim, Urbanstr. 29. Wichtige Funktionärsitzung.
- 107. Abt. Mit-Ostende. Die Mitgliederversammlung findet um 8 Uhr im Lokal Meier, Straße am Hasenberg, statt. Vorher, 7 1/2 Uhr, Vorstandssitzung ebenfalls. Die Kreisleiterinnen haben besonders ein. Vortrag des Genossen Hermann Kemper über „Schwarz-Rot-Gold“.
- 66. Abt. Tempelhof. Arbeiterwahlkreis und Rinderbachkommission: Das Komitee der Rinderbachkommission veranstaltet am Sonntag, den 15. Juni, im Wilhelmsparken, Tempelhof (am Ringbahnhof), einen Rinderbachtag zum Anlaß der Ferienferien. Anfang 8 Uhr. Rinderbachtag. Vorher zur Laute von Genossin Krouw sowie humoristische Beiträge.
- Jungfrauenklub Vereinigung. Montag, den 16. Juni, 8 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3, Arbeitergemeinschaft Dr. Engelhardt. Thema: „Die religiösen Strömungen der Gegenwart“.

Besonders billige Preise für Reise- und Sportkleidung

Reiseanzüge, gemasterte Homespunstoffe, in hellen modernen Farben, Stoff verarbeitet, von M. 29 ⁰⁰ an	Herrenhosen in geschmackvollen Streifenmustern von M. 5 ⁵⁰ an	Chauffeuranzüge am Kardostoff, von M. 50 ⁰⁰ an
Promenadenanzüge in geschmackvollen Mustern und Farben, elegant verarbeitet, M. 74 ⁰⁰	Lodenmäntel aus wetterfestem Sirichloden von M. 20 ⁰⁰ an	Chauffeurmäntel aus grauem Duffel M. 65 ⁰⁰
Reiseulster aus Duongalstoffe, in moderner Anfertigung 31 ⁵⁰	Touristenanzüge a. Loden, Homespun- u. Manchesterstoffe, je n. Qual. u. Stoffart, M. 31,50 bis 40,00	Waschjoppen geschlossene Form M. 4 ⁷⁵ an
Reiseulster, imitiert Gabardine, in moderner Anfertigung 42 ⁰⁰	Windjacken für Herren, aus imprägn. Covercoat, Schliff, Zeltbahn- und Koperstoffe, in beiden Sportformen, je nach Qualität und Stoffart, M. 12,00 bis 12,00, 9,00	Lüster-Jacketts von M. 9 ⁰⁰ an
Herrn-Gummimäntel, moderne Farben, von M. 16 ⁰⁰ an	für Damen, imprägniert, leichte Sportkleidung, mit aufgesetzten Taschen, Rückenfasern u. Quast, M. aus guten diesen Cheviot u. Marisette, je nach Qualität und Stoffart, M. 45,00 bis 50,00	Khaki-Anzüge Sportform von M. 12 ⁰⁰ an
Damen-Gummimäntel M. 22 ⁰⁰	Ruderjacketts aus reinem Koper und Satin, je n. Qualität und Stoffart, M. 9,00 bis 1,50	Schiffanzug Sportform mit Broschbüse von M. 17 ⁰⁰ an
Gabardinemäntel, imprägniert, vornehme Farben, leichte Formen, von M. 62 ⁰⁰ an	Ruder-, Seglerhosen aus reinem Koper und Satin, je n. Qualität und Stoffart, M. 9,00 bis 1,50	Tusoranzüge, imitiert, dreiteilig, für Reise und Strand, von M. 33 ⁰⁰ an
Gabardineanzug, Farben, Ersatz für Maß, von M. 95 ⁰⁰ an	Yachtklub-Anzüge dreiteilig, aus blau Molton-Cheviot M. 52 ⁰⁰	Knabenanzüge, hochgeschlossen, Form, a. Homespun, Stoff, Gr. 1-6, je nach Qualität u. Stoffart, M. 25 ⁰⁰
Strandanzüge, hellgrau gestr., Cheviots, Jackett mit aufgesetzten Taschen, Runderhosen, Ersatz für Maß M. 72 ⁰⁰	Herren-Lederjacken Ihr Motorsport, aus braunem Chromleder, tolle Sport-, von M. 92 ⁰⁰ an	Knaben-Waschanzüge, in Joppen, Blusen- und Kleiderform, je nach Qualität und Stoffart, Größe 0 15,00, 12,00, 10,00, 8,00
Tennisanzüge, in eleganter Form und Ausführung, M. aus weißem, gestr. u. grauem Cheviot, je nach Qualität u. Stoffart 22,00 bis 19,50	Damen-Lederjacken elegante Sportkleidung, von M. 120 ⁰⁰ an	Klubjacken von M. 6 ⁰⁰ an

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge gegen Vorauszahlung der Beträge zuzüglich 1.— M. für Porto und Verpackung

Lieferant für behördlich zugelassene Brechiken - Chauffeur - Anzüge und -Mäntel
Auto-Kappen und Auto-Fahraddeckhülle
für Damen und Herren in großer Auswahl

Baer Sohn

Eigene Kleiderwerke

nur Chausseestraße 29-30

Vorteilhafte Maßanfertigung
aus erstklassigen modernen Stoffen
unter Leitung erprobter Meister

Am 11. Juni entließ sich nach langem, mit großer Geduld getragenen Weiden mein innig geliebter Mann, unser treuherziger Vater und Bruder, der Studienter

Gustav Müller

im 68. Lebensjahre.

Berlin NW., Viktoriastr. 72.
Frau Minna Müller, geb. Faber.
Frida Müller, als Tochter.
Flora Stegmann, geb. Müller,
als Schwester. 120/20

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des alten Garnison-Friedhofs, Willehmsstr., aus statt.

Die Beerdigung des am 7. Juni verunglückten Maschinenbauers

Bruno Kerwin

findet am Sonntag, 14. Juni, nachm. um 3 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof, Luisenpark, statt.
Sanktswig, den 12. Juni 1924.
Colanderstraße 56, Hauptstr. 11.

Am Mittwoch früh entließ sich nach langer Krankheit mein lieber Gatte, unser Vater, Großvater und Schwiegervater

Christian Koppehel

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen, um stille Teilnahme bittend, an Luise Koppehel, geb. Talscher, Beerd. Sonntag, nachm. 3 Uhr, Friedh. St.-Job.-Evangel.-Gemein., Borsigstr.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Trauerfeier meiner lieben Frau und Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Theodor und Willi Schuman.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Mitglieder der Ortsverwaltung!

Heute, Freitag, den 13. Juni:
Sitzung
der mittleren Ortsverwaltung.
107/10
Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch früh entließ sich nach langer Krankheit mein lieber Gatte, unser Vater, Großvater und Schwiegervater

Christian Koppehel

Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen, um stille Teilnahme bittend, an Luise Koppehel, geb. Talscher, Beerd. Sonntag, nachm. 3 Uhr, Friedh. St.-Job.-Evangel.-Gemein., Borsigstr.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Trauerfeier meiner lieben Frau und Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Theodor und Willi Schuman.

Auf Teilzahlung
1/3 Anzahlung Rest in sechs Monatsraten zu Ladenpreisen laufen Sie elegant garfärbt

Herrengarderoben

Anzüge f. Straße u. Sport (einst. mit 2 Hosens), Cutaway u. Smoking, Covercoat, u. Warmwoll- Paletots, imprägn. Gabardine- und Regener Ledermäntel bei

Albert Schenk

Röpendorfer Straße 127
Hof rechts, 1. u. 2. Boden.
Berufsmäßig d. guten „Kraus“-Gummimäntel und Windjacken.
Der gefasste Gegenstand wird sofort bei Belegung der Anziehung mitgegeben.
Geschäftszeit 9-7 Uhr.



SIL

Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel

als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.

— OHNE CHLOR —

Gegründet 1876



Möbellfabrik Rob. Seelisch, Berlin O., Rigaer Str. 71

Günstiges Angebot in kompletten Wohnungs-Einrichtungen

1 eich. Schlafzimmer komplett, sowie 1 Anrichteküche 600	1 eich. Schlafzimmer 1 eich. Speisezimmer 1 Anrichteküche 1100	1 eich. Schlafzimmer 1 Speisezimmer 1 Herrenzimmer 1600
--	--	---

Besuch lohnend. Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

Gegründet 1876



Möbellfabrik Rob. Seelisch, Berlin O., Rigaer Str. 71

Günstiges Angebot in kompletten Wohnungs-Einrichtungen

1 eich. Schlafzimmer komplett, sowie 1 Anrichteküche 600	1 eich. Schlafzimmer 1 eich. Speisezimmer 1 Anrichteküche 1100	1 eich. Schlafzimmer 1 Speisezimmer 1 Herrenzimmer 1600
--	--	---

Besuch lohnend. Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

Schokoladen

in großer Auswahl!
Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer.

Paul Grindel,

Dircksenstr. 47, nahe Bahnh. Hpt.

Wohnungstausch

in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verband, mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe. Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzeigengannahme: Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft Jerusalemstr. 3/6 - Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph

BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

Beim Waschen soll man nur nach Seifen? Wie Mellands Dreieckseife greifen!

Man muß die Beste, Reinste und Billigste wählen, — das ist die von Melland; denn sie enthält kein Wasserglas oder Tierleichenfett das man ihnen in schlechter Seife schon so oft vorgesetzt hat.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften, wo nicht erhältlich weist das Verkaufsbüro für Groß-Berlin, Lützowplatz 11, Tel. Lützow 3819 die nächstliegende Bezugsquelle nach.



34 Gesellschaft ORIGINAL geschützt